

# verbal

newsletter

---

Zeitschrift des Verbands für Angewandte Linguistik

[www.verbal.at](http://www.verbal.at)

Jahrgang XVII

1/2016

---

*„Das Erinnern bestimmter bei gleichzeitiger Ausblendung anderer vergangener Ereignisse bringt somit gewissermaßen eine Erzählung hervor, die zum Mittelpunkt des vorgeblich Gemeinsamen des Kollektivs wird. Indem bestimmte Vergangenheitsversionen konserviert und immer wieder erzählt, andere, womöglich widersprechende, jedoch verschwiegen werden, wird das Kollektiv erlebbar als etwas Kontinuierliches und Kohärentes. Über die Kontingenz und Brüchigkeit eines jeden Identitätskonstruktes kann somit effektiv hinweggetäuscht werden. Gerade die Gedenkrede fungiert dabei als Medium der Artikulation dieser gemeinsamen Geschichte. Sie dient Politikern und Politikerinnen dazu, ein möglichst einheitliches Bild der Nation zu zeichnen, dass den Rezipienten und Rezipientinnen die Identifikation mit der so konstruierten Gruppe ermöglichen soll.“*

ANKÜNDIGUNGEN

PROJEKTE

LINGUISTIK-  
BEITRÄGE

ABSCHLUSS-  
ARBEITEN

NEUE  
BÜCHER

3 *Editorial* von Alexandra Wojnesitz

4 *Ankündigungen & Informationen*

7 *Projektberichte*

8 *Beiträge*

von Karoline Irschara und Paul Horntrich

46 *Bachelorarbeiten / Diplomarbeiten*

*Abstracts*

48 *Masterarbeiten*

*Abstracts*

55 *Dissertationen*

*Abstracts*

57 *Neuerscheinungen*

58 *Kurz notiert*

59 *Hinweise für verbal-AutorInnen*

**verbal-Folder im do-it-yourself-Verfahren**  
Bitte denken Sie daran, verbal in Ihrer StudentInnenschaft bekannt zu machen!  
Die effektivste Methode: Einfach den Folder auf den letzten beiden Seiten  
dieses Newsletters kopieren und austeilern. Danke!

Der Textauszug auf dem Cover ist dem Bericht „Analyse politischer Gedenkreden zum 1. Weltkrieg im Jahr 2014 am Beispiel von Österreich, Deutschland, Großbritannien und den USA“ entnommen. (Seite 26)

verbal Newsletter Jahrgang XVII, Ausgabe 1/2016

Zeitschrift des Verbandes für Angewandte Linguistik, [www.verbal.at](http://www.verbal.at)

**Herausgeber:** verbal-Vorstand, **Redaktion:** Yasmin El-Hariri, Julia Renner

**Redaktionelle Zuschriften/Manuskripte:** siehe „Hinweise für die AutorInnen“ **Bezugsbedingungen:** Jährlich erscheinen 2 Hefte.

Der Jahrgangsumfang ist nicht festgesetzt. Alle verbal-Mitglieder erhalten den Newsletter kostenlos zugesandt. Der Newsletter sowie alle einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Grafisches Konzept: Oliver Nutz

ISSN: 1025-7152, Key title: Verbal-newsletter; abbreviated key title: Verbal-newsl.

*In Freundschaft gewidmet meinen Kolleg/innen am ÖSZ*

## **Unsere Mehrsprachigkeit ist der sprachliche Spielraum unserer geistigen Freiheit.**

Mario Wandruszka

*Liebe Mitglieder von verbal,  
liebe Leserinnen und Leser des verbal-newsletter!*

Ich möchte in diesem Editorial den Verbal-Newsletter für sich selbst sprechen lassen, und zwar zu Themen, die unserem Verband wichtig sind, und Ihnen damit, espérons-le, Lust und Motivation geben, an den genannten Stellen – und in der Folge auch an allen anderen – weiterzulesen und weiterzudenken. Mehrsprachigkeit ist mit den aktuellen Fluchtbewegungen im zunehmenden Maße ein unsere Gesellschaft dominierendes Merkmal, in Wien sind in der Gruppe der bis 10-Jährigen die mehrsprachigen Kinder den lebensweltlich einsprachigen zumindest zahlenmäßig überlegen. Paradox ist, dass die Institutionen (nachzulesen in Marc Terkessidis „Interkultur“) diese Mehrsprachigkeit so wenig widerspiegeln, sogar die wichtigsten Bildungsinstitutionen in unserem Land, die Schulen:

„Bestimmte Fremdsprachen werden – zunehmend auch als Arbeitssprachen – mit großem finanziellem und zeitlichem Aufwand gefördert und verhelfen beispielsweise Schulen zu einem höheren Prestige. Demgegenüber gelten die meisten Herkunftssprachen von SchülerInnen, Studierenden oder Lehrenden im Alltag der Institution sowie im Verlauf des Lernprozesses immer noch als Hindernis bzw. werden einfach ignoriert.“ (s. S. 4 in diesem Newsletter) Mit dem Thema Multilingualismus beschäftigt sich u.a. eine Tagung an der Universität Innsbruck im September 2016, die die Formen der Mehrsprachigkeit in sekundären und tertiären Bildungskontexten behandelt. Das oben angeführte Zitat ist der Tagungsankündigung entnommen. Ankündigen möchte ich auch die 10. Internationale Konferenz zu Mehrsprachigkeit und Tertiärsprachenerwerb, die Anfang September an der Universität Wien stattfindet.

Ein zweites Thema, das Verbal wichtig ist, ist jenes der Argumentation und Manipulation im politischen Kontext. Besonders junge Menschen in die Lage zu versetzen, Zuschreibungen entlarven zu können und manipulative sprachliche Strategien aufzudecken,

ist unserer Ansicht nach eine wichtige Aufgabe von Lehrenden im (hoch)schulischen Kontext. Dazu sind Methoden der Diskursanalyse geeignet, wie das folgende Zitat illustriert:

„Erst durch eine detaillierte Analyse der argumentativen Strukturen lässt sich feststellen, wie solche verbale, soziale Handlungen funktionieren, überzeugen, aber auch manipulieren können“ (s. S. 22).

Gleich zwei in diesem Newsletter ausführlich beschriebene Studierenden-Arbeiten befassen sich mit diesen Themen, einerseits die Seminar-Arbeit „Manipulatives Argumentieren in TV-Diskussionen. Ein Fallbeispiel aus der ZIB 2“, der das oben genannte Zitat entnommen ist, (S. 8 ff.), andererseits die Bachelorarbeit „Analyse politischer Gedenkkreden zum 1. Weltkrieg im Jahr 2014 am Beispiel von Österreich, Deutschland, Großbritannien und den USA“ (S. 26 f.) Natürlich sind in diesem Newsletter auch die Sujets Deutsch als Wissenschaftssprache (S. 47), Plurizentrik des Deutschen (S. 50 f.) und Englisch als Fremd- und Arbeitssprache (an mehreren Stellen) vertreten. In Zeiten der Brexit-Entscheidung ist es meiner Meinung nach legitim, die Dominanz des Englischen in Europa und auch die (sprach)wissenschaftliche Konzentration darauf zu hinterfragen. Meiner Beobachtung nach wird beispielsweise momentan die Rolle der Lingua Franca in den österreichischen Schulklassen, die geflüchtete Jugendliche aus der ganzen Welt beherbergen, nicht unbedingt vom Englischen ausgefüllt.

Aus meiner Sicht wäre es schön, wieder mehr Themen im Kontext von Mehrsprachigkeit (durchaus auch unter Einbeziehung des Englischen) zu behandeln und im Newsletter erscheinen zu lassen.

In diesem Sinne: Bon courage, bonne lecture et bonnes vacances!

Alexandra Wojnesitz

## **ALA 2016: Languages for Life: Educational, Professional and Social Contexts**

*19.-22.7.2016, WU Wien*

Auch wenn die Anmeldefristen für Präsentationen bereits vorbei sind, ist es natürlich möglich, an der an der WU im Sommer veranstalteten internationalen Tagung der Association for Language Awareness „Languages for Life: Educational, Professional and Social Contexts“ ohne „paper“ oder „poster“ teilzunehmen.

Verbal-Mitglieder können sich bis zur Tagung mit dem „early bird“ Tarif anmelden!

Nähere Infos zur Tagung: <https://www.wu.ac.at/en/ala2016>

## **IAM 2016: 10th International Conference on Multilingualism and Third Language Acquisition**

*1.-3.9.2016, Universität Wien*

Die 10. Internationale Konferenz zu Mehrsprachigkeit und Tertiärsprachenlernen findet dieses Jahr an der Universität Wien statt. Der Call for Papers ist zwar geschlossen, eine Teilnahme ohne Präsentation ist aber für alle Interessierten möglich. Es gibt auch Tagestickets um 45 Euro!

Keynote Speakers: Suresh Canagarajah, Susanne Maria Reiterer, Suzanne Flynn, Ulrike Jessner.

Nähere Infos zur Tagung: <https://thirdlanguage2016.univie.ac.at>

## **Formen der Mehrsprachigkeit in sekundären und tertiären Bildungskontexten. Verwendung, Rolle und Wahrnehmung von Sprachen und Varietäten**

*15.-17.9.2016, Universität Innsbruck*

*Organisation: Monika Dannerer & Peter Mauser*

Innere und äußere Mehrsprachigkeit spielen in Bildungsinstitutionen eine wichtige Rolle, es wird ihnen jedoch mit ambivalenten Attitüden und heterogenen sprachpolitischen Maßnahmen begegnet: Regionale Varietäten werden, obwohl sie in vielen Kommunikationssituationen auftreten, entweder nicht genannt oder finden nur als Sprachformen Erwähnung, die es zu vermeiden gilt. Bestimmte Fremdsprachen werden – zunehmend auch als Arbeitssprachen – mit großem finanziellem und zeitlichem Aufwand gefördert und verhelfen beispielsweise Schulen zu einem höheren Prestige. Demgegenüber gelten die meisten Herkunftssprachen von SchülerInnen, Studierenden oder Lehrenden im Alltag der Institution sowie im Verlauf des Lernprozesses immer noch als Hindernis bzw. werden einfach ignoriert.

In der Forschung werden innere und äußere Mehrsprachigkeit, die im gesellschaftlichen Alltag eng miteinander verbunden sind, überwiegend in getrennten Paradigmen verfolgt. Vor dem Hintergrund einer integrativen Vorstellung von Mehrsprachigkeit werden auf der Tagung die folgenden Themenbereiche fokussiert:

(1) Sprachverwendung: Sprachen und Varietäten im Unterricht/in der akademischen Lehre sowie in der Verwaltung und im institutionellen Alltag – als Lehr-/Lernziel, als „Werkzeug“, als Basis für mehrsprachige Interaktion, als toleriertes, verdecktes bzw. verstecktes Verhalten

(2) Spracheinstellungen: Perzeption und Attitüden von Lehrenden und Lernenden im Hinblick auf Herkunftssprachen, Bildungs-/Wissenschaftssprachen und (Schul-)Fremdsprachen sowie im Hinblick auf Standardvarietäten, Regio- und Dialekte

(3) Sprach- und bildungspolitische Rahmenbedingungen: Leitvorstellungen (Sprachbarriere, Defizitorientierung, Mehrsprachigkeit als Chance etc.), Problemzonen und „blinde Flecken“

(4) Neue linguistische Konzepte: forschungsmethodische Ansätze einer integrativen Behandlung von unterschiedlichen Formen von Mehrsprachigkeit, (neue) Ansätze der Triangulation von Methoden und Daten

PlenarrednerInnen: Johan de Caluwe (Gent), Rita Franceschini (Bolzano/Bozen), Ingrid Gogolin (Hamburg), Adelheid Hu (Luxemburg)

Tagungssprachen: Deutsch, Englisch

**Tagungsprogramm und Anmeldung unter:**  
<https://www.uibk.ac.at/germanistik/mehrsprachigkeit2016/>

## **Innsbrucker Winterschool Potenziale der Ange- wandten Linguistik (PAL) zum Thema „Tourismus und Identität. Sprache – Interaktion – Marketing“**

*10.-12.11.2016, Universitätszentrum  
Oberurgl – Oberurgl im Ötztal/Tirol*

*Organisation: Monika Dannerer,  
Marianne Franz, Heike Ortner (Institut  
für Germanistik, Universität Innsbruck)*

Im Mittelpunkt des Workshops steht die Frage, wie Anpassungsprozesse mit den Rollen und Identitäten im Tourismus (Gäste, GastgeberInnen, Personal) zusammenhängen. Wie werden Identitäten zwischen Gästen und GastgeberInnen ausgehandelt? Werden regionale Varietäten von den GastgeberInnen als Identitätsmarker gesehen? Werden sie zur Abgrenzung und/oder als Marketing-Strategie eingesetzt? Wie nehmen umgekehrt die Gäste Sprache und Kommunikation im Kontext Tourismus wahr?

Die Veranstaltung dient als Plattform zur Vernetzung sowie zur Diskussion methodischer Herausforderungen. Sie will den interdisziplinären und internationalen Austausch von LinguistInnen, SozialwissenschaftlerInnen und ExpertInnen der Tourismusbranche im Alpenraum und darüber hinaus fördern. Der Workshop ist zugleich die Auftaktveranstaltung der neu gegründeten Innsbrucker Winterschool „Potenziale der Angewandten Linguistik“. Die Innsbrucker Winterschool möchte NachwuchswissenschaftlerInnen gezielt in einen Expertenworkshop einbeziehen. Neben Vorträgen und Datendiskussionen sollen die NachwuchswissenschaftlerInnen ihre eigenen Arbeiten in knappen Präsentationsformen vorstellen und mit den eingeladenen Workshop-TeilnehmerInnen vertiefend diskutieren. Demnächst ergeht ein gesonderter Call for Papers für die Teilnahme an der Winterschool.

Wir bitten darum, MA-Studierende und Doktoranden, die sich für den Workshop interessieren könnten, bereits jetzt auf den Termin aufmerksam zu machen.

Kontakt: [pal-germanistik@uibk.ac.at](mailto:pal-germanistik@uibk.ac.at)  
Homepage: <https://www.uibk.ac.at/germanistik/pal/>

## **Auf dem Weg zur bimodal-bilingualen Praxis in Schulen in Europa. Ergebnisse des Projekts De-Sign Bilingual.**

*16.9.2016, Universität Wien*

Diese Tagung stellt den Stand gebärdensprachlich-bilingualer Bildung in Europa, sowie ausgewählte Good Practice-Beispiele und Unterrichtskonzepte/-materialien vor.

Die Abschlusstagung zum aktuell von der Universität Wien (Institut für Sprachwissenschaft, Verena Krausneker) geleiteten ERASMUS+-Projekt findet am 16. September 2016 an der Universität Wien (Währingerstraße 29) statt.

Weitere Informationen und Anmeldung (bis 1.6.2016) unter: [www.univie.ac.at/designbilingual/anmeldung](http://www.univie.ac.at/designbilingual/anmeldung)

## **Vorankündigung 2017**

2017 wird ein an Tagungen reiches Jahr!

19. Mai 2017 Jubiläumsfeier „10 Jahre ÖGSD: Sprachlehr-/lernforschung in Österreich“ an der Universität Wien  
20. Mai 2017 ÖGSD-Nachwuchstagung an der Universität Wien

Im September 2017 wird das 9. AILA Europe Junior Researchers' Meeting, eine internationale Nachwuchstagung, an der Universität Wien stattfinden!

Das JRM richtet sich an NachwuchswissenschaftlerInnen (von der Bachelorarbeit bis zu 3 Jahre nach dem Doktorat) im Bereich der angewandten Linguistik. Neben Paper- und Posterpräsentationen werden auch Workshops angeboten. Ausgewählte Keynotes runden das Tagungsprogramm ab.

Mehr Infos zum JRM 2017 folgen im nächsten verbal Newsletter!

## **Das ÖSZ als Ansprechpartner für Studierende**

Seit 2015 geht das Österreichische Sprachen-Kompetenz-Zentrum (ÖSZ) mit seinem Angebot proaktiv auf Studierende zu. Ziel ist es, Studierende mit aktuellen Entwicklungen im Sprachenbereich bekannt zu machen und sie zu einer intensiveren Auseinandersetzung damit zu motivieren.

Studierende, die sich in ihren wissenschaftlichen Arbeiten mit ÖSZ-Projekten (z.B. Sprachsensibler Unterricht in der Bildungssprache Deutsch, Fremdsprachenlernen in der Grundschule, Kompetenzorientierter Unterricht in der zweiten lebenden Fremdsprache,...) beschäftigen, erhalten u.a. die Möglichkeit, ihre Arbeit für einen Zeitraum von drei Monaten auf der Homepage des ÖSZ ([www.oesz.at](http://www.oesz.at)) einem breiten Fachpublikum zu präsentieren. Als Beispiel sei eine Arbeit genannt, die sich mit den Grundkompetenzen für die Lebende Fremdsprache in der 4. Schulstufe (GK 4) beschäftigt: „Aspects on the implementation of GK4 in selected primary schools in Lower Austria“, lautet der Arbeitstitel der Masterarbeit von Edda Marzi (PH NÖ), die 2017 abgeschlossen wird. Die Arbeit beschäftigt sich mit der Umsetzung der GK 4 in der Praxis in Niederösterreich.

Nähere Informationen:  
Mag. Elisabeth Schlocker  
Österreichisches Sprachen-Kompetenz-Zentrum  
Hans-Sachs-Gasse 3/I, 8010 Graz  
Tel.: 0316 82 41 50  
E-Mail: [schlocker@oesz.at](mailto:schlocker@oesz.at)

## **Alpenwort. Korpus der Zeitschrift des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins**

*Projektleitung: Claudia Posch,  
Gerhard Rampl*

*Projektlaufzeit: 15.10.2014 - 14.10.2016  
Förderung: go!digital ÖAW*

Die im Titel genannte Zeitschrift des Alpenvereins (ZAV, Jahrgänge 1872 – 1998) wird im vorliegenden Projekt digitalisiert und mit linguistischer Annotation versehen, um sie als elektronisches Korpus der Forschungsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Die ZAV ist aufgrund ihrer inhaltlichen Homogenität und des langen Zeitraums über den sie durchgehend erscheint eine einzigartige Textquelle: Österreich nimmt im Alpenraum eine zentrale Stelle ein und so reflektieren die ersten Jahrzehnte der ZAV die beginnende Erschließung der Alpen und den einsetzenden Tourismus. Im 20. Jahrhundert findet eine Ausweitung der Themen auf die Berge der Welt statt, bei deren Erschließung Österreich ebenfalls eine wichtige Rolle einnahm.

Auf Basis des entstehenden Korpus werden Forschungen in den Feldern der Feministischen Diskursanalyse und der Onomastik durchgeführt. Fragestellungen zur Rhetorik des Alpinismus und deren Bezug zur linguistischen Konstruktion femininer/maskuliner Perzeptionen sollen mithilfe des Korpus beantwortet werden. Wiederkehrende Muster des Sprachgebrauchs, z.B. n-gramme, der Gebrauch von Personalpronomina, Intensivierer, „Geocollokationen“ u.v.m. können somit systematisch erforscht werden. In der Onomastik bietet das Korpus Möglichkeiten jüngere Namen im Kontext des Alpinismus zu untersuchen, zum Beispiel, die Namen alpiner Strukturen wie Wände, Pfeiler usw. Dadurch werden neue Einsichten in Benennungsmotive erwartet. Gleichzeitig bietet das Projekt auch einen Nutzen für die Korpuslinguistik, da z.B. Namendatenbanken beitragen können, NER und Annotation zu verbessern.

## **EU-Projekt “On-line Reading and Writing Laboratory for Czech, German, Italian and Slovenian as L2”**

*Von Ursula Doleschal, Michaela Gindl  
(SchreibCenter der AAU Klagenfurt) und  
Sonja Kuri (Dipartimento di Lingue e  
Letterature, Comunicazione, Formazione e Società,  
Università degli Studi di Udine)*

Das Lifelong-Learning-Projekt „An Online Reading and Writing Laboratory for Czech, German, Italian and Slovenian as L2“ hat das Ziel, das Schreiben in den Sprachen Deutsch, Italienisch, Slowenisch und Tschechisch als Zweit- und Fremdsprache zu fördern. Zu diesem Zweck entwickelt das Projektkonsortium eine Lernplattform in Moodle, die Materialien und Aufgaben zur Verfügung stellt und auf Foren die Möglichkeit zum Austausch und Aufbau einer L2-Writing-Community gibt. Beteiligt sind das Dipartimento di Lingue e Letterature, Comunicazione, Formazione e Società der Universität Udine als Projektkoordinator, das SchreibCenter der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, die PH Freiburg, der Ústav bohemistických studií der Karls-Universität Prag und das Center za slovenščino kot drugi in tuji jezik der Universität Ljubljana sowie Partnerschulen in drei Ländern. Die Laufzeit des Projekts ist 2014-2016.

Der Entwicklung von Schreibkompetenz wird im Fremdsprachenunterricht zu wenig Aufmerksamkeit zuteil. Auch der Europäische Referenzrahmen bietet für diese Fertigkeit recht wenig. Zudem wird von den Lehrenden aber auch von den Lernenden selbst Schreiben vor allem als das Anwenden von Grammatik- und Rechtschreibregeln begriffen. Das hat die im Rahmen des Projekts durchgeführte Befragung von insgesamt 428 Personen, die eine der vier Projektsprachen als L2 lernen bzw. erwerben, ergeben. Dort orten die Lerner\_innen daher auch die größten Schwierigkeiten. Themenentwicklung, Struktur, Kohäsion und Kohärenz und andere textuelle Eigenschaften werden hingegen nicht als problematisch wahrgenommen.

nommen. Unsere Untersuchung von 80 deutschsprachigen Schüler\_innen- und Studierendentexten der Niveaus B1, B2 und C1 des GERS hat jedoch Defizite in genau diesen Bereichen zutage gefördert. Um größeres Augenmerk auf diese Parameter zu lenken, haben wir die didaktischen Einheiten entsprechend gestaltet.

Die Moodle-Plattform besteht aus vier Bereichen für die vier verschiedenen Sprachen. Für jede Sprache werden zwölf verschiedene (funktional-pragmatische) Textsorten aus verschiedenen Domänen mit argumentativen Charakter als jeweils eigener Kurs vorgestellt, beschrieben und mit Aufgaben und Übungen versehen. Dabei wird metakognitiven Strategien zur Planung, Steuerung und Kontrolle des Schreibprozesses besonders breiter Raum gegeben.

Für das Deutsche konnten wir auf eine breite Basis textlinguistischer und schreibdidaktischer Forschungsergebnisse zurückgreifen, die hier zum Zweck der „Optimierung von Sprache und Kommunikation“ (Knapp 2004) zur didaktischen Anwendung kommen. Die Beschreibung der zwölf Textsorten folgt im Wesentlichen den Kriterien von Fandrych, Thurmair (2011). Weiterhin stützen wir uns unter anderem auf die von Gruber, Huemer, Rheindorf (2012) entwickelten Beschreibungen von Abstract und Exposé sowie auch teilweise die Unterlagen zur Neuen standardisierten Reifeprüfung.

Die Lernplattform ist sowohl für das selbstgesteuerte (autonome) Lernen als auch für Blended Learning geeignet. Die Kurse sind noch in Arbeit, können aber bereits genutzt und kommentiert werden. Wir möchten einladen, die Plattform [www.wrilib2.eu](http://www.wrilib2.eu) zu testen, und würden uns über Feedback freuen.

Literatur

Fandrych, Christian; Thurmair, Maria (2011): Textsorten im Deutschen. Linguistische Analysen aus sprachdidaktischer Sicht. Stauffenburg Linguistik.

Huemer, Birgit; Rheindorf, Markus; Gruber, Helmut (2012): Abstract, Exposé und Förderantrag. Eine Schreibanleitung für Studierende und junge Forschende. Wien u.a.: Böhlau.

Knapp, Karlfried [Hrsg.] (2004): Angewandte Linguistik. Tübingen: Francke

Projektwebseite: [www.wrilib2.eu](http://www.wrilib2.eu)

## **Manipulatives Argumentieren in TV-Diskussionen. Ein Fallbeispiel aus der ZIB 2**

*Von Karoline Irschara, Ludwig-Franzens-Universität Innsbruck*

*Seminararbeit im Rahmen des Seminars „Argumentationstheorie“, LV-Leiter: Univ.-Prof. Dr. Manfred Kienpointner*

### **Einführung**

Im März 2014 geriet der ehemalige FPÖ-Politiker Andreas Mölzer durch bestimmte öffentliche Aussagen in scharfe Kritik verschiedenster politischer Seiten. Nachdem er u.a. die EU mit dem Dritten Reich verglichen hatte – und dieses im Gegensatz zur EU als „formlos und liberal“ bezeichnete (Wagner/Hage-lücken 2014) –, wurden vermehrt Forderungen nach einem Rücktritt laut. Die starke Medienresonanz, welche seine damaligen Äußerungen nach sich zogen, liefert Anlass dafür, einen genaueren Blick auf die Diskussionen und im Speziellen auf deren Inhalte und Argumentationsmuster zu werfen, die sich im weiteren Verlauf ergaben.

Die vorliegende Arbeit widmet sich dem Bereich der Politischen Argumentation und versucht anhand konkreter Beispiele aufzuzeigen, wie Argumentationen im Rahmen eines politischen Kontexts pragmatisch funktionieren können bzw. welcher Grad an Glaubwürdigkeit ihnen je nach Situation zuzumessen ist. Um dies zu veranschaulichen, soll eine Analyse verschiedener Sequenzen zweier TV-Diskussionen erfolgen, die im Frühjahr 2014 in der ZIB 2 des Österreichischen Rundfunks ausgestrahlt wurden. Dabei wurden die beiden FPÖ-Politiker Andreas Mölzer und Hans-Christian Strache von Armin Wolf einzeln zu Mölzers strittigen Aussagen befragt. Der erste Teil der Seminararbeit liefert einen kurzen Einblick in allgemeine Daten zur Fernsehnutzung in Österreich, sowie zum Sendeformat der ZIB 2;



anschließend wird versucht, spezielle Charakteristika von Fernsehdiskussionen herauszuarbeiten.

Im zweiten Teil soll der kontextuelle Rahmen zur Sprache kommen, innerhalb dessen sich die Diskussionen abspielten. Dabei stehen speziell die interviewten Personen sowie der Anlass der Interviews im Vordergrund. Kern und Ziel der vorliegenden Arbeit ist es schließlich, die verschiedenen zugrundeliegenden Argumentationslinien der Diskussionen zu analysieren, und zwar hinsichtlich ihrer Form, ihres Kontexts und ihrer Plausibilität. Der Fokus liegt insbesondere auf manipulativen und unfairen Formen des Argumentierens: Die elementaren Muster von Argumentationspraktiken sollen stets einzeln beleuchtet und hinsichtlich Haltbarkeit und Relevanz bzw. Wahrscheinlichkeit geprüft werden. Dabei sind die Grenzen zwischen Plausibilität und Trugschlüssigkeit keinesfalls immer starr und klar, sondern müssen in jedem einzelnen Fall kritisch in Frage gestellt werden.

Am Ende sollen jedenfalls verschiedene Typen von Argumentationen und Argumenten, die sowohl unfaire als auch plausible Verwendung im Alltag finden, präzisiert werden, um aufzuzeigen, ob und wie manipulative Strukturen der Argumentation funktionieren können.

## **1. Medium Fernsehen: Nutzungsdaten, die ZIB 2 und Besonderheiten von TV-Diskussionen**

### *1.1 Medium Fernsehen: Reichweite und Nutzung in Österreich*

Vielfach wird Fernsehen nicht nur als wirtschaftliches, sondern vor allem auch als politisches Massen- und Leitmedium beschrieben, welches sich auch in Zeiten des Internets und der zahlreichen digitalen Alternativangebote immer noch durch Rekordquoten profiliert. (Vgl. Faulstich 2008:21; vgl. Karstens/Schütte 2013:11) Das traditionelle Bildschirmmedium gilt immer noch als führend, wenn es um große, gesellschaftlich-politische Themen und Debatten geht; als Plattform für Politik bzw. als Mittel der politischen Inszenierung nimmt das Fernsehen auch heute noch einen besonderen Stellenwert als zentraler Ort der Massenkommunikation ein. (Vgl. Faulstich 2008:27; vgl. Groebel 2014:9; vgl. Schorr 2000:4)

Auch in Österreich ist die Fernsehnutzung im Aufstieg begriffen, obgleich sie im westeuropäischen Vergleich relativ niedrig ist, wie eine ORF-Statistik aus dem Jahr 2007 berichtet: Dieser zufolge waren damals die Länder Griechenland, Italien, Spanien und Großbritannien mit über 230 Minuten Fernsehdauer an der Spitze, während sich die durchschnittliche Sehdauer in Österreich auf 157 Minuten pro Tag belief. (Vgl. ORF Mediaresearch 2008) In den letzten Jahren sind sowohl die TV-Nutzungszeit, als auch die TV-Verweildauer gestiegen: Die TV-Nutzungszeit betrug im Jahr 2014 rund 172 Minuten (im Vergleich etwa 2010 noch 161 Minuten), während sich die TV-Verweildauer auf 268 Minuten pro Tag beläuft (zum Vergleich: 2010 lag diese noch bei 254 Minuten). (Vgl. ORF Mediaresearch 2015a, 2015b) Daraus ergibt sich insgesamt auch, dass die durchschnittliche Gesamtreichweite des Fernsehens um 1,4 Prozentpunkte auf 63,3% der Bevölkerung ab 12 Jahren bzw. bei insgesamt 4,6 Mio. Seherinnen und Sehern gestiegen ist. (Vgl. ORF Mediaresearch 2014a)

Wenn wir einen allgemeinen Blick auf die österreichische Medienlandschaft werfen, ist festzuhalten, dass das größte Medienunternehmen unangefochten im öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter ORF besteht, welcher derzeit den österreichischen Rundfunksektor als Leitmedium dominiert. Dies ist unter anderem auf die späte Dualisierung des Mediensystems zurückzuführen: Erst 2001 kam es in Österreich zu einer gesetzlichen Verankerung des privaten Rundfunks. (Vgl. Steinmaurer 2009:504) Der ORF weist aktuell einen Marktanteil von 33,4% auf. Diesen Marktanteil kann man im westeuropäischen Vergleich als sehr hoch ansehen – Österreich liegt dort nach Dänemark (Marktanteil von 65%), Island und Finnland (49 und 44%) an vierter Stelle. (Vgl. Statistik Austria 2015/RTR Kommunikationsbericht 2014) Aus einer näheren Aufschlüsselung der Marktanteile nach einzelnen Sendern ergibt sich zudem, dass die beiden ORF-Programme – ORF 1 mit 13,3% und ORF 2 mit 20,2% – im Jahr 2014 jeweils deutlich vor den restlichen Sendern stehen. (Vgl. ORF Mediaresearch 2014b).

### *1.2 Zur Sendung: ZIB 2*

Die vorliegende Arbeit analysiert einzelne Sequenzen aus der Sendung ZIB 2, einem täglichen Nachrichten-Magazin des ORFs, welches vorwiegend aus

Reportagen und Hintergrundberichten zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Chronik und Kultur besteht und immer werktags am Abend, um 22.00 Uhr, auf ORF 2 ausgestrahlt wird. Besonders charakteristisch sind für die Sendung ausführliche Interviews mit Entscheidungstragenden und prominenten Expertinnen und Experten, die live im Studio abgehalten werden. Laut eigenen Angaben werden Interview-Fragen mit den Studiogästen vor der Sendung nicht abgesprochen, wobei immer aktuellen Themen zur Debatte stehen. (ZIB 2 Homepage 2015)

Das Format der ZIB 2 zählt im europaweiten Vergleich zu den erfolgreichsten Infosendungen seiner Art: 523.000 ZuschauerInnen wurden durchschnittlich im Jahr 2014 tagtäglich erreicht – in der durchschnittlichen Woche haben ca. 1,8 Millionen ÖsterreicherInnen zumindest eine ZIB 2-Ausgabe gesehen – der Marktanteil beläuft sich auf 24 Prozent. Zusätzlich führen durchschnittlich 44.200 Videoabrufe pro Ausgabe dazu, dass die ZIB 2 mittlerweile zu den meist genutzten Sendungen der ORF-TVthek zählt. (orf.at, 03.02.2015)

### 1.3 Fernsehinterviews und TV-Diskussionen

Im Folgenden soll ein kurzer, allgemeiner Blick auf medientypische Charakteristika von TV-Diskussionen und Fernsehinterviews geworfen werden.

Holly zählt in seiner häufig zitierten Klassifikation von Fernsehgattungen das Interview bzw. die Gesprächssendung oder Diskussion zu den performativen Gattungen dazu. Diese unterscheiden sich von informativen oder fiktionalen Gattungen und anderen Sparten vor allem dadurch, dass das Verhalten und die konkreten Handlungen der involvierten Akteurinnen und Akteure im Vordergrund stehen. Es kommt insbesondere darauf an, wie Handlungen vor dem Publikum performiert werden. (Vgl. Holly 2004:54ff)

Fernsehinterviews und TV-Diskussionen zeigen diesen performativen Charakter des Mediums besonders deutlich. In den journalistischen Anfängen fungierte das Interview als klassisches Rechercheinstrument, das vor allem ein Informationsziel verfolgte. Allmählich entwickelte sich das Fernsehen, und damit auch das Interview, zu einer Darstellungsform, die von Seiten der Politik häufig als Plattform für Selbstdarstellungszwecke – z.B. in Anbetracht der

Funktionalisierung von Politik als Unterhaltung, Confrontation oder politischer Propaganda – Verwendung fand. (vgl. Haller 1991, zit. Nach Holly 2004:59) Interviews kommt inzwischen häufig nicht nur ein Informations-, sondern auch ein Unterhaltungswert zu. So sehen Friedrichs/Schwinges das Interview vor allem als einen Prozess des Zusammenspiels von inhaltlichen und emotionalen Ebenen: Während auf inhaltlicher Ebene Informationsziel und Informationsgehalt gemeint sind, ebenso wie Klarheit und Knappheit der Aussagen und Fragen, beläuft sich die emotionale Ebene vielmehr auf die Stimmung und auf das Umfeld des Interviews, sowie auf nonverbales Verhalten, Suggestivfragen, evtl. Unterstellungen und das individuelle Eingehen auf InterviewerIn bzw. auf die befragte Person. Auch halten Friedrich/Schwinges fest, dass Interviewende ihr Ziel umso eher erreichen, je besser bzw. je klarer die emotionale Beziehung zu den Interviewten sei. (Vgl. Friedrichs/Schwinges 2009:19)

Holly/Kühn/Püschel beschreiben politische Fernsehdiskussionen als personenbezogen, emotional und plakativ und verweisen darauf, dass viele Aspekte erst bei genauer Betrachtung nachvollziehbar werden: „Es geht um alles Mögliche: Information, Unterhaltung, Selbstdarstellung, Karrierearbeit, Parteienwerbung, Legitimation, Interesseartikulation, Beschwichtigung, Meinungsbildung usw.; das meiste davon wird nicht explizit verfolgt, sondern unauffällig bis verdeckt.“ (Holly/Kühn/Püschel 1989:2) Im Bezug auf spezielle Charakteristika von Fernsehdiskussionen ist zudem zu beachten, dass Aussagen und Thesen in Fernsehinterviews nicht nur für das Gegenüber, sondern für das Publikum vor dem Fernseher konzipiert sind:

„Argument is not just, or not even primarily, aimed at convincing the direct interlocutor, but also, and possibly more so, the studio audience, and in particular, the wider audiences watching the show. Participants ‘perform’ an argument, in order to convince a third party.“ (Van Rees 2007:1457)

Wenn auch der Prozess des Überzeugens oder des Argumentierens an sich derselbe sein mag, wie er auch in alltäglichen Diskussionen auftritt, so ist es im Rahmen im Fernsehens aufgrund der großen Reichweite und Verbreitung notwendig, SprecherInnenstrategien entsprechend anzupassen: „Thus [in mass communication] everything is somewhat more complicated than in face-to-face communication, but the

process is essentially the same.“ (Schramm 1963:299) Um das Publikum für sich zu gewinnen, verwenden Akteurinnen und Akteure unterschiedlichste Argumentationen, die neben rational auch emotional überzeugen wollen. Dabei sind alle möglichen Szenarien denkbar, von stimmigen, plausiblen Argumenttypen angefangen über Unterbrechungen, Beschuldigungen bis hin zu Abwertungen oder Provokationen, gestützt durch nonverbale Verhaltensmuster, die bestimmten Aussagen besonderen Nachdruck verleihen – bereits deshalb können Interviewäußerungen nicht als Äußerungen an sich, sondern vielmehr als Handlungen in ihrem jeweiligen Kontext gesehen und dementsprechend analysiert werden.

Der folgende Abschnitt widmet sich deshalb dem engeren Kontext, in welchem die TV-Diskussionen zu Stande kamen.

## 2. Zu den analysierten Interviews und ihrem Kontext

Anlass der beiden Interviews, die in dieser Arbeit näher betrachtet werden sollen, sind mehrere Aussagen des ehemaligen FPÖ-Politikers Andreas Mölzer, welche in den österreichischen Medien im Frühjahr 2014 für Kritik und Aufregung sorgten. Die Interviews hängen thematisch eng zusammen: Im ersten Interview (vom 25. März) wird Mölzer zu seinen strittigen Aussagen befragt, während im zweiten Interview (vom 09. April) FPÖ-Obmann Strache zu Wort kommt und sich ebenfalls zu Mölzers Äußerungen positioniert. Beide Interviews wurden von Armin Wolf, dem stellvertretenden Chefredakteur der TV-Information des ORFs geführt. Wolf ist für seine Live-Interviews bekannt und wurde u.a. als „Journalist des Jahres“, als „Kommunikator des Jahres“ mit dem Concordia- und Robert-Hochner-Preis, sowie drei Mal mit einer „Romy“ als beliebtester TV-Moderator ausgezeichnet. (ORF Kundendienst 2015)

### 2.1 Zu den interviewten Personen: Eine kurze Darstellung

Andreas Mölzer (\*02.12.1952, Leoben) ist Publizist und gilt bis heute als einer der führenden Ideologen der Freiheitlichen Partei Österreichs. Mölzer arbeitete u.a. als Chefredakteur bei der FP-*Wochenzeitung* *Kärntner Nachrichten* und war Mitglied des Redaktionskomitees der *Deutschen Monatshefte*; seit 1997

ist er Mitherausgeber und Chefredakteur der aus der *Jungen Freiheit* hervorgegangenen deutschnationalen *Wochenzeitung Zur Zeit*. (Vgl. DÖW 2014) In den 90er Jahren war Mölzer Vorsitzender der Freiheitlichen Parteiakademie und trat als vom Kärntner Landtag entsandtes Mitglied in den Österreichischen Bundesrat ein; in Folge war er als Kulturbeauftragter der Kärntner Landesregierung unter Haider tätig. 2004 schaffte Mölzer den Eintritt in das Europäische Parlament und gehörte bis 2007 keiner Fraktion an, hielt jedoch engen Kontakt mit verschiedenen Abgeordneten anderer europäischer Rechtsparteien, darunter etwa Front National, Vlaams Belang, Lega Nord, LAOS und weiteren. 2007 wurde die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS) gegründet, der Mölzer angehörte. Zu den inhaltlichen Leitlinien dieser rechtsextrem-nationalistischen Fraktion zählten etwa der Erhalt der „europäischen Leitkultur“ sowie des „europäischen Erbes“, die „Absage einer schrankenlosen Ausweitung der europäischen Integration“, „pro-nationalistische Familienpolitik“ und Ähnliches; zudem bezeichnete die Fraktion Europa als durch „Globalisierung, Masseneinwanderung“ und „Political Correctness“ bedroht. (Freiheitliche Akademie 2005)

2009 galt Mölzer als EU-Spitzenkandidat und war in Zuge einer weiteren Kandidatur bis 2014 Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, sowie Stellvertreter des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO). (Europäisches Parlament – Abgeordnete 2014)

Heinz-Christian Strache (\*12. Juni 1969, Wien) ist derzeitiger Bundespartei- und Klubobmann der FPÖ im Nationalrat. Seit den 1990er Jahren rückte Strache als FPÖ-Bezirksobmann und später als Landtagsabgeordneter im Wiener Landtag, sowie Landesobmann des Rings Freiheitlicher Studenten (RFJ) in die Öffentlichkeit; bereits im Vorfeld wurden Kontakte zu rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Verbindungen bekannt, darunter etwa seine Mitgliedschaft bei der schlagenden deutschnationalen Burschenschaft *Vandalia*, der neonazistischen *Wiki-Jugend*, Kontakt zum Holocaustleugner *Küssel* usw. (Vgl. Geden 2004: 28f; vgl. DÖW 2014)

2005 wurde Strache zum Bundesparteiobmann gewählt. Häufig geriet er durch rassistische, diskriminierende Aussagen in die Kritik der Öffentlichkeit. Mit Wahlslogans wie „Wien darf nicht Istanbul werden!“, „Mehr Mut für unser Wiener Blut“ oder „Daham

statt Islam!“ sorgten Strache und die FPÖ immer wieder für Empörung. Im Rahmen seiner bisherigen politischen Laufbahn kritisierte Strache mehrmals die EU und forderte ein Referendum über den Verbleib Österreichs darin. Auch Strache war, gemeinsam mit Mölzer, bei der Gründung der EU-Parlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ dabei. 2015 wurde u.a. daraus die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ gebildet.

## 2.2 Der Anlass der TV-Diskussionen

Im Folgenden werden Mölzers umstrittene Aussagen, die den Anlass der TV-Diskussionen bildeten, skizziert:

Mitte Februar 2014 wurde in Wien das Buch „Wie das Projekt EU Europa zerstört“ der FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz vorgestellt. Im Zuge der danach folgenden Podiumsdiskussion tat auch Mölzer seine Meinung kund; zwei seiner Aussagen sorgten jedoch für besondere Empörung. Zum einen verglich Mölzer dem Magazin der Süddeutschen Zeitung zufolge die EU mit dem Dritten Reich: Die EU sei eine Diktatur, dagegen sei „das Dritte Reich wahrscheinlich formlos und liberal“ gewesen, „weil es sicher nicht so viele Regeln und Vorschriften, Gebote und Verbote gegeben hat.“ Ferner bezeichnete Mölzer die EU als „Negerkonglomerat“, beherrscht von einer „Bande von Lobbyisten.“ (Wagner/Hagelüken 2014) Beide Aussagen wurden von verschiedensten Seiten scharf kritisiert: SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos bezeichnete Mölzers Aussagen als widerwärtig und rassistisch. (Vgl. orf.at, 25.03.2014)

ÖVP-Generalsekretär Gernot Blümel sprach im selben Zusammenhang von einer „unfassbaren Entgleisung“, welche dem Ansehen Österreichs enormen Schaden zufüge. Oskar Deutsch, Präsident der Israelischen Kultusgemeinde, sah in Mölzers Aussage eine gezielte Provokation und forderte ihn zum Rücktritt auf: Mölzer zeige „unverhohlen, dass es sich bei diesem Vergleich nicht um einen sogenannten spontanen rhetorischen ‚Ausrutscher‘ handelt, sondern dass er vielmehr in keiner Weise bereit ist, auf derartig einschlägige verdrehte und geschmacklose Narrative zu verzichten“, so Deutsch. (DiePresse.com, 24.03.2014)

Auch die Grünen-Chefin Eva Glawischnig forderte Strache zu einer Aussendung und Mölzer zum

Rücktritt von seiner Kandidatur auf. Der Schriftsteller Michael Köhlmeier kündigte eine Anzeige gegen Mölzer wegen Verhetzung an; 12.000 Menschen schlossen sich dieser Initiative unmittelbar später an. Auch in der FPÖ selbst wurde Kritik an Mölzers Aussagen laut, da man die Chancen auf Wahl-Erfolge bei den EU-Wahlen im Mai gefährdet sah. (Vgl. Tagesanzeiger.ch, 08.04.2014)

Während Mölzer den NS-Vergleich im Nachhinein nicht bestritt – „Ähnliches“ habe er bereits mehrmals in verschiedenen Reden erwähnt –, wies er das zweite ihm zugeschriebene Zitat zunächst von sich und behauptete in einem Gespräch mit der APA, dass er von einem „nekrophilen Konglomerat“ im Zusammenhang mit der „überalterten kinderlosen Gesellschaft“ gesprochen habe. (DerStandard.at, 21.03.2014) „Mölzer Wenig“ später konnte Mölzers Zitat durch einen Tonmittschnitt belegt werden, auf welchem folgende Passage zu hören ist:

„(...) Es ist eine Frage auch des Gestalterischem, des Arbeitsethos, was aus diesem Europa wird: Entweder sind wir ein Negerkonglomerat, totales Chaos, sage ich jetzt bewusst brutal politisch nicht korrekt. Wo das Chaos sich vermehrt, wo Massenzuwanderung, wo institutionelles Chaos, wo wirre Konzerninteressen (sind).“ (Audiomitschnitt „Andreas Mölzer: ‚Negerkonglomerat‘-Sager“, veröffentlicht im SZ Online Magazin, 24.03.2014)

Mölzer reagierte auf die Vorwürfe, indem er von einer verfehlten Wortwahl sprach und behauptete, die Podiumsdiskussion, aus welcher der Mittschnitt stammt, sei zu dieser Zeit bereits „längst ins Satirisch-Ironische abgeglitten.“ Schließlich entschuldigte sich Mölzer nach dem Auftauchen des Tonbandmittschnittes für seine Aussage, die eine „semantische Fehlleistung“ gewesen sei. (DiePresse.com, 23.04.2014)

Am 8. April 2014 zog Mölzer seine Kandidatur schließlich aufgrund von Druck der Parteiführung zurück. Er selbst bezeichnete sich als Opfer einer „von der ultralinken Jagdgesellschaft organisierter Hetze“ und beklagte, dass es „nicht der anhaltende Druck der gesamten politisch korrekten Medienlandschaft des Landes und nicht die geheuchelte Empörung des politischen Establishments“ sei, sondern lediglich der innere Druck seiner Partei, der ihn dazu bewogen habe, den Rücktritt einzureichen. (oe1.orf.at, 08.04.2014)

### 3. Argumentationsanalyse

Um nun die einzelnen Argumente der Interviews, die sich auf die eben geschilderte Thematik beziehen, näher zu beleuchten, sollen zunächst grundlegende Begriffe und das methodische Vorgehen geklärt werden.

#### 3.1 Begriffsklärungen: Argumentation, Argument, Plausibilität

Der Standpunkt, von welchem ausgehend die einzelnen Argumentationsmuster und Argumente in dieser Arbeit analysiert werden, ist einer pragma-linguistischen Perspektive zuzuordnen, wie sie von Frans H. van Eemeren vertreten wird:

„Argumentation is a verbal and social activity of reason aiming at increasing or decreasing the acceptability of a controversial standpoint for the listener or reader, by putting forward a constellation of propositions intended to justify (or refute) the standpoint before a rational judge.“ (Eemeren/Grootendorst/Henkeman 1996:4f)

D.h. also, dass es sich bei einer Argumentation um eine verbal-soziale Aktivität handelt, mit welcher versucht wird, eine strittige These zu verteidigen, zu stützen oder zu widerlegen bzw. abzuschwächen. Diesem Verständnis zufolge ist gewissermaßen jede Argumentation ein Prozess der Verteidigung eines bestimmten Standpunkts: „Argumentation is always a defense of a point of view.“ (Eemeren/Kruijer 1986:70)

Hierfür werden verschiedene Propositionen und Gründe herangezogen, welche die Plausibilität der Argumentation stützen oder schwächen können. Toulmin/Rieke/Janik sprechen in diesem Zusammenhang von reasoning als Aktivität des Präsentierens der Gründe, die für oder gegen eine bestimmte Behauptung sprechen, „so as to show how those reasons succeed in giving strength to the claim.“ (Toulmin/Rieke/Janik 1984:14)

Das Argument selbst wird schließlich als Sequenz von Gründen definiert, welche den Inhalt bzw. die Stärke einer Position herstellen, für die ein\_e Sprecher\_in eintritt. (Vgl. ebd.) Kienpointner definiert das Argument als den „Grund, der für oder gegen eine strittige These angeführt wird.“ (Kienpointner 1996:75) Hinsichtlich der Beschaffenheit von Argumenten ist festzuhalten, dass Argumente grundsätzlich stark oder schwach sein können, stichhaltig und

prägnant, andererseits aber auch komplex oder fadenscheinig. Damit der Prozess einer Argumentation überzeugend sein kann, müssen die entsprechenden Argumente jedoch möglichst haltbar, das heißt wahr oder wenigstens wahrscheinlich sein. Entscheidend ist dabei auch, dass die Argumente sinnvoll Bezug auf die strittige These nehmen: Kann eine Schlussregel angewandt werden, die garantiert, dass ein Schluss vom Argument auf die These tatsächlich möglich ist, so gilt das entsprechende Argument als relevant. (Vgl. ebd. 1996:75) Das Kriterium der Plausibilität wird dann erfüllt, wenn Argumente haltbar, das heißt wahr oder wahrscheinlich, und relevant, also inhaltlich sinnvoll auf eine strittige These bezogen sind. (Vgl. ebd. 1996:75)

An dieser Stelle sei auf das Toulmin-Schema (1958) verwiesen, welches Argumentationsmuster in die hier folgenden Einzelteile zerlegt und damit die Struktur eines plausiblen Arguments offenlegt. (zit. Nach Kienpointner, Unterlagen zur LV „Argumentationstheorie“, 2014)

Zu den elementaren Bestandteilen einer Argumentation kommen, wie hier ersichtlich, Qualifikatoren, Stützung und Ausnahmebedingung hinzu. Qualifikatoren geben an, ob auf eine These zwingend, mit großer Wahrscheinlichkeit oder nur mit Vorbehalt geschlossen werden kann, während eine Ausnahmebedingung jene Fälle angibt, in welchen nicht auf die These geschlossen werden kann. Durch das Backing wird die Schlussregel gestärkt: Hiermit sind zum Beispiel generelle Informationen gemeint, die von einer Schlussregel automatisch präsupponiert werden, wie dies etwa in wissenschaftliche Gesetze oder konstitutionellen Rahmen, welche eine Schlussregel zusätzlich legitimieren können, der Fall ist. (Vgl. Toulmin 1984:26)

Das Toulmin-Schema kann vereinfacht und auf sehr allgemeiner Ebene in ein dreiteiliges Grundgerüst zerlegt werden, welches sich aus Argument(en) Schlussregel und These zusammensetzt und dann als plausibel erachtet wird, wenn die Argumente haltbar und relevant sind. (Vgl. Öhlschläger 1979:99ff; vgl. Kopperschmidt 1980:91ff; vgl. Kienpointner 1992:28f)

Bei allen formalen Faktoren darf jedoch nicht vernachlässigt werden, dass Plausibilität von Argumentationsmustern und Stichhaltigkeit von Argumenten auch immer an ihrem jeweiligen Kontext zu prüfen sind. Toulmin hält fest, dass die Grenze zwischen plausiblen Argumentationsschemata und

Trugschlüssen schwer zu ziehen ist. Dieselben Argumentationsformen können in einem Kontext als plausibel, im anderen etwa als trugschlüssig gelten: „Arguments that are fallacious in one context may turn out to be sound in another context.“ (Toulmin 1984:178)

Schließlich sei die Unterscheidung zwischen faktischen und normativen Argumentationsmustern erwähnt: Bei faktischen Mustern kommen nur faktische Sätze (also Tatsachenbehauptungen) vor, bei normativen Mustern handelt es sich vielmehr um wertende, moralisierende Urteile. Auch Kombinationen dieser beiden Kategorien sind durchaus möglich. (Vgl. Kienpointner 1996:76)

### 3.2 Methodik

Wie bereits erwähnt, werden Argumentationen in dieser Arbeit als soziale Handlungen bzw. als Sprechakte betrachtet, die je für sich und in ihrem einzelnen Kontext betrachtet werden müssen. Der grobe soziokulturell-politische Kontext, wie er in Kapitel 2 geschildert wurde liefert den Rahmen, in welchem die einzelnen Argumentationsmuster analysiert werden sollen, obgleich jeweils im Detail weitere Umstände für die Analyse hinzukommen.

Der nun folgende Hauptteil dieser Arbeit stellt einen Versuch dar, verschiedene Diskussionsbeiträge auf die ihnen zugrundeliegenden Argumentationsmuster zu reduzieren, mit dem Ziel, elementare Muster trotz inhaltlicher Unterschiede sichtbar zu machen. (Vgl. Kienpointner 1996: 74) Sind die verschiedenen Muster enthüllt, werden die Kriterien der Haltbarkeit und Relevanz durch kritische Fragen und nähere Beleuchtung des Kontextes geprüft. Ziel ist es schließlich, herauszuarbeiten, welche Argumentationsschemata als manipulativ, also als trugschlüssig oder aber als plausibel und stichhaltig gelten. Um generalisierende Urteile möglichst zu vermeiden, werden alle Fälle einzeln diskutiert.

Als schriftliche Grundlage für diese Arbeit wurden zwei Transkripte der Interviews vom 25.03.2014 und vom 10.04.2014 nach Dieter Zirinig verwendet, die auf neuwal.at veröffentlicht wurden, einem in Wien initiierten, privaten und unabhängigen Projekt zur Förderung der politischen Bildung und des Online Journalismus.

Als Quellen zur Argumentationsanalyse wurden hauptsächlich die Werke *Alltagslogik* (1992) und *Vernünftig argumentieren* (1996) von Manfred Kien-

pointner zur Hilfe gezogen.

### 3.3 *Analysierte Beispiele manipulativer Argumentationen*

#### 3.3.1 Fall 1: Ursache-Wirkung

Wolf: Auf dem Tonband ist aber deutlich zu hören, wie Sie zu Ihrem unsäglichen “Negerkonglomerats“-Vergleich sagen: “Das sage ich jetzt bewusst, brutal politisch nicht korrekt“. Es war also bewusst gesagt, aber nicht beabsichtigt. Beleidigt das nicht Ihre eigene Intelligenz?

Mölzer: Schauen Sie, das war eine Diskussion, die vor sechs Wochen stattgefunden hat. Uhm? Ich habe seitdem eine Fülle von Debatten, Diskussionen, Vorträgen und Ähnliches gehabt. Und ich habe in der Tat, nach dem das ja weder eine Sache war, wo man ein Manuskript gehabt hat, noch sonst etwas, nicht mehr in Erinnerung gehabt, was da genau gesagt wurde. In der Hitze des Gefechts, in einer emotionalen Debatte, die auch dann ins Skurrile und ins Ironische abgeglitten ist. Und wo also Dinge dann gesagt wurden, wie ich mich auf Grund des Tonbandmitschnittes – das gibt es jetzt immer wieder. Man kann also nichts mehr sagen, ohne dass es irgendwo mitgeschnitten wird,- überzeugen konnte.

Wolf: War eine öffentliche Veranstaltung...

Mölzer: Darf ich ausreden. Ja, ja, das ist nicht unrichtig. Aber, ich habe mich auf Grund dieses Mitschnittes überzeugt, dass ich da Formulierungen gewählt habe, konkret also diese eine, die einfach auch mir absolut unpassend erscheint. Und ich stehe nicht an, mich dafür zu entschuldigen. (Zirinig, Transkript vom 25.03.2014, Z.1-19)

Die strittige These seitens Mölzer besteht hier darin, dass er behauptet, seine Aussage nicht bewusst getätigt zu haben bzw. sich nicht ganz richtig daran erinnern zu können. Dazu liefert er nun mehrere einzelne Argumente:

Zum einen bezieht sich Mölzer auf ein Ursache-Wirkung-Argument, welches darin besteht, dass im Kontext von emotional geladenen Diskussionen bestimmte Aussagen nicht völlig bewusst getätigt werden. Auf abstrakterer Ebene bedeutet dies, dass gewisse Emotionen gewisse Verhaltensweisen oder

Handlungen begünstigen können, welche schließlich als deren Wirkungen gesehen werden können. (Vgl. Kienpointner 1996:132) Ferner beruft sich Mölzer auf den zeitlichen Abstand, der zwischen der Diskussion und dem Interview liegt (sechs Wochen). Auch hier liegt eine Argumentation vor, die in einem Ursache-Wirkungs-Verhältnis davon ausgeht, dass im Falle zeitlicher Distanz (Ursache) die Erinnerung an eigene Aussagen (Wirkung) verschwimmt. Durch beide Argumente wird der Inhalt Mölzers zur Debatte stehende Aussage bisweilen abgeschwächt, da sie sowohl als relevant in Bezug auf seine These, als auch als mehr oder minder wahrscheinlich angesehen werden können. Gewissermaßen räumt Mölzer nämlich auch ein, dass seine Aussage strittig war und er dies nicht so beabsichtigte – in einem zweiten Schritt entschuldigt er sich auch – wodurch die Plausibilität der Argumentation gestärkt wird. Wenngleich ihm dies zugestanden werden muss, bleibt die Frage nach dem Kontext, in welchem sich der FPÖ-Politiker damals befand: Eine öffentliche Veranstaltung nämlich, bei der mit Tonband mitgeschnitten wurde. Hier führt Mölzer ein normatives Argument an, welches die Tatsache, dass „man heute nichts mehr sagen kann, ohne dass es irgendwo mitgeschnitten wird“, als negativ bewertet. Damit weitet Mölzer die Thematik auf allgemeiner Ebene aus und versucht weiterhin, seine Position zu stärken. Dennoch kann Mölzers Argumentation in Frage gestellt werden, besonders in Anbetracht der Öffentlichkeit von Aussagen im politischen Kontext: Ein wesentliches Merkmal von öffentlicher Kommunikation besteht darin, dass der Informationsfluss frei ist; das bedeutet, dass Mitteilungen, die im Rahmen von öffentlicher Kommunikation entstehen, unkontrollierbar in ihrer Reichweite sind, was wiederum Folgen für das Verhalten der Beteiligten nach sich zieht. (Vgl. Schulz 2001:114) Wer mit öffentlicher Kommunikation konfrontiert ist, muss davon ausgehen, dass Aussagen unter allen potentiell Erreichbaren bekannt werden, wobei ein Kommunikator bzw. eine Kommunikatorin auch nicht absehen kann, wie Rezipientinnen und Rezipienten auf Aussagen reagieren. Schulz hält dies so fest: „In genau dieser Unkalkulierbarkeit der Reichweite, Rezeption und Wirkung liegt das demokratische Potential von öffentlicher Kommunikation und auch das politische Risiko für Herrschaftspositionen.“ (Schulz 2001:115) Auch Wolf thematisiert diese Problematik und fragt nach, warum Mölzer damals von „das sage ich jetzt

bewusst“ gesprochen habe, worauf Mölzer zur Antwort gibt:

Mölzer: Das kann sich aber auch auf das Chaos und auf das beziehen. Bitt'schön, dass weiß ich jetzt nicht. Schauen Sie... (Zirinig, Transkript vom 25.03.2014, Z. 22-23)

Mit diesem Argument legt Mölzer eine Alternative als mögliche Begründung für seine Aussage dar. Hier wird damit argumentiert, dass das Wort „bewusst“ polysem für „beabsichtigt, willentlich“, aber auch für „klar“ stehen kann in dem Sinne, dass eine Aussage von allen Anwesenden gehört wird. Da jedoch ohnehin in Mölzers Aussage von „politisch inkorrekt“ (SZ Online Magazin, 24.03.2014) die Rede ist, kann die von ihm geschilderte Alternative als hinfällig betrachtet werden: In beiden Fällen verändert sich rein inhaltlich an der Aussage und der damit verbundenen Problematik nichts. Damit ist dieses Argument eher als unplausibel einzustufen.

### 3.3.2 Fall 2: Definition und Vergleich

Wolf: Jetzt wundere ich mich ja, dass Sie das für so unmöglich gehalten haben, dass Sie Neger gesagt hätten. Heute haben Sie gesagt, die Wortwahl sei nicht akzeptabel. Aber in Wahrheit haben Sie doch gar nichts gegen das Wort Neger.

Mölzer: Das ist schon richtig.

Wolf: In ihrer Zeitschrift „Zur Zeit“ steht das ständig. Sie wurden sogar vom Presserat einmal verurteilt, weil es in einem einzigen Artikel viermal gestanden ist.

Mölzer: Es geht aber nicht um das Wort Neger. Es geht um „Negerkonglomerat“ in diesem Kontext. Und das erscheint mir unmöglich. Das Wort Neger als solches ist ein normales deutsches Wort, das noch weder eine Wertung noch sonst etwas beinhaltet. Das kann man verwenden genauso wie Zigeuner oder Ähnliches. (Zirinig, Transkript vom 25.03.2014, Z. 50-61.)

In dieser umstrittenen Aussage geht Mölzer argumentativ davon aus, dass Wörter grundsätzlich bzw. per se wertfrei sind und sich nicht mit dem inhaltlich Gemeinten decken müssen. Dies unterstreicht er

dadurch, dass N. ein „normales deutsches Wort“ sei – man könnte hier also von einer Art Normalisierungsstrategie sprechen, welche versucht, den Gebrauch dieses Wortes zu legitimieren. Dabei haben wir es vor allem mit zwei Typen von Argumenten zu tun, die hier beide als zunehmend trugschlüssig betrachtet werden können. Einerseits liegt ein trugschlüssiges, normatives Definitionsargument vor, das sich wie folgt zerlegen lässt:

Wenn X durch Definition Y definiert ist, ist Wertung Z bezüglich X gerechtfertigt.

X ist durch Y definiert.

Also: Wertung Z ist bezüglich X gerechtfertigt.

(Schema nach Kienpointner 1992: 251)

Wenn N. durch die Definition Wort ohne Wertung definiert ist, ist die Wertung „wertfrei“ für N. gerechtfertigt.

N. ist als Wort ohne Wertung definiert.

Also: Wertung „wertfrei“ ist bezüglich N. gerechtfertigt.

Um Definitionsargumente näher zu untersuchen, kann man sich am allgemeinen Sprachgebrauch, wie er in Wörterbuchdefinitionen dargelegt wird, orientieren. (Vgl. Kienpointner 1996:68) Die Definition von N. als „normales“ Wort, also als in der deutschen Standardsprache übliches, nicht-markiertes Wort, lässt sich jedoch sowohl durch die allgemeine Verbreitung als auch konkret durch die Überprüfung in Nachschlagewerken nicht legitimieren. Mehrere Nachschlagewerke weisen darauf hin, dass N. bereits seit geraumer Zeit als diskriminierend empfunden wird und demnach als Abwertung funktioniert:

„Die Bezeichnung N. gilt im öffentlichen Sprachgebrauch als stark diskriminierend und wird deshalb vermieden. Als alternative Bezeichnungen fungieren Farbiger, Farbige sowie Schwarzer, Schwarze; (...) In Deutschland lebende Menschen mit dunkler Hautfarbe wählen häufig die Eigenbezeichnung Afrodeutscher, Afrodeutsche, die zunehmend in Gebrauch kommt.“ (Scholze-Stubenrecht 2015:1257) Bereits in älteren Nachschlagewerken wird dezidiert auf die diskriminierende Bedeutung des Begriffs verwiesen, wie zum Beispiel im Brockhaus (1982): „zunehmend seltener verwendet u. durch den Begriff Schwarze(r) ersetzt, da von der schwarzen Bevölkerung selbst als diskriminierend empfunden.“ (Wahrig, 1982:815) Ferner sei auf den entsprechenden Eintrag

in der aktuellen Online-Version des Brockhaus verwiesen, welcher wie folgt lautet: „Ausgehend von dem im Amerikanischen verbreiteten Gebrauch des Schimpfwortes »Nigger«, gilt die Bezeichnung »Neger« seit Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend als diskriminierend und ist heute durch »Schwarze«, »Schwarzafrikaner«, »Afrikaner«, »Afroamerikaner« oder Ähnliches ersetzt.“ (Brockhaus Online, Eintrag N., 2015)

In Mölzers Fall kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass es sich um Unwissenheit des Sprechers handelt. Zusätzlich ist auf allgemeinerer Ebene festzuhalten, dass in der Alltagssprache kaum ein Ausdruck als neutral charakterisiert werden kann - Benennungen von Objekten, Personen, Handlungen oder Eigenschaften enthalten fast immer einen gewissen wertenden Beigeschmack. (Vgl. Kienpointner 1996:201) Dieser ist individuell von SprecherIn und EmpfängerIn abhängig, sowie von kollektivem Wissen und von Konvention, welche Inhalt und Form verbindet.

Auch ist das Vergleichsargument „Das kann man verwenden genauso wie Zigeuner oder Ähnliches“ angesichts der Tatsache, dass auch Z. im allgemeinen Sprachgebrauch als diskriminierend gewertet wird, nicht haltbar. Als Z. wird in der Umgangssprache auch jemand bezeichnet, der ein „unstetes Leben“ führt: „Die Bezeichnung Zigeuner, Zigeunerin wird vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma als diskriminierend abgelehnt. (...) Umgangssprachlich, meist abwertend.“ (Scholze-Stubenrecht 2015:2075) Beide Einordnungsargumente erweisen sich auf inhaltlicher Ebene, wie eben gezeigt, nicht als haltbar, weshalb sie als trugschlüssig zu bewerten sind.

### 3.3.3 Fall 3: Argumentum ad antiquitatem, illustrative Beispiele

Die folgenden Aussagen stammen aus dem Interview mit Strache:

Wolf: Vor zwei Wochen ist Herr Mölzer nach der ersten Aufregung hier im Studio gesessen und hat wörtlich gesagt: „Neger ist ein normales deutsches Wort, das man jederzeit verwenden kann.“ Sehen Sie das auch so?

Strache: Schauen Sie. Ich verwende diesen Begriff nicht. Ja, das ist nicht meine Diktion. Aber Sie wissen selbst, dass dieser Begriff auch in der Schule und sogar im ORF bis in den 80er Jahren hinein bei Helmi



durchaus verwendet wurde.

Wolf: Ich frage, ob es 2014 in der FPÖ ein legitimer Begriff ist.

Strache: Ich sage Ihnen ganz offen, dass man nicht Sprachpolizei spielen soll. Und Begrifflichkeiten automatisch sozusagen in einem negativen Zusammenhang stellen sollen. Entscheidend ist, in welchem Kontext etwas gesagt wird. (Zirnig, Transkript vom 10.04.2014, Z. 97-108.)

Strache bedient sich hier zunächst einer kausalen Argumentation: Weil der Begriff N. in den 80er Jahren im ORF und in der Schule verwendet wurde, ist es legitim, ihn auch heute noch zu verwenden. Allerdings bedeutet die Tatsache, dass dieser Begriff in den 80er Jahren noch verwendet wurde nicht gleichzeitig auch, dass der Gebrauch des Wortes auch heute noch gerechtfertigt ist. Es liegt hier ein normativ verwendetes Argumentum ad antiquitatem bzw. ein „Appeal to Tradition“ vor – ein Argument, mit welchem ausgedrückt wird, dass ein bestimmtes Verhalten deshalb für gut befunden werden soll, weil es immer schon so gehandhabt oder überliefert wurde. Dabei handelt es sich aber um einen Fehlschluss: „Simply because something has always been done, or has always been believed, doesn't make it the right thing to do, or to believe.“ (Furman 2011:273) Die normative Ebene, die bei diesem Argument eine Rolle spielt, beläuft sich darauf, dass etwas, rein aufgrund der Tatsache, weil es früher so war, positiv zu bewerten ist; von einem haltbaren, relevanten kausalen Zusammenhang lässt sich hier aber nicht sprechen.

Ferner kann man in diesem Fall ein Muster der Beispielerargumentation erkennen: Durch illustrative Beispiele versucht Strache seine Argumentation zu stärken und sie näher zu veranschaulichen. Illustrativ ist ein Beispiel dann, wenn ihm anstatt einer eigenen Form der Argumentation eher eine Hilfsfunktion im Rahmen eines anderen Argumentationsmusters zukommt. (Vgl. Kienpointner 1996:157) Als Beispiele nennt Strache verschiedene Kontexte, in welchen das N-Wort früher verwendet wurde, nämlich einerseits die Schule und andererseits die Kindersendung „Helmi“, die ab den 1980er Jahren im ORF gezeigt wurde und bis heute noch als sehr beliebt gilt. Der ORF kann als eine Art glaubwürdige Instanz betrachtet werden, da ihm öffentlich-rechtliche Geltung

zukommt, ebenso wie die Schule, die als eine Art autoritäre Domäne in dieser Argumentation fungiert. Nun stellt sich wiederum die Frage nach der Plausibilität dieser Argumentation und der einzelnen Argumente: Außer Zweifel steht, dass das N-Wort in den genannten Kontexten tatsächlich verwendet wurde, wie es auch im allgemeinen Sprachgebrauch lange Zeit vorkam. Wenn die Beispiele an sich auch den Tatsachen entsprechen, so ist dennoch festzuhalten, dass die Argumentation an sich dadurch nicht minder trugschlüssig wird: Die Beispielargumente können insofern als schwach und wenig stichhaltig bezeichnet werden, als der Gebrauch eines umstrittenen Wortes in einer Kindersendung des ORFs der 1980er Jahre den heutigen Gebrauch des Wortes nicht notwendigerweise rechtfertigt: Sprache ist ständig in Dynamik, weshalb ihr diachroner Wandel nicht ignoriert werden kann.

#### 3.3.4 Fall 4: Hasty generalization

Strache: Aber es gibt Personen und Menschen in diesem Land, die das Wort verwenden und nicht bössartig oder in einer anderen negativen Darstellung verwenden. (...)

Wolf: Warum ist es den FPÖ-Politikern so wichtig, diese Begriffe zu verwenden?

Strache: Es ist nicht wichtig. Aber ich kenne genügend Zigeuner. (...) Na, ich kenne so viele Zigeuner, die Bekannte von mir sind, die es überhaupt nicht als Beleidigung empfinden. Ich weiß nicht, was da immer wieder versucht wird, immer wieder hineinzuinterpretieren. Wenn jemand im Zusammenhang, im Kontext, inhaltlich, etwas Beleidigendes sagt, dann ist das zu verurteilen und auch entsprechend zu bewerten. Und doch nicht die Begrifflichkeit Zigeuner. (Zirnig, Transkript vom 10.04.2014, Z. 139-146.)

Strache führt seine Ausführungen fort, indem er weitere, hier nun induktive Beispielerargumente anführt, welche dazu dienen, ausgehend von Einzelfällen auf eine Verallgemeinerung zu schließen. (Vgl. Kienpointner 1996: 157) Einer üblichen induktiven Beispielerargumentation liegt folgende Form zugrunde: In Beispiel 1 hat X Eigenschaft Y.  
In Beispiel 2 hat X Eigenschaft Y.

....

In Beispiel n hat X Eigenschaft Y. (Schema nach

Kienpointner 1992:158)

Auf Straches Aussage angewandt würde dies etwa bedeuten:

Es gibt Personen in Österreich, die Z. als nicht diskriminierend verwenden.

Es gibt Personen in Österreich, welche ich kenne, die Z. nicht als diskriminierend empfinden.

Für die meisten Personen in Österreich ist das Wort Z. nicht diskriminierend.

Straches These lautet also, dass der Begriff Z. nicht diskriminierend ist, da mehrere Beispiele darauf hinweisen, dass der Begriff im Allgemeinen nicht zwingend als diskriminierend gilt. An dieser Stelle kann der Einwand vorgebracht werden, dass Straches Verallgemeinerung zu kurz greift, um einer ganzen Ethnie ihr positives Befinden über die Fremdbezeichnung Z. zuzusprechen. Strache beruft sich auf wenige Einzelfälle, von denen aber keineswegs auf ein kollektives Befinden zur Thematik geschlossen werden kann. Es ist zwar denkbar, dass solche Einzelfälle existieren; dennoch reichen diese nicht aus, um das Gesamtbild, welchem zufolge der Begriff Z. mehrheitlich als nichtdiskriminierend erlebt wird, zu stützen. An dieser Stelle sei auf statistische Untersuchungen verwiesen, welche versuchen, die Lebenswirklichkeiten von Roma und Sinti aus subjektiv empfundener Sicht zu beschreiben. Laut der „Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“, welche von RomnoKher (Haus für Bildung, Kultur und Antiziganismusforschung) 2001 initiiert wurde und insgesamt 275 deutsche Sinti und Roma aus drei Generationen vornehmlich in Westdeutschland zu ihrer Bildungssituation befragte, lehnen knapp 95% der Befragten die Eigenbezeichnung „Z.“ ab; für 57,7% der Befragten war die Fremdbezeichnung Z. „immer ein Problem“, 25,7 % fanden, „dass es darauf ankommt, ob dieser Begriff abwertend oder gar als Schimpfwort benutzt wird“. (Strauß 2001:15) Auch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Roma und Sinti verweist darauf, dass der Begriff Z. eine Fremdbezeichnung der Mehrheitsbevölkerung ist, welche von der Minderheit der Roma und Sinti als diskriminierend abgelehnt wird: „Wird er im Kontext historischer Quellen verwendet, so sind die hinter diesem Begriff stehenden Klischees und Vorurteile stets mit zu bedenken. Etymologisch ist der Begriff nicht eindeutig ableitbar. Er beinhaltet sowohl negative als auch romantisierende Bilder und Stereotypen, die real existierenden Menschen zugeschrieben werden. Daher ist der Begriff zuallererst

ein Konstrukt.“ (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma 2015)

Des Weiteren können Wörterbucheinträge, wie der bereits oben (S.18) zitiert, als Indizien dafür genannt werden, wie ein Begriff in seiner Verwendung im allgemeinen Sprachgebrauch einzuordnen ist. So finden wir etwa in der aktuellen Online-Ausgabe des Brockhaus Lexikons den Hinweis darauf, dass die Bezeichnung Z. von den meisten Minderheitsgruppen der Roma und Sinti „als diskriminierend abgelehnt [wird], weil sie ein soziales Gefälle zum Ausdruck bringt.“ (Brockhaus Online, Eintrag „Roma“, 2015) Die statistischen Daten sowie die eben genannten Einträge in einschlägigen Nachschlagewerken lassen darauf schließen, dass es sich bei Straches Argumentation um eine Art Übergeneralisierung bzw. trugschlüssige Verallgemeinerung handelt. Man kann von einer „fallacy of hasty generalization“ sprechen. Toulmin definiert diese wie folgt: „We commit fallacies of hasty generalization when we draw a general conclusion from too few specific instances.“ (Toulmin 1984:151) Auch Eemeren/Grootendorst definieren eine Übergeneralisierung als einen Schluss, bei welchem eine allgemeine Aussage auf einzelnen oder besonderen Propositionen basiert, die nicht repräsentativ oder nicht ausreichend sind. (Eemeren/Grootendorst 2004:172) Das Kriterium der Repräsentativität ist in unserem Beispiel nicht erfüllt: Hier werden nämlich aus Erfahrungen mit einzelnen Angehörigen aus einer ethnischen Gruppe allgemeine (Vor-)Urteile abgeleitet. (Vgl. Kienpointner 1992:371) Da es in den TV-Diskussionen häufig um Begriffe und deren Verwendung und Wertung geht, lohnt es sich, einen genaueren Blick auf sogenannte Semantische Kämpfe zu werfen. Dieser Thematik widmet sich der nächste Abschnitt.

Exkurs: semantische Kämpfe

In den hier beschriebenen Fragen um Begrifflichkeiten und deren Gebrauch lassen sich Formen von sogenannten „semantischen Kämpfen“ wiederfinden. Damit ist gemeint, dass in bestimmten (ideologisch-politischen) Kontexten versucht wird, „bestimmte sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessengeleiteter Handlungs- oder Denkmuster durchzusetzen.“ (Felder 2006:17) Je nach Epoche und Bedingungen manifestieren sich im allgemein üblichen Sprachgebrauch bestimmte Weltbilder und Muster. Zwar können im System stets Änderungen auftreten, welche neue Möglichkeiten der sprachlichen Sicht auf Realitäten eröffnen;

umgekehrt jedoch kann die sprachliche Erfassung von (sozialen) Realitäten durch gruppenspezifische, ideologisch-politisch geladene Gebrauchsregeln von Sprache eingeschränkt werden. (Vgl. Kienpointner 2003:75)

So ist es denkbar, dass gerade der ideologisch-politische Hintergrund Strache dazu bewegt, sich auf bestimmte Begriffe zu stützen: Durch den häufigen Gebrauch von bestimmten Ausdrücken wird die Parteilinie der FPÖ hervorgehoben, die sich immer wieder dezidiert gegen Political Correctness positioniert und die Opposition als „Sprachpolizei“ diffamiert. Dadurch wird versucht, die gegnerische Position abzuschwächen. Die FPÖ selbst stellt sich im Gegensatz dazu häufig als Opfer dar, um die eigene Position zu stärken und geriet nicht nur deshalb vermehrt in öffentliche Kritik. Man denke etwa an Haider's Aussage der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reiches oder an den Begriff der „Umvolkung“ mit Bezug auf die steigende Zuwanderung in Österreich durch Schell und auch durch Mölzer. (Vgl. Geden 2004:36)

Jedenfalls kann man davon ausgehen, dass bestimmte Begriffe bewusst verwendet werden, um sich im Rahmen semantischer Kämpfe, also „expliziter oder impliziter Konflikte um die Angemessenheit von Versprachlichungsformen“ (Felder 2006:17) durchzusetzen. Ziel dürfte es dabei sein, dass auch eine kognitive Verankerung bestimmter Schlüsselbegriffe stattfindet, wodurch es die jeweils propagierte Ideologie sozusagen „in die Köpfe“ des Publikums schafft: Es wird versucht, Denkmuster mittels Benennungsfestlegungen oder Bedeutungsfixierungsakten festzulegen. (Vgl. Kienpointner 2003:76)

Wenn Mölzer und Strache abwertende Begriffe ständig wiederkehrend verwenden und trotzdem kommunizieren, es seien „neutrale“ bzw. „wertfreie“ Begriffe, so bedeutet dies, dass ebendiese (abwertenden) Bilder bzw. Frames bestimmte parteiideologische Denkweisen bei den Rezipientinnen und Rezipienten unter dem Deckmantel einer vermeintlichen „Normalität“ evozieren sollen.

Besonders augenscheinlich wird an den hier besprochenen Beispielen, dass die involvierten (politisch inkorrekten) Begriffe vor allem für die eigene Partei, nicht aber für andere Gruppen von Sprecherinnen und Sprechern akzeptabel sind; anhand der vielen Reaktionen von politisch unterschiedlichen Positionen, lässt sich schließlich jedoch erkennen, dass es so etwas wie Tabugrenzen für das Verwenden be-

stimmter Ausdrücke im öffentlichen Sprachgebrauch gibt und diese in den hier diskutierten Fällen erreicht worden sein dürften. (Vgl. Kapitel 2.2)

### 3.3.5 Fall 5: Art-Gattung

Da Mölzer persönlich seine Wortwahl im Nachhinein ablehnt, fragt Wolf weiter, warum das N.-Wort trotzdem in seiner Zeitschrift „Zur Zeit“ häufig vorkomme: Wolf: Aber schreiben tun Sie es weiter.

Mölzer: Das schreibe nicht ich bitte, sondern, dass sind Redakteure, die dort – Sie wissen, wie das ist – einen Freiraum haben und schreiben können, was Sie wollen.

Wolf: Aber Sie sind Herausgeber der Zeitschrift.

Mölzer: Ich habe Ihnen noch einmal, das letzte Mal schon gesagt: Ich bin also der Herausgeber. Und nicht der Zensor. (Zirnic, Transkript vom 25.03.2014, Z. 69-71.)

Diese Argumentation kann eingestuft werden als eine Kombination aus Art-Gattung-Muster und Vergleichs- bzw. Gegensatzschema: Bei einem Art-Gattung-Muster werden Gesamtheiten von Einzeldingen oder Individuen zu Gattungen eingeordnet, die ihrerseits in noch größere Kategorien eingeordnet werden können; dadurch ergeben sich bestimmte Hierarchien. (Vgl. Kienpointner 1996:90)

Mölzer's Argumentation kann in Punkto Hierarchie in Frage gestellt werden: Er setzt nämlich den Zensor – überspitzt, gemeint sein dürfte hier diejenige Person, die Korrektur liest – einer Zeitschrift hierarchisch höher an als den Herausgeber. Grundsätzlich ist nämlich anzunehmen, dass der Herausgeber einer Zeitschrift auch das letzte Wort hat in Bezug auf die jeweiligen Inhalte, die veröffentlicht werden oder nicht.

Gleichzeitig könnte man diese Argumentation als eine Art des Vergleichs bzw. des Gegensatzes bezeichnen, da Mölzer durch die unterschiedliche Betonung und Emphase auf „nicht der Zensor“ verdeutlicht, dass es sich hier um unterschiedliche Bereiche der Redaktionsarbeit handelt, die sich hierarchisch unterscheiden. Auch hier könnte der Einwand lauten, dass die hierarchischen Ebenen vertauscht sind.

### 3.3.6 Fall 6: Vergleich

Kurz soll auch der Vergleich zwischen EU und dem Dritten Reich thematisiert werden. Dabei nimmt Mölzer im Interview wie folgt Stellung:

Wolf: Sie haben die EU mit der NS-Zeit verglichen. Und wörtlich haben Sie da gesagt: „Die EU sei eine Diktatur. Dagegen sei das Dritte Reich wahrscheinlich formlos und liberal gewesen, weil es sicher nicht so viele Regeln, Vorschriften, Gebote und Verbote gegeben hat“. (...) Möchten Sie sich für diesen abstrusen Vergleich auch gleich entschuldigen?

Mölzer: Ich habe gestern zwei OTS-Aussendungen, die Sie wahrscheinlich studiert haben... Und ich habe auch gesagt, dass in diesem Bereich, in diesem thematischen Bereich, wenn das missverständlich war, und es war offenbar missverständlich, es natürlich von mir nicht bezweckt war. Ich habe nie gesagt, die EU ist eine Diktatur: Ich habe gesagt, die EU droht eine bürokratische Diktatur zu werden, wenn es so weitergeht.

Und, eines muss ich schon sagen. Und dazu stehe ich auch. Die Tatsache, rein quantitativ, dass es in dieser EU, in der wir heute leben, immer mehr Verbote, Gebote und Vorschriften gibt und, dass das quantitativ mehr ist, als in diesen autoritären Regimen des vorigen Jahrhunderts, das ist eine Tatsache. (Zirnig, Transkript vom 25.03.2014, Z. 76f und Z. 82-89)

Damit vergleicht Mölzer nicht nur die beiden „Systeme“, sondern er ordnet auch das eine im Bezug auf Ver- und Gebote, Vorschriften und Bürokratie strikter und umfangreicher ein als das andere. Die Wertung, die hier geschieht, ist allein deshalb fragwürdig, weil die beiden Systeme strukturell völlig unterschiedlich (eine Diktatur, ein totalitäres System vs. Staatenverbund „in Vielfalt geeint“) und auch die historischen Kontexte kaum zu vergleichen sind. (Vgl. Homepage der EU 2015) Gleichzeitig werden überaus menschenverachtend-tragische Fakten verharmlost. Problematisch ist an Mölzers Vergleich ferner, dass nur ein bestimmter Aspekt herausgenommen und verglichen wird, während alle weiteren, in diesem Fall äußerst wichtigen Punkte, außen vor bleiben. Wenn zusätzliche Unterschiede, die von Belang sind, vernachlässigt werden, kann die Argumentation als trugschlüssig gewertet werden. (Vgl. Kienpointner 1996:111) Die Argumentation kann alleine deshalb als manipulativ bezeichnet werden, weil der Vergleich inhaltlich sehr problematisch ist:

Die EU wird negativer bewertet als das Dritte Reich.

### 3.3.7 Fall 7: Vergleich und Gegensatz

Wolf: In der morgigen Kronen Zeitung, fordert Sie jetzt selbst Michael Jeanneé, wirklich kein Frontkämpfer der politischen Korrektheit, zum Rücktritt auf. Und zwar, er begründet es damit: Ihr Rassismus sei nun unwiderlegbar auf dem Tisch.

Mölzer: Ja, was soll ich jetzt sagen. Ich meine, soll ich jetzt. Schauen Sie, es ist so. Zum Beispiel, heute lese ich, der Herr Hans Peter Martin tritt nicht mehr an. Da sagt keiner, dass er deswegen nicht mehr antritt, weil er mutmaßlich 1,9 Millionen Euro schweren Betrug begangen hat. Bei mir sind es Formulierungen. Und da lasse ich mich jetzt von hohen staatlichen Instanzen, wie dem Herrn Jeanneé, da mit Rücktrittsforderungen bombardieren. Was soll ich dann darauf machen? (Zirnig, Transkript vom 25.03.2014, Z. 133-140.)

In dieser Aussage verwendet Mölzer, so könnte man sagen, eine Kombination aus Vergleichs- und Gegensatzschema: Bei Vergleichsschemata werden Größen vergleichend gegenübergestellt, wobei entweder auf Gleichheiten, Ähnlichkeiten oder auf Unterschiede verwiesen wird. (Vgl. Kienpointner 1992:284) Indem Mölzer hier etwa seine eigene Position mit jener von Hans Peter Martin, dem Gründer der Liste Dr. Martin, vergleicht, hebt er gleichzeitig Unterschiede hervor. Damit bedient sich Mölzer eines in der politischen Argumentation häufig vorkommenden Schemas, mit welchem versucht wird, sich von anderen Parteien oder Gruppen des politischen Spektrums abzuheben oder so zu unterscheiden, dass die eigene Strategie als günstig bzw. positiv erscheint. (Vgl. Kienpointner 1992:290f) Mölzer vergleicht im Konkreten hier seine Formulierungen mit kriminellen Taten, auf abstrakterer Ebene also Sprechen und Handeln, und zwar als völlig unterschiedliche Sphären der menschlichen Interaktion. So stellt Mölzer Taten als viel wichtiger und wirkungsmächtiger als Worte dar: „Bei mir sind es Formulierungen.“ Gleichzeitig haben wir es hier mit einem Gegensatzmuster zu tun, welches zwei gegensätzliche Alternativen so beschreibt, dass am Ende eine davon ausgewählt und die andere davon verworfen wird. (Vgl. Kienpointner 1996:116) Dies lässt sich hier auf folgendes Muster reduzieren:

Entweder A oder B ist positiv zu bewerten.

B ist nicht akzeptabel.

■ Also: A ist positiv zu bewerten. (Schema nach Kienpointner 1996:117)

Entweder Mölzers Verhalten oder Martins Verhalten ist positiv zu bewerten.

Martins Verhalten ist nicht akzeptabel.

■ Mölzers Verhalten ist positiv zu bewerten.

Damit konstruiert er einen Gegensatz, der Taten und Worte strikt voneinander trennt; hier ist der Einwand vorzubringen, dass spätestens seit der Sprechakttheorie nach Searle und Austin Sprechen auch als Handlung gesehen wird. (Vgl. Austin, 1962; vgl. Searle, 1969) Insofern kann die Argumentation nicht als völlig schlüssig angesehen werden, da Unterschiede zwar gegeben sind, allerdings die Frage danach, inwiefern Taten und Worte wirklich als völlig unterschiedlich bzgl. ihrer Bewertung betrachtet werden können, kritisch je nach Kontext zu betrachten ist. Eine hier zu stellende kritische Frage würde lauten: „Sind A und B bezüglich Eigenschaft X wirklich prinzipiell verschieden?“ (Kienpointner 1996:111) Auch ist Mölzers Antwort nicht von direkter Relevanz im Zusammenhang mit der Frage.

### 3.3.8 Fall 8: Gegensatz

Wolf: Haben Sie über Rückzug nachgedacht in den letzten 24 Stunden?

Mölzer: Nein... In den letzten 24 Stunden speziell. Das Leben besteht immer aus Weichenstellungen, die man dann auch in andere Richtungen definieren kann. In diesem Falle muss ich Ihnen eines sagen, dass was ich da gesagt habe und dass wofür ich auch sage, das sind überzogene Formulierungen, die nehme ich zurück, werden mich sicher nicht dazu bewegen. Da gibt es ganz andere Fälle. Schauen Sie in die ÖVP-Delegation hinein. Von sechs Abgeordneten, die gekommen sind, sind drei straffällig. (Zirinig, Transkript vom 25.03.2014, Z. 145-151.)

In dieser Argumentation finden sich Muster des Vergleichs bzw. des Gegensatzes wieder. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Gegensatzschema aufgrund seiner klaren semantischen Konturen zwingender wirkt als z.B. ein Vergleichsschema mit den Konzepten „Ähnlichkeit“ bzw. „Gleichheit“, ist hier jedoch eher von einem Gegensatzschema zu sprechen. (Vgl.

Kienpointner 1992:315)

Mölzer verweist in seiner Argumentation auf die Unterschiede zwischen seiner Partei und der ÖVP. Wenn man ÖVP und FPÖ als in bestimmten Punkten konträr zueinander betrachtet, kann die normative Grundstruktur wie folgt zusammengefasst werden: „Wenn Gegenstand X negativ bewertet ist, ist der konträre Gegenstand X' positiv bewertet.“ (Kienpointner 1992:276)

■ Wenn die ÖVP negativ bewertet wird, ist die FPÖ als eine Partei, die ihr fern steht, positiv zu bewerten. Durch das Verweisen auf die Schwächen und negativen Seiten der ÖVP, versucht Mölzer das Bild der FPÖ gleichwohl zu stärken. Hierin liegt insofern ein manipulatives Unterfangen, als Mölzer nicht auf die ihm gestellte Frage konkret eingeht, sondern den Blick auf eine andere Problematik lenkt. Die Plausibilität hängt natürlich auch hier vom Kontext ab, kann den Argumenten allerdings auch nicht ganz abgesprochen werden, da Mölzers Aussagen im Grunde nicht unwahrscheinlich sind. Da jedoch der inhaltliche Bezug, also die Relevanz in Bezug auf die Frage fehlt, kann man die Argumentation eher als eine Art Ablenkungsmanöver und somit als manipulativ betrachten.

## 4. Fazit

Am Ende der hier an Beispielen erprobten Argumentationsanalyse sind mehrere einzelne Aspekte festzuhalten:

Argumentationen lassen sich stets auf grundlegende, elementare Muster zurückführen und reduzieren; dadurch ist es möglich, Einblicke in ganz alltägliche Strukturen von Positionierungen zu erhalten, die durch unser sprachliches Handeln verteidigt oder abgeschwächt werden. Es zeigt sich, dass die Bewertung von Argumentationen hinsichtlich ihrer Trugschlüssigkeit oder ihrer Plausibilität alles andere als stets eindeutig und fixiert ist: Während sich einige der untersuchten Fälle von politischer Argumentation in den untersuchten TV-Diskussionen etwa als eindeutig trugschlüssig einordnen lassen, enthalten andere einerseits unfaire, andererseits dennoch auch wieder plausible Elemente.

Die genaue Betrachtung der Gesprächssituation, der jeweiligen Öffentlichkeit und des speziellen Hintergrunds sind für eine plausible, kritische Analyse der Argumentationsmuster unerlässlich. Kontextu-

elle Elemente steuern die Interpretation und liefern Hinweise darauf, wie Argumentationen eingeordnet werden können.

Letztendlich zeigt sich, dass unfaires Argumentieren in den analysierten TV-Diskussionen durchaus eine Rolle spielt: Manipulative Muster lassen sich in verschiedensten Formen der Argumentation wiederfinden – darunter sind etwa trugschlüssige Definitions-, Vergleichs- und Gegensatzmuster sowie kausale Schemata und allzu voreilige Verallgemeinerungen zu nennen. Gleichwohl lässt sich feststellen, dass auch Strategien der Indirektheit erkannt werden können, die auf mangelnde Relevanz von Aussagen im Bezug auf die ihnen zuzuordnende These deuten. Als Besonderheit der politischen Argumentation sei vermerkt, dass Schwächungen der Gegnerschaft grundsätzlich meist im Interesse der eigenen Partei stehen. Letztendlich ist politisches Sprechen und Argumentieren, wie es in dieser Arbeit betrachtet wurde, darauf ausgelegt, das Publikum zu überzeugen: Je nachdem, wie (geschickt) argumentiert wird und wie plausibel bzw. glaubwürdig Argumentationen erscheinen, können politisch-ideologische Ziele oder Strategien das Publikum erreichen. Erst durch eine detaillierte Analyse der argumentativen Strukturen lässt sich feststellen, wie solche verbale, soziale Handlungen funktionieren, überzeugen, aber auch manipulieren können.

### Literaturverzeichnis, Quellen

Austin, John L. (1962): *How to Do Things with Words*, Cambridge: Harvard University Press.

Deppermann, Arnulf/Hartung, Martin (Hrsg.) (2003): *Argumentieren in Gesprächen. Gesprächsanalytische Studien*, Tübingen: Stauffenburg.

Eemeren, Frans H. van/Kruijer, Tjark (1986): *Identifying Argumentation Schemes*. In: *Argumentation: Perspectives and Approaches: Proceedings of the Conference on Argumentation, 1*, Amsterdam, Dordrecht: Foris Publ.

Eemeren, Frans H. van/Grootendorst, Rob/Henkemans, Snoek A. F. et al. (1996): *Fundamentals of Argumentation Theory*, Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.

Eemeren, Frans H. van/Grootendorst, Rob (2004): *A Systematic Theory of Argumentation. The pragma-dialectical approach*, Cambridge: Cambridge University Press.

Faulstich, Werner (2002): *Einführung in die Medien-*

*wissenschaft. Probleme – Methoden – Domänen*, München: Fink.

Faulstich, Werner (2008): *Grundkurs Fernsehanalyse*, Paderborn: Fink.

Felder, Ekkehard (2006) *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften*, Berlin (u.a.): de Gruyter.

Friedrichs, Jürgen/Schwinges, Ulrich (2009): *Das journalistische Interview. 3., überarbeitete Auflage*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Furman, Todd (2011): *Critical Thinking and Logic: A Philosophical Workbook*, Gegensatz Press.

Geden, Oliver (2004): *Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung*, Opladen: Leske + Budrich.

Groebel, Jo (2014): *Das neue Fernsehen: Mediennutzung – Typologie – Verhalten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Haller, Michael (1991): *Das Interview. Ein Handbuch für Journalisten*, München: Ölschläger.

Holly, Werner/Kühn, Peter/Püschel, Ulrich (Hrsg.) (1989): *Redeshows. Fernsehdiskussionen in der Diskussion*, Tübingen: Niemeyer.

Holly, Werner (2004): *Fernsehen*, Tübingen: Niemeyer.

Karstens, Eric/Schütte, Jörg (2013): *Praxishandbuch Fernsehen: Wie TV-Sender arbeiten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kienpointner, Manfred (1992): *Alltagslogik: Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*, Stuttgart-Bad Cannstatt: frommann-holzboog.

Kienpointner, Manfred (1996): *Vernünftig argumentieren. Regeln und Techniken der Diskussion*, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Kienpointner, Manfred (2003): *Ideologie und Argumentation in TV-Wahldebatten*. In: Deppermann, Arnulf / Hartung, Martin (Hrsg.): *Argumentieren in Gesprächen. Gesprächsanalytische Studien*, Tübingen: Stauffenburg, S. 64-87.

Kienpointner, Manfred (2014): *Unterlagen zur LV „Argumentationstheorie“*.

Kopperschmidt, Josef (1980): *Argumentation. Sprache und Vernunft, Teil 2*, Stuttgart: Kohlhammer.

Ölschläger, Günther (1979): *Linguistische Überlegungen zu einer Theorie der Argumentation*, Tübingen: Niemeyer.

Rees, M.A. van (2007): *Discourse Analysis and Argumentation Theory: The Case of Television Talk*. In: *Journal of Pragmatics. An Interdisciplinary Journal of*

Language Studies, Aug, Vol. 39 (8), S. 1454-1463.  
 Schramm, Wilbur (Hg.) (1963): Mass communications. A book of readings, Urbana.  
 Scholze-Stubenrecht, Werner (Hrsg.) (2015): Duden - Deutsches Universalwörterbuch, Berlin: Dudenverlag.  
 Schorr, Angela (Hrsg.) (2000): Publikums- und Wirkungsforschung: Ein Reader, Wiesbaden: Westdt. Verlag.  
 Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 3., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.  
 Searle, John R. (1969): Acts. An Essay in the Philosophy of Language, Cambridge: Cambridge University Press.  
 Steinmaurer, Thomas (2009): Das Mediensystem Österreichs. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien. Baden-Baden, S. 504–517.  
 Strauß, Daniel (Hrsg.) (2011): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Dokumentation und Forschungsbericht, Marburg: I-Verb. de. Online verfügbar unter: [http://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user\\_upload/EVZ\\_Uploads/Handlungsfelder/Handeln\\_fuer\\_Menschenrechte/Sinti\\_und\\_Roma/2011\\_strauss\\_studie\\_sinti\\_bildung.pdf](http://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Handlungsfelder/Handeln_fuer_Menschenrechte/Sinti_und_Roma/2011_strauss_studie_sinti_bildung.pdf)  
 Toulmin, Stephen (1958): The Uses of Argument, Cambridge: Cambridge University Press.  
 Toulmin, Stephen/Rieke, Richard/Janik, Allan (1984): An Introduction to Reasoning, New York: Macmillan.  
 Wahrig, Gerhard (Hrsg.) (1982): Brockhaus Wahrig. Deutsches Wörterbuch, in sechs Bänden. Vierter Band, Wiesbaden: Brockhaus; Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.

### Internetquellen

Transkripte: [www.neuwal.com](http://www.neuwal.com) – Politik- und Wahljournal (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

- Zirnig, Dieter: „Das Wort Neger als solches ist ein normales deutsches Wort“ – Transkript zum Interview mit Andreas Mölzer (FPÖ) und Armin Wolf in der ZIB2“, 25.03.2014, <http://neuwal.com/index.php/2014/03/25/das-wort-neger-als-solches-ist-ein-normales-deutsches-wort-transkript-zum-interview-mit-andreas-moelzer-fpoe-und-armin-wolf-in-der-zib2/>
- Zirnig, Dieter: „Der eigene Maßstab ist es“ – Heinz-Christian Strache bei Armin Wolf #zib2 #transkript“,

10. April 2014  
<http://neuwal.com/index.php/2014/04/10/der-eigene-massstab-ist-es-heinz-christian-strache-bei-armin-wolf-zib2-transkript/>

YouTube-Videos der beiden Interviews (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

- ORF ZiB2 – „HC Strache über Mölzer live bei Armin Wolf“, 09.4.2014  
[https://www.youtube.com/watch?feature=player\\_detailpage&v=N3sCUIz-4lc#t=440](https://www.youtube.com/watch?feature=player_detailpage&v=N3sCUIz-4lc#t=440)
- ORF ZiB2 – „Interview mit Andreas Mölzer“, 25.3.2014  
[https://www.youtube.com/watch?v=J3u2kp2iMp0&feature=player\\_detailpage#t=520](https://www.youtube.com/watch?v=J3u2kp2iMp0&feature=player_detailpage#t=520)

ORF Mediaresearch: Ergebnisse der ORF-Medienforschung in Kooperation mit Marktforschungsinstituten (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

- „Fernsehnutzung in Westeuropa 2007, durchschnittliche Sehdauer pro Tag in Minuten“, 2008  
[http://mediaresearch.orf.at/c\\_international/console/console.htm?y=3&z=2](http://mediaresearch.orf.at/c_international/console/console.htm?y=3&z=2)
- „TV-Verweildauer 1997-2014, Erwachsene ab 12 Jahren, in Minuten pro Tag“, 2015a  
[http://mediaresearch.orf.at/c\\_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=3](http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=3)
- „TV-Nutzungszeit 1991-2004, Erwachsene ab 12 Jahren, in Minuten pro Tag“, 2015b [http://mediaresearch.orf.at/c\\_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=2](http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=2)
- „TV-Tagesreichweite 1991-2014, Erwachsene ab 12 Jahren“, 2014a  
[http://mediaresearch.orf.at/c\\_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=1](http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=1)
- „TV-Marktanteile nach Sendern 2014, Erwachsene ab 12 Jahren, alle Empfangsebenen“, 2014b [http://mediaresearch.orf.at/c\\_fernsehen/console/console.htm?y=3&z=1](http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=3&z=1)

Weitere Links zu Studien/Statistiken in Bezug auf Fernsehen (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

- Statistik Austria: Hörfunk und Fernsehen, 2014: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bildung\\_und\\_kultur/kultur/hoerfunk\\_und\\_fernsehen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/kultur/hoerfunk_und_fernsehen/index.html)
- RTR Kommunikationsbericht 2014: <https://www.rtr.at>

at/de/inf/KBericht2014/K-Bericht\_2014.pdf

ORF (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

- ZIB 2 Homepage: [http://tv.orf.at/zib2/zib2\\_profil/story](http://tv.orf.at/zib2/zib2_profil/story)
- o.A. „523.000 Zuschauer täglich“, 03.02.2015, <http://orf.at/stories/2263777/2263779/>
- ORF Kundendienst: „Armin Wolf“, <http://kundendienst.orf.at/orfstars/wolf.html>

Biographische Angaben zu Andreas Mölzer und Strache (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

- DÖW: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, „Andreas Mölzer“ <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/biographische-angaben-zu-andreas-moelzer> (Stand: April 2014)
- Homepage der Republik Österreich, Parlament, „Andreas Mölzer“ [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01225/](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01225/) (Stand: 30.06.2014)
- „Wiener Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen. Parteikontaktforum in Wien: 11. - 13. November 2005“, APA OTS-Aussendung der Freiheitlichen Akademie: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20051114\\_OTS0051/wiener-erklaerung-der-europaeischen-patriotischen-und-nationalen-parteien-und-bewegungen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20051114_OTS0051/wiener-erklaerung-der-europaeischen-patriotischen-und-nationalen-parteien-und-bewegungen)
- Homepage des Europäischen Parlaments, Abgeordnete, Andreas Mölzer: [http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28255/ANDREAS\\_MOLZER\\_home.html](http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28255/ANDREAS_MOLZER_home.html)
- DÖW: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, „FPÖ gegen Ausländer“ 2004 <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/februar-2004/fpoe-gegen-auslaender#strache>

Zeitungsartikel, Online-Zeitungen (zuletzt eingesehen jeweils am 04.12.2015)

Der Standard:

- o.A.: „Mölzer gibt Sager über „Negerkonglomerat“ zu und entschuldigt sich“, in: Der Standard, Onlineversion, 24.3.2014 <http://derstandard.at/1395363004736/Deutsch-Moelzer-soll-Kandidatur-zurueckziehen>
- o.A.: „Mölzer vergleicht EU mit dem Dritten Reich“, online auf DerStandard.at, 21.03.2014, <http://derstandard.at/1395362877057/Moelzer-soll-EU-mit-dem-Dritten-Reich-verglichen-haben>

Die Presse:

- o.A. „Mölzer entschuldigt sich für ‚semantische Fehlleistung‘“, online verfügbar auf: DiePresse.com, 23.04.2014, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1579418/Molzer-entschuldigt-sich-fur-semantische-Fehlleistung>
- o.A.: „Drittes-Reich'-Vergleich: Rücktritts-Forderungen an Mölzer“, online verfügbar auf: DiePresse.com, 24.03.2014 [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1579093/Drittes-ReichVergleich\\_RucktrittsForderungen-an-Molzer](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1579093/Drittes-ReichVergleich_RucktrittsForderungen-an-Molzer)

Orf.at

- o.A. „Mölzer verwendet ‚Nekrophilie‘ häufig“, 25.03.2014, <http://orf.at/stories/2223467/2223480/>
- o.A.: „Mölzer kein FPÖ-Kandidat bei der EU-Wahl“, online auf oe1.orf.at, 08.04.2014: <http://oe1.orf.at/artikel/371665>
- Helmi Titelmelodie aus den 80er Jahren: „N. auf Kaffeebohnen“, 20.03.2012 <https://www.youtube.com/watch?v=JcNokhUSc3M>

Süddeutsche Zeitung

- Wagner, Lorenz / Hagelüken, Alexander: „Freut euch nicht zu früh.“, in: Süddeutsche Zeitung, Magazin, Heft 12/2014, Wirtschaft/Finanzen. Online abrufbar unter: <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/41712/1/1>
- SZ-Magazin: „Andreas Mölzer: ‚Negerkonglomerat‘-Sager“, 24.03.2014, online abrufbar unter: <https://soundcloud.com/sz-magazin/moelzer>

Andere:

- o.A. „Das ‚Negerkonglomerat‘ war selbst der eigenen Partei zu viel“, online verfügbar auf: TagesAnzeiger.ch, 08.04.2014 <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Das-Negerkonglomerat-war-selbster-eigenen-Partei-zu-viel/story/27048084>
- o.A.: „FPÖ will im Landtagswahlkampf auf bewährte Themen setzen“, 31.01.2009, <http://www.vol.at/fpoe-will-im-landtagswahlkampf-auf-bewaehrte-themen-setzen/news-20090131-01440408>

Brockhaus Online

- Brockhaus Online, Eintrag „N.“, <https://uibk.brockhaus-wissensservice.com/brockhaus/neger>
- Brockhaus Online, Eintrag „Roma“, <https://uibk.brockhaus-wissensservice.com/brockhaus/roma>



#### Homepages

- Homepage der FPÖ: „FPÖ-TV: Die Auswüchse der Political Correctness“, 13.11.2014, <http://www.fpoe.at/en/artikel/fpoe-tv-die-auswuechse-der-political-correctness/>
- Homepage des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma: <http://www.sinti-undroma.de/sinti-roma.html>
- Homepage der EU: [http://europa.eu/about-eu/basic-information/about/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/basic-information/about/index_de.htm)

Kontakt: [irschara.karoline@gmail.com](mailto:irschara.karoline@gmail.com)

## **Analyse politischer Gedenkreden zum 1. Weltkrieg im Jahr 2014 am Beispiel von Österreich, Deutschland, Großbritannien und den UvSA**

*Von Paul Horntrich, Universität Wien*

*Bachelorarbeit im Rahmen des BA-Seminars „Angewandte Sprachwissenschaft 1“, LV-Leiter: Univ.-Prof. Dr. Helmut Gruber*

### **1. Einleitung**

Die Bedeutung von Sprache in politischen Zusammenhängen stellt schon seit Längerem ein wichtiges Forschungsfeld innerhalb der Angewandten Sprachwissenschaft dar. Sprache wird dabei nicht länger als bloßes Medium verstanden, um politische Meinungen zu artikulieren oder über unterschiedliche politische Positionen zu diskutieren. Stattdessen werden die sozialkonstitutiven Effekte von Sprache und der Zusammenhang von Sprache und Macht analysiert. Vor allem die Kritische Diskursanalyse gibt dabei oftmals den theoretischen Rahmen ab, innerhalb dessen das Verhältnis von Politik und Sprache untersucht wird.

In der Forschung hat sich im Lauf der Zeit die Meinung durchgesetzt, dass Sprache eine entscheidende Rolle gerade für die Konstruktion von nationalen Identitäten spiele und gerade hier in ihrer politischen Wirkmächtigkeit untersucht werden könne (vgl. Bruner, 2011). So wurde die diskursive Konstruktion nationaler Identitäten in zahlreichen Studien aus einer diskursanalytischen Perspektive heraus untersucht. (vgl. Achugar, 2009; Biesecker, 2002; de Cillia & Wodak, 2009; Wodak u. a., 1998) Dabei zeigt sich, dass besonders politische Reden von großer Relevanz sind, um nationale Identifikationsangebote zu stiften. Dieser Einsicht folgend, analysieren rezente Studien vor allem die Bedeutung kollektiver Erinnerung und wie diese in Form von

Gedenkreden inszeniert wird. Gerade Kriegsgedenken wurde hinsichtlich seiner sprachlichen Realisierung eingehend untersucht. (vgl. Kahl & Leff, 2006; Klymenko, 2015; Slavíčková, 2013) Auffallend ist, dass bisher vor allem das Gedenken zum 2. Weltkrieg in unterschiedlichen nationalen Settings untersucht wurde. Zum Gedenken an den 1. Weltkrieg liegen bislang keine sprachwissenschaftlichen oder dezidiert diskursanalytischen Studien vor. Diese Arbeit stellt daher den Versuch dar, diese Lücke ein Stück weit zu schließen.

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des 1. Weltkrieges im Jahr 2014 stellt einen günstigen Zeitpunkt für ein derartiges Unterfangen dar, wurde er doch international mit zahlreichen Gedenkveranstaltungen begangen, in deren Rahmen auch Gedenkreden gehalten wurden. Da der 1. Weltkrieg, wie jeder andere Krieg auch, bestimmte Nationen als Sieger, andere hingegen als Verlierer hervorgehen ließ, stellt sich die Frage, wie diese Nationen jetzt, hundert Jahre nach dem Ausbruch des Krieges, mit ihrer je sehr unterschiedlichen Kriegsvorgeschichte umgehen. Um dieser Frage nachgehen zu können, fokussiert die Arbeit auf politische Gedenkreden vier unterschiedlicher Nationen. Mit Großbritannien und den USA sind zwei Siegnationen vertreten, mit Deutschland und Österreich zwei Nationen, die den Krieg verloren haben. Insgesamt werden 7 verschiedene Gedenkreden analysiert. Das methodische Vorgehen orientiert sich dabei an Martin Reisigl's (2007, 2008a) Konzept der „Politolinguistik“, das für die Analyse politischer Reden entwickelt wurde.

Die Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut. In Kapitel 2 werden die theoretischen Voraussetzungen diskutiert, auf der die Analyse beruht. Kapitel 3 legt das konkrete methodische Vorgehen dar. Die Analyseergebnisse werden in Kapitel 4 besprochen. Kapitel 5 fasst die Ergebnisse zusammen, bevor die Arbeit mit einem Literatur- und Redenverzeichnis (6) schließt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Analyse sind die untersuchten Reden im Anhang (7) enthalten.

## 2. Theoretische Grundlagen

### 2.1. Politik, Sprache und Identität

Wie bereits in der Einleitung angedeutet, hat sich in der Forschung seit geraumer Zeit die Auffassung durchgesetzt, dass Sprache nicht bloß ein Medium der Kommunikation über Politik, sondern eine

zentrale Dimension des Politischen selbst darstellt. So verstehen Chilton und Schäffner (2002) Politik bewusst als „text and talk“. Über den Zusammenhang von Sprache und Politik schreiben sie:

What is clear is that political activity does not exist without the use of language. It is true that other behaviours are involved: for instance, physical coercion. But the doing of politics is predominantly constituted in language. (Chilton & Schäffner, 2002, S. 3)

Diesem Verständnis folgend, widmet sich die vorliegende Arbeit der Untersuchung eines Phänomens, bei dem Sprache und Politik eng aufeinander bezogen sind. Gerade bei politischen Reden wird Politik wesentlich durch den Gebrauch von Sprache vollzogen, beide stellen eine untrennbare Einheit dar, die auch in dieser Form analysiert werden muss, um ihr gerecht zu werden.

Besonders in Erscheinung tritt die enge Beziehung von Politik und Sprache bei nationalen Gedenkveranstaltungen. Sie geben den Rahmen ab, indem sich Kollektive selbst thematisieren und ihre Identität verhandeln. Kollektive Identität kommt laut Miklautz (1999) gerade durch das Imaginieren einer vorgeblich gemeinsamen Vergangenheit zustande. Das Erinnern bestimmter bei gleichzeitiger Ausblendung anderer vergangener Ereignisse bringt somit gewissermaßen eine Erzählung hervor, die zum Mittelpunkt des vorgeblich Gemeinsamen des Kollektivs wird. Indem bestimmte Vergangenheitsversionen konserviert und immer wieder erzählt, andere, womöglich widersprechende, jedoch verschwiegen werden, wird das Kollektiv erlebbar als etwas Kontinuierliches und Kohärentes. Über die Kontingenz und Brüchigkeit eines jeden Identitätskonstruktes kann somit effektiv hinweggetäuscht werden. Gerade die Gedenkrede fungiert dabei als Medium der Artikulation dieser gemeinsamen Geschichte. Sie dient Politikern und Politikerinnen dazu, ein möglichst einheitliches Bild der Nation zu zeichnen, das den Rezipienten und Rezipientinnen die Identifikation mit der so konstruierten Gruppe ermöglichen soll. Elfie Miklautz (1999, S. 203) beschreibt diesen Prozess folgendermaßen: „Die Worte des Redners übermitteln gewissermaßen Wahrnehmungsprogramme, die der Durchsetzung einer bestimmten Sicht dienen. Beschreiben wird unter der Hand zum Vorschreiben, der Indikativ zum Imperativ.“

Besonders brisant ist die Frage, wie die eigene

Nation dargestellt wird, wirft man den Blick auf einschneidende historische Ereignisse, wie beispielsweise Kriege. Hier gilt es, verschiedene divergierende Sichtweisen zu versöhnen und sich auch den dunklen Kapiteln der Geschichte zu stellen. Kriege hinterlassen stets Sieger und Verlierer. Insofern hängt die Art und Weise, wie Gedenken inszeniert und versprachlicht wird, auch wesentlich hiervon ab. Gleichzeitig bieten gerade Gedenkreden, welche die Kriegsvergangenheit thematisieren, die Chance, die sprachliche Konstruktion von Gruppen zu studieren, findet Kriegsgedenken normalerweise doch in einem dezidiert nationalen Zusammenhang statt. Den geeigneten theoretischen Rahmen, um solche oftmals kontrovers diskutierte Aushandlungsversuche zu analysieren, stellt dabei die Kritische Diskursanalyse dar. Die Kritische Diskursanalyse nimmt eine Forschungsperspektive ein, die explizit das Zusammenspiel von Macht, Ideologie und Sprache untersuchen will. Sie versteht Sprachgebrauch als soziales Handeln, mit dem Individuen und Gruppen ihrer Lebenswelt Sinn zuschreiben. Durch die Analyse von Texten können so komplexe soziale Prozesse, wie die Konstruktion nationaler Kollektive, die gerade von politischer Rhetorik forciert werden, untersucht werden. (vgl. Wodak, 2001)

## 2.2. Politische Rhetorik

Was wird nun konkret unter politischer Rhetorik verstanden? In der Rhetorik, der Theorie der Rede, werden seit der Antike drei Redegattungen voneinander unterschieden. Die beratende oder politische Staatsrede, das sogenannte *genus deliberativum*, dient dabei der Thematisierung öffentlicher Angelegenheiten vor der Volksversammlung. Dabei versuchen die Redner, die Versammlung von als sinnvoll erachteten Handlungen zu überzeugen und von als schädlich angesehenen abzuraten. Daneben gibt es die juristische Rede bzw. die Gerichtsrede, das sogenannte *genus iudiciale*. Hierbei wendet sich ein Redner an den Richter oder die Geschworenen und versucht, je nach Position, als Ankläger oder Verteidiger des Schuldigen für seine Verurteilung oder Freisprechung zu argumentieren. Die letzte Redegattung ist die Gelegenheits- oder Festrede, das sogenannte *genus laudativum*. Diese Redeform wird auch epideiktische Rede (vom Griechischen *genos epideiktikon*) genannt. In ihr wird Lob oder Tadel ausgesprochen, das sich je nach Anlass auf eine

bestimmte Person, eine Gemeinschaft, eine Institution, aber auch auf eine besondere Tätigkeit oder Leistung beziehen kann. Auch die Festrede bzw. die Gedenkrede gehören zu den epideiktischen Reden. (Ottmers, 2007, S. 16f.)

Während die ersten beiden Redegattungen der Entscheidungs- bzw. Urteilsfindung innerhalb einer Gruppe dienen sollen, die durch das dialogische Prinzip von Rede und Gegenrede herbeigeführt wird, ist die epideiktische Rede vielmehr als Monolog konzipiert, in dem es nicht um die Entscheidungsfindung oder Meinungsbildung geht, sondern um die Präsentation eines Sachverhaltes. Die klassische Rhetorik hat der Epideiktik daher vor allem ästhetische Bedeutung zugeschrieben, wäre ihr Redegenstand als solcher doch nicht strittig. (Ottmers, 2007, S. 18–20) Zumindest in Bezug auf aktuelle politische Rhetorik und die hier analysierten Gedenkreden kann diese Einschätzung nicht aufrechterhalten werden. Diese Problematik wird unten näher thematisiert.

Ebenso aus der klassischen Rhetorik stammt die Unterteilung in Ethos, Logos und Pathos als dreier Möglichkeiten, ein Publikum mit einer Rede zu überzeugen. Unter Ethos wird der Charakter des Redners verstanden. Schafft es dieser, in einer Rede von seiner moralischen Integrität und anderen positiven Eigenschaften zu überzeugen, so wird auch die Rede als Ganzes wesentlich überzeugender auf ihr Publikum wirken. Ethos zielt also darauf ab, Vertrauen zu erzeugen, das der Redner für sich verwenden kann, um seine Position durchzusetzen. Logos meint den Einsatz von vernünftigen und schlüssigen Argumenten, um von einer Position zu überzeugen. Als Pathos wird die Fähigkeit verstanden, Gefühle unter den Zuhörern und Zuhörerinnen zu wecken, die zur Akzeptanz und Unterstützung der in der Rede vorgebrachten Position führen. (Charteris-Black, 2014, S. 8–15)

Überzeugung bzw. Persuasion stellte also schon in der klassischen Rhetorik ein wesentliches Konzept dar, um Reden zu charakterisieren. Auch neuere Forschungen betonen den Stellenwert von Persuasionsstrategien für das Verständnis von Texten. Luppold (2015, S. 21) definiert Persuasion dabei als „[...] Widerstand umgehende oder überwindende kommunikative Handlungen, die auf einen mentalen Zustandswechsel beim Adressaten abzielen.“ Persuasionsversuche können dabei auf Meinungsbildung ebenso abzielen wie auf Meinungsumschlag,

Meinungsverstärkung oder Meinungsstabilisierung. (Luppold, 2015, S. 21–24) Gerade politische Rhetorik strebt normalerweise Wirkungen in einem oder mehreren dieser Bereiche an. Die Adressaten, die im Fall einer demokratischen Staatsform auch potentielle Wähler und Wählerinnen sind, sollen vom Programm eines Politikers oder einer Partei überzeugt werden. Je nach politischer Überzeugung und Ausrichtung des Publikums spielen somit Bildung, Umschlag, Verstärkung oder Stabilisierung von Meinungen eine mehr oder weniger wichtige Rolle in der politischen Rhetorik.

Interessanterweise ist der Status der Gedenkrede in diesem Zusammenhang nicht eindeutig. Unklar ist, ob sie der diskursiven Aushandlung von Geltungsansprüchen dient oder, wie in der klassischen Rhetorik vorgesehen, bloß der ästhetisch effektvollen Affirmation unbestrittener Positionen. So unterscheidet Klein (2000) dissensorientierte politische Textsorten von konsensorientierten Textsorten. Als dissensorientierte Textsorten führt er beispielsweise Wahlkampfreden oder Podiumsdiskussionen an, während er die Gedenkrede eindeutig als konsensorientierte Textsorte klassifiziert, als einzige neben der feier-täglichen Fernsehansprache eines Spitzenpolitikers. Die Richtigkeit dieser Klassifizierung wurde jedoch bezweifelt. So weist Kopperschmidt (1999, S. 14) zunächst darauf hin, dass epideiktische Reden gemäß der klassischen Rhetorik, wie oben erwähnt, monologisch strukturiert wären und sich auf Gegenstände bezögen, „[...] die keiner diskursiven Klärung bedürfen [...]“. Demgemäß charakterisiert er sie als „a-diskursiv“, sei doch das *genus deliberativum* oder auch das *genus iudiciale*, also die beratende oder juristische Rede, für diskursive Auseinandersetzungen vorgesehen. Ungeklärt sei aber, ob diese klassische Einteilung auch unter den Bedingungen einer modernen Gesellschaft aufrechterhalten werden könne. So kommt Kopperschmidt zunächst zu dem Schluss, dass moderne, hoch differenzierte, pluralistische Gesellschaften schon aufgrund ihrer komplexen Strukturierung Schwierigkeiten hätten, das Gemeinsame, das sie zusammenhalte, noch zu erkennen. Die Epideiktik, die zumindest gemäß klassischem Rhetorikverständnis eben dieses Gemeinsame ins Zentrum stelle, würde modernen Gesellschaften daher gar nicht mehr gerecht werden. (Kopperschmidt, 1999, S. 16f.) In einer Weiterführung dieser Überlegungen gelangt Kopperschmidt (2006) dann zu der Auffassung, dass es in modernen Gesellschaften

offensichtlich eine hybride Redeform gäbe, in der das epideiktische Moment auf das der diskursiven Aushandlung treffe. Der äußere Rahmen der Epideiktik, beispielsweise in Form einer Fest- oder Gedenkrede, könnte somit beibehalten werden, trotzdem würden die entsprechenden Reden einer diskursiven Behandlung strittiger Themen dienen. Er bezeichnet diese neue Redeform, die er gerade für die deutsche Öffentlichkeit als gegeben ansieht, dann auch als „diskursive Epideiktik“ oder „epideiktische Diskursivität“. Solche Mischformen würden bevorzugt dort zutage treten, wo prekäre historische Ereignisse, die in einer gegebenen Gesellschaft noch nicht fertig ausdiskutiert und bewertet worden wären, thematisiert werden. Gerade das Gedenken an kriegerische oder revolutionäre Ereignisse gehöre hierher. Reisigl (2008b, S. 244) schlägt zur Lösung des Problems der theoretischen Verortung epideiktischer Reden eine Abkehr von der klassischen Rhetorik vor. Die althergebrachte Differenzierung dreier Redegattungen würde gerade politischer Rhetorik nicht mehr gerecht werden und stelle daher keinen geeigneten theoretischen Rahmen für die Analyse dar. Stattdessen schlägt Reisigl einen neuen theoretischen Ansatz vor, den er „Politolinguistik“ nennt. Dabei handelt es sich um eine transdisziplinäre Synthese aus klassischer Rhetorik sowie Konzepten aus der Politikwissenschaft und der linguistischen Diskursanalyse. Die Synthese so unterschiedlicher theoretischer Ansätze helfe, die Komplexität moderner politischer Rhetorik zu untersuchen.

### 2.3. Charakteristika politischer Reden

Um den oben angeführten, engen Zusammenhang von Politik und Sprache richtig zu fassen, muss zunächst ein adäquater Begriff des Politischen zugrunde gelegt werden. Abhilfe bietet hier eine aus der Politikwissenschaft stammende Definition, die Politik als dreidimensionales Phänomen versteht. Politik stellt ein komplexes Phänomen dar, das sich hinsichtlich seiner Gegenstandsbereiche und Reichweiten stets unterschiedlich ausdifferenziert und dessen Verständnis überdies entlang der Achsen Raum, Zeit und Kultur variiert. In der Politikwissenschaft hat sich deshalb ein Verständnis durchgesetzt, welches Politik mit Hilfe der drei Dimensionen Form, Prozess und Inhalt – für die sich die drei Anglizismen „Polity“, „Politics“ und „Policy“ durchgesetzt haben – zu verstehen versucht. (Schultze, 2010) Unter „Polity“

werden die konkreten normativen, strukturellen und sich aus der jeweiligen Verfassung ergebenden Elemente bzw. Strukturen verstanden, die historisch gewachsen sind und den formellen Rahmen abgeben, innerhalb dessen sich politische Prozesse abspielen und politische Inhalte Ausdruck finden. Die von einer politischen Gruppierung vertretenen Werte und die gesamte politische Kultur fallen hierunter. (Schubert, 2010c) „Politics“ meint den mehr oder weniger konflikthafter Prozess politischer Gestaltung. Der Begriff bezeichnet also alle Handlungen, durch die widerstreitende, neutrale oder koalierende politische Interessen, Absichten und Forderungen verhandelt werden. (Schubert, 2010b) Mit „Policy“ wird schließlich die inhaltliche Dimension der Politik verstanden. Darunter fallen alle inhaltlichen Bereiche, in denen Politik betrieben wird. Im deutschsprachigen Raum ist hier auch von den sogenannten Bindestrich-Politiken die Rede, die die jeweilige inhaltliche Dimension konkreter politischer Handlungen bezeichnen, wie beispielsweise Wissenschafts-, Wirtschafts-, Umweltpolitik usw. (Schubert, 2010a)

Diese Unterscheidung kann nun herangezogen werden, um politische Rhetorik genauer zu verorten. Mit Blick auf die oben diskutierte Schwierigkeit, den „diskursiven“ Charakter der Epideiktik – und somit auch ihre potentielle Wirkmächtigkeit, durch Sprache Politik zu betreiben – richtig einzuschätzen, kann eine derartige Charakterisierung aber niemals vollständig sein. Gerade in Anbetracht des jeweils sehr unterschiedlichen Umgangs der Nationen mit ihrer Kriegsvorgeschichte, wie sie für die hier analysierten Reden von Relevanz ist, muss angemerkt werden, dass eine Zuordnung zu einer oder mehrerer der drei Dimensionen des Politischen nur von Fall zu Fall geschehen und hier keine verallgemeinerbaren Aussagen getroffen werden können. Grundsätzlich kann mit Reisigl (2008b, S. 246) jedoch davon ausgegangen werden, dass Gedenkrede primär mit der Polity-Dimension verbunden sind, sollen sie doch die gemeinsamen Werte einer politischen Gruppe widerspiegeln.

Neben einem für moderne Verhältnisse eingeschränkten Politik-Begriff wird die klassische Rhetorik auch den heute geltenden Konstitutionsbedingungen politischer Rhetorik nicht mehr gerecht. Diese ging von einem *vir bonus* (lat. „guter Mensch“) als idealtypischem Redner aus. Nur wer umfassend gebildet und charakterlich einwandfrei sei, dürfe überhaupt als öffentlicher Redner auftreten, so die

antike Position. Dieser idealtypische Redner würde all seine Reden selbstverständlich selbst verfassen, lautete eine weitere Prämisse. Dieses Bild hat mit der Realität aktueller politischer Rhetorik jedoch nicht viel gemein. Politiker und Politikerinnen verfassen die von ihnen gehaltenen Reden heutzutage in aller Regel nicht selbst. Stattdessen sind diese das Produkt von Redenschreibern, auch wenn dies normalerweise nicht öffentlich kommuniziert wird. Nicht selten sind ganze Arbeitsgruppen damit beschäftigt, die Reden für einen Politiker oder eine Politikerin zu verfassen. Einer der Gründe hierfür liegt in der „rhetorischen Omnipräsenz“ der Politiker bzw. Politikerinnen, die sich teilweise im Abstand von nur wenigen Tagen in Form von Reden zu den unterschiedlichsten Themen an die unterschiedlichsten Gruppen wenden müssen. Dieses Arbeitspensum ist nur bewältigbar, wenn es an eigens dafür abgestellte Personen delegiert wird. Ein weiterer großer Unterschied zur antiken Tradition liegt in der Distribution bzw. Rezeption politischer Reden. Der Großteil der Bevölkerung erfährt von einer Rede heute über die mediale Berichterstattung. In Bezug auf die Rezeption ergeben sich somit gravierende Veränderungen. Während ein vielleicht mehrere hundert Personen großes Publikum einer Rede leibhaftig beiwohnen kann und diese unter Umständen positiv aufnimmt, erfährt der Rest der Bevölkerung davon beispielsweise über diverse Printmedien, die primär darauf hinweisen, der jeweilige Politiker hätte wieder nur bereits bekannte Positionen vorgetragen, den Inhalt der Rede selbst aber nicht mehr nachvollziehbar kommunizieren. Die Frage, ob und wie eine Rede dann auch noch Eingang in den Rundfunk oder soziale Medien findet, erschwert Aussagen über die Rezeption ungemein. Hier liegen jedenfalls komplexe, gewissermaßen intertextuelle Zusammenhänge vor, wie Reden von der Bevölkerung rezipiert werden – im Original, als Zeitungsbericht, in einem Kommentar, einer Fernsehsendung etc. – die die Frage, wie die Rezeption der Rede verlaufen bzw. was ihre Wirkung gewesen sei, sehr verkomplizieren. (Kammerer, 1995)

Gerade, weil politische Reden sehr unterschiedlich distribuiert und von den verschiedensten weltanschaulichen Gruppierungen rezipiert werden, ist auch die Frage nach der Adressierung einer Rede relevant. Für politische Rhetorik muss grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass man es mit mehrfach adressierten Äußerungen zu tun hat. Als Adres-

sat soll mit Kühn (1992, S. 54) im Gegensatz zum bloßen Rezipienten jemand verstanden werden, der ein „vitales Interesse“ an einer Äußerung hat oder haben kann. Eine derartige Auffassung erscheint mir gerade für politische Rhetorik sinnvoll zu sein, soll doch nicht jeder potentiell erreichbare Rezipient, sondern unterschiedliche, bisweilen genau selektierte Individuen oder Gruppen mit je spezifisch formulierten Inhalten erreicht, also bewusst adressiert werden, je nach dem Verhältnis, das sie zum jeweiligen Politiker bzw. zur jeweiligen Politikerin und der von ihm bzw. ihr vertretenen Meinung einnehmen. All jene Personen also, die von der Äußerung eines Politikers betroffen sind oder betroffen sein sollen, kommen als explizite Adressaten in Frage. Diese Schwierigkeit ist den Verfassern politischer Texte bewusst. Politische Rhetorik spielt daher bewusst mit dem Kalkül, mit einer Aussage mehrere Adressaten anzusprechen. Es liegt also bewusste Mehrfachadressierung vor, die Kühn folgendermaßen definiert:

Von einer Mehrfachadressierung kann dann gesprochen werden, wenn ein und dieselbe Äußerung als an mehrere und verschiedene Adressaten gerichtet beschrieben werden kann, wobei der Äußerung adressatenspezifisch jeweils andere Bedeutungen zugeordnet werden können. (1992, S. 57)

Damit ist jedoch nicht gesagt, dass politische Rhetorik nur die intendierten Adressaten erreicht und auf diese wirkt. Grundsätzlich ist jeder, der von einer Äußerung irgendwie betroffen ist, zum tatsächlichen Adressaten geworden. „Entscheidend zur Bestimmung und Beschreibung der Adressaten ist damit nicht die Sprecher-/Schreiberabsicht, sondern das Kriterium der Betroffenheit.“ (1992, S. 57) Mit Kühn (1995, S. 108–110) kann somit zwischen unterschiedlichen Gruppen von Adressaten unterschieden werden. Bei „gemeinten“ Adressaten handelt es sich um direkt angesprochene, intendierte Adressaten. Daneben gibt es auch „mitgemeinte“ bzw. „in-Kaufgenommene“ Adressaten, deren Adressierung nicht direkt erfolgt bzw. die einfach akzeptiert wird. Weiters gibt es auch „nicht-bedachte“ Adressaten, die nicht hätten adressiert werden sollen, es aber letztlich sind. Um die Wirkung politischer Rhetorik wirklich feststellen zu können, müssten also all diese Differenzierungen mitbedacht werden. Nicht nur der Umgang mit den Adressaten politischer Rhetorik macht theoretische Differenzie-

rungen nötig, sondern auch der Status des Redners bzw. der Rednerin selbst. Der Stellenwert der Redenschreiber wurde bereits oben diskutiert. Um die Instanz des Textproduzenten angemessen verstehen zu können, sind aber weitere theoretische Differenzierungen sinnvoll. Goffman (1981, S. 144) schlägt eine Unterteilung in drei funktionale Rollen vor. Als „animator“ bezeichnet er die Person, die einen Text schreibt bzw. im Fall einer Rede die konkreten Worte spricht. Diese Rolle ist vom sogenannten „author“ zu unterscheiden, jener Person, die die jeweiligen Propositionen in sprachliche Äußerungen überführt und für Fragen der Wortwahl, Stilistik usw. verantwortlich ist. Die dritte Rolle ist jene des „principal“. Darunter wird jene Person bzw. Instanz verstanden, deren Position bzw. Meinung im jeweiligen Text wiedergegeben wird.

Durch den oben dargelegten komplexen Entstehungsprozess politischer Reden, indem die Redenschreiber eine wichtige Position einnehmen, können die drei Rollen meist nicht eindeutig nachvollzogen werden. Der Politiker, der eine Rede hält, kann zumindest als „animator“ identifiziert werden. Als solcher wird normalerweise auch er für den Inhalt einer Rede verantwortlich gemacht. Als „principal“ kann wohl über weite Strecken die Partei und ihre politisch-weltanschauliche Position verstanden werden. Die Redenschreiber fungieren zweifellos als „author“ und sind wesentlich für den konkreten Wortlaut einer Rede verantwortlich. Eine eindeutige Arbeitsteilung wird in den meisten Fällen wohl trotzdem nicht vorliegen, weil der Entstehungsprozess einer Rede sehr komplex sein kann und von zahlreichen Überarbeitungsvorgängen, Rücksprachen mit anderen Stellen, der Einarbeitung von Wünschen des Redners einzelne Formulierungen betreffend usw. ausgegangen werden muss. (Kammerer, 1995, S. 26–28)

### 3. Methode

Im folgenden Abschnitt werden die konkrete methodische Vorgangsweise beschrieben und die analytischen Kategorien vorgestellt. Die Untersuchung folgt dabei von Martin Reisigl in unterschiedlichen Publikationen entwickelten und erprobten Analysekategorien. Dabei wird vor allem Reisigl (2007) herangezogen, in der die einzelnen Untersuchungsschritte detailliert beschrieben werden. Reisigl (2008a) wiederum stellt eine praxisnahe Anleitung

dar, wie die Analyse Schritt für Schritt bis hin zu einer abschließenden Gesamtinterpretation durchgeführt werden kann. Reisigl schlägt für die Untersuchung politischer Rhetorik die fünf bzw. sechs Analysekat­egorien Nomination, Prädikation, Argumentations­analyse, Perspektivierung sowie Verstärkungs- bzw. Abschwächungsstrategien und unter Umständen eine Analyse der Tropen Metapher, Metonymie sowie Synekdoche vor. In Anbetracht der Fragestellung, die dieser Arbeit zugrunde liegt, wurden drei dieser Kategorien übernommen und in der Analyse ange­wandt. Im Folgenden werden daher die Analyse der Nominations, der Prädikationen sowie der Argu­mentationen beschrieben.

### 3.1. Nominations

Die Analyse­kategorie der Nomination zielt darauf ab, herauszufinden, wie soziale Akteure in den Geden­kreden sprachlich konstruiert werden. Wie oben dargelegt, muss davon ausgegangen werden, dass sich das Weltkriegsgedenken, so wie es in den hier analysierten Reden inszeniert wird, in einem nati­onalen Rahmen abspielt. Daher zielt die Analyse vor allem auf nationsbezogene Nominations ab. Hieraus lässt sich eine erste Forschungsfrage ablei­ten: Welche Nominations beziehen sich auf Natio­nen bzw. Angehörige von Nationen? Eine derartige Analyse kann somit herausarbeiten, wie die Redner bzw. Rednerinnen auf ihre eigene Nation bzw. deren Angehörige referieren und wie sie andere Natio­nen und deren Angehörige sprachlich konstruieren. Dies ist insofern aufschlussreich, als die Etablierung einer nationalen In-Group ein wesentliches Merk­mal darstellt, um Identität zu konstruieren. Derartige Gruppen- bzw. Identitätskonstruktionen werden gerade dadurch möglich, dass die eigene Gruppe als In-Group von anderen Gruppen, im gegebenen Zusammenhang von durch andere nationale Zuge­hörigkeit definierte Out-Groups, unterschieden wird. Eben weil ein gewisses Maß an Differenzierung nötig ist, um das Eigene vom Fremden trennen und auf diesem Wege Identität stiften zu können, stellt eine Analyse der Nominations einen geeigneten Weg dar, um die Konstruktion von In- und Out-Groups nachzuvollziehen.

Auf sprachlicher Ebene können Nominations unterschiedlich realisiert werden. Eine Möglichkeit stellen nationsbezogene Ethnonyme dar, wie bei­spielsweise „Österreicher“, „Deutsche“, „Britten“ usw.

Auch Kollektiva wie „Nation“ oder „Volk“ kommen in Frage. Diese können attributiv mehr oder weniger genau bestimmt sein. So sind Formulierungen wie „deutsches Volk“, „österreichische Nation“ usw. denk­bar. Eine weitere Möglichkeit der Nomination ist die Nennung von Eigennamen. Die jeweilige Wortwahl kann auch Aufschluss über das Nationsverständnis des Redners bzw. der Rednerin geben und gewinnt gerade hierdurch an analytischem Potenzial. Grund­sätzlich ist aber gerade in Bezug auf nationsbezo­gene Nominations von einigen Schwierigkeiten auszugehen. So zeichnen sich manche Nominati­onen wie „Nation“ durch mangelnde semantische Klarheit aus. Besonders im deutschsprachigen Raum ist überdies das Kollektivum „Volk“ historisch vorbe­lastet und seine Verwendung daher sehr umstritten. (Reisigl, 2007, S. 37f.)

Eine weitere Möglichkeit der Realisierung von Nominations bietet die Verwendung von Pronomi­na. Besonders in Bezug auf politische Rhetorik hat sich dabei das Personalpronomen „wir“ als notorisch problematisch herausgestellt. „Wir“ kann sich je nach Sprecherperspektive auf unterschiedliche Gruppie­rungen beziehen. Durch die mangelnde Eindeu­tigkeit der Referenz erlaubt es Identifizierungspo­tenziale für all jene, die sich selbst als Teil des „Wir“ wahrnehmen (wollen). Diese Schwammigkeit macht seine Verwendung gerade im politischen Diskurs sehr häufig, der, wie oben dargelegt, bewusst mit Mehrfachadressierungen arbeitet. Das Pronomen „wir“ wird vor allem dafür verwendet, einen „Wir-Sie-Diskurs“ zu etablieren. Die eigene, meist positiv attri­buierte Gruppe kann so einfach von einer oftmals negativ attribuierten Out-Group geschieden wer­den. Gleichzeitig schreibt die Verwendung von „wir“ bzw. „sie“ den jeweiligen Gruppen einen höheren Grad an Homogenität zu, als diesen wohl tatsäch­lich zukommt. Um einen „Wir-Diskurs“ analysieren zu können, muss also herausgearbeitet werden, auf wen sich das Pronomen jeweils bezieht. Darüber hinaus gilt es, solidarisierende bis hin zu bewusst ausgrenzenden Formen des Gebrauchs des Personal­pronomens zu unterscheiden. (Charteris-Black, 2014, S. 103; Matouschek, Wodak, & Januschek, 1995, S. 49–51)

### 3.2. Prädikationen

Als Prädikationen sollen mit Reisigl (2007, S. 39–41) alle sprachlichen Verfahren verstanden werden,

die Entitäten (wie Personen, Objekten, Ereignissen usw.) explizit oder implizit verschiedene Qualitäten bzw. Eigenschaften zuschreiben. Im Rahmen dieser Arbeit soll das Hauptaugenmerk dabei auf der Zuschreibung nationsbezogener Eigenschaften und Merkmale liegen. Somit lässt sich eine weitere Forschungsfrage formulieren: Welche positiven oder negativen Eigenschaften bzw. Qualitäten werden den sprachlich konstruierten und durch Nominationen identifizierten sozialen Akteuren zugeschrieben? Die Analyse der Prädikationen erlaubt es, Aussagen darüber zu treffen, wie die jeweiligen Redner und Rednerinnen die eigene Nation sowie fremde Nationen qualitativ beurteilen. Gleichzeitig kann festgestellt werden, welche Merkmalszuschreibungen als dezidiert „nationale“ Eigenschaften bezeichnet werden. Wie, in welchem Ausmaß und mit welchem Grad an Explizitheit positive und negative Attribuierungen vorkommen, hängt wesentlich vom Inhalt der Rede, dem Redeanlass und dem politischen Amt bzw. der politischen Zugehörigkeit des Redners bzw. der Rednerin ab. So kann davon ausgegangen werden, dass in eher laudativen Gedenkreden vermehrt positive Prädikationen vorkommen, während sich negative Prädikationen vor allem in Reden finden werden, in denen eine Abgrenzung von als negativ beurteilten Entitäten (beispielsweise anderen Nationen, aber auch historischen Ereignissen) vollzogen werden soll.

Die sprachliche Realisierung von Prädikationen kann sehr unterschiedlich ausfallen. Grundsätzlich variiert die Merkmalszuschreibung in einem Spektrum von direkt und explizit bis hin zu indirekt und implizit. Zu den eher direkten und expliziten Prädikationen zählen adjektivische, genitivische oder appositorische Attribute. Auch durch Konjunktionalsätze, Infinitiv- oder Partizipialsätze oder in Form von Prädikativen könne Prädikationen vorgenommen werden. Eine eher indirekte und implizite Form der Prädikation kann durch die Wahl der Nomination, mit der ein sozialer Akteur bezeichnet wird, oder die Konnotationen, die mit einer bestimmten Nomination verbunden sind, erreicht werden. Implizite Prädikationen können aber auch durch Anspielungen, die Verwendung von Metaphern, Synekdochen und Metonymien oder Präsuppositionen und Implikationen vollzogen werden. (Reisigl, 2007, S. 39–41)

Reisigl weist darauf hin, dass gerade nationsbezogene Prädikationen herangezogen werden können, um nationale In- und Out-Groups zu konstruieren.

Prädikationsstrategien zur Etablierung der „eigenen“ Gruppe sollen dabei vor allem die Zugehörigkeit zur Gruppe sowie ihre positiven Eigenschaften unterstreichen. Dies kann geschehen, in dem auf die Echtheit und Wirklichkeit der Zugehörigkeit zur Gruppe, der Homogenität der Gruppe und ihre angeblichen positiven Eigenschaften, mit denen man sich von anderen Gruppen absetze, verwiesen wird. Andere Gruppen, von denen eine bewusste Abgrenzung stattfinden soll, werden vorzugsweise mit negativen Eigenschaften attribuiert. Zusätzlich kann ihnen die Zugehörigkeit zur „eigenen“ Gruppe, beispielsweise aufgrund der vorgeblichen Andersartigkeit, durch Negationen explizit abgesprochen werden. (Reisigl, 2007, S. 39–41)

### 3.3. Argumentationsanalyse

Die dritte Analysekategorie zielt darauf ab, die argumentative Struktur der Reden zu untersuchen. Reisigl (2007, S. 41–44) empfiehlt eine Argumentationsanalyse auf der Basis inhaltlicher Topoi. Unter Topoi werden argumentative Bindeglieder verstanden, die als Schlussregeln fungieren und die Prämissen mit den Konklusionen verbinden. Topoi sind dabei überindividuell gebräuchliche, gesellschaftlich konventionalisierte Strukturen und keine formallogisch einwandfreien Argumentationsmuster. Sie können als Konditional- oder Kausalsätze rekonstruiert und paraphrasiert werden („wenn A, dann B“ bzw. „da A, daher B“). Dieser Form der Analyse folgend, sollte es möglich sein, die in politischer Rhetorik meist nicht explizit kommunizierten Argumentationen erfassen und untersuchen zu können. Wiederum interessieren hier vor allem nationsbezogene Argumentationsstrukturen. Folgende Fragen sollen die Argumentationsanalyse daher leiten: Mit Hilfe welcher Argumentationsmuster werden nationsbezogene Nominationen und Prädikationen zu rechtfertigen versucht? Welche Argumentationsmuster dienen der Etablierung eines dezidiert nationalen Gedenkens?

Eine Argumentation auf Basis inhaltlicher Topoi kann, wie bereits oben angedeutet, nicht formale bzw. logische Schlüssigkeit oder Plausibilität aufweisen. Bei manchen Topoi kann es sich auch um Trugschlüsse handeln. Gerade in politischer Rhetorik kann dies Probleme bereiten, da trugschlüssige Argumentationen über manipulatives Potential verfügen. In der Analyse soll daher auch versucht werden, schlüssige von trugschlüssigen Argumenten



zu unterscheiden. (Reisigl, 2007, S. 42f.)

#### 4. Analyse

##### 4.1. Charakterisierung des Redenkorpus

Das Korpus, auf dem die folgende Analyse aufbaut, besteht aus sieben politischen Gedenkreden aus dem Jahr 2014. Es handelt sich dabei um die folgenden Reden:

- 1) Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur Eröffnung der Ausstellung „1914-1918. Der Erste Weltkrieg“ im Deutschen Historischen Museum, gehalten am 28.05.2014 (984 Wörter)
- 2) Rede von Bundespräsident Fischer bei der Gedenkveranstaltung zum „100. Todestag von Bertha von Suttner sowie 100 Jahre Ausbruch Erster Weltkrieg“, gehalten am 18.06.2014 (1855 Wörter)
- 3) Ansprache des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bei der Gedenkfeier „100 Jahre Erster Weltkrieg“, gehalten am 03.07.2014 (2161 Wörter)
- 4) A speech by HRH The Duke of Cambridge at the “World War One centenary commemorations” at the Cointe Inter-allied Memorial in Liège, Belgium, gehalten am 04.08.2014 (579 Wörter)
- 5) A speech by HRH The Duke of Cambridge at the “Imperial War Museum First World War Galleries opening”, gehalten am 17.07.2014 (681 Wörter)
- 6) Rede von Premierminister Cameron zum “Re-opening of the Imperial War Museum”, gehalten am 17.07.2014 (814 Wörter)
- 7) Remarks by President Obama at “Flanders Field Cemetery”, Belgium, gehalten am 26.03.2014 (790 Wörter)

Die Reden wurden zu unterschiedlichen Anlässen gehalten. Die Reden 1, 5 und 6 wurden im Zuge von Ausstellungseröffnungen gehalten. Dabei wurden jeweils neue Ausstellungen zum 1. Weltkrieg eröffnet. Die Reden 2, 3, 4 und 7 wurden im Zuge diverser Gedenkveranstaltungen gehalten. Im Fall von Rede 2 handelte es sich um die offizielle österreichische Gedenkveranstaltung zum 1. Weltkrieg, die mit dem Gedenken an den 100. Todestag der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner kombiniert war. Rede 3 wurde im Zuge einer Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag gehalten. Die Reden 4 und 7 wurden im Rahmen internationaler Gedenkveranstaltungen auf einer Weltkriegsgedenkstätte bzw.

einem Soldatenfriedhof, beide in Belgien gelegen, gehalten.

Die Reden weisen allesamt einen ähnlichen formalen Aufbau auf. Makrostrukturell gesehen bestehen alle Reden aus drei funktional unterschiedlichen Teilen. Die Reden 1, 2, 3, 4 und 7 beginnen mit einem Begrüßungsteil, in dem das Publikum sowie anwesende Festgäste bzw. hochrangige Politiker und Politikerinnen begrüßt werden. In den Reden 5 und 6 gibt es keine Begrüßungssequenzen, sondern jeweils einen Verweis auf den Rahmen der Rede und den Redeanlass. Danach kommen in allen Reden die Hauptteile. Diese machen jeweils den längsten Teil der Rede aus. In den Hauptteilen können, je nach dem Inhalt der Rede, einige mehr oder weniger klar voneinander abtrennbare thematische Unterteile identifiziert werden. Bis auf die Reden 3, 4 und 5 enden alle Reden mit einer Danksagung, wo beispielsweise dem anwesenden Museumspersonal oder den Organisatoren der jeweiligen Gedenkveranstaltung gedankt wird. Die Reden 3, 4 und 5 hingegen enden mit einem Appell, der auf die Hauptaussage der Rede Bezug nimmt.

Die Analyse bezieht sich jeweils auf die Hauptteile der Rede. Darin befinden sich alle für die Analyse relevanten nationsbezogenen Nominationen, Prädikationen und Argumentationen, welche im Folgenden besprochen werden. Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Analyse, verweisen die angegebenen Referenzen nicht auf die Seiten im Anhang, sondern jeweils auf den Absatz, aus dem zitiert wurde.

##### 4.2. Analyse der Nominationen

Die Analyse zeigt, dass in den Reden insgesamt acht unterschiedliche Kategorien von Nominationen vorkommen. Diese können folgendermaßen charakterisiert werden:

- 1) Nominationen in Bezug auf Anrede und Begrüßung der im Auditorium anwesenden Personen, beispielsweise hochrangige Politiker und Politikerinnen oder nicht näher bestimmte „sehr geehrte Damen und Herren“
- 2) Das Redner-Ich, d.h. die sprachliche Selbstreferenz der Redner bzw. Rednerinnen, normalerweise realisiert durch das Personalpronomen „Ich“ bzw. „I“
- 3) Nennung von Anwesenden vor Ort, die explizit genannt werden, weil sie für die Gedenkveranstaltung eine besondere Rolle spielen, vielleicht selbst

als Redner auftreten usw.

4) Nominationen der nationalen Selbstreferenz, d.h. der Bezug der Redner bzw. Rednerinnen auf die eigene Nation

5) Nennung anderer Nationen in der Gegenwart

6) Nennung anderer Nationen in Bezug auf die Vergangenheit, d.h. die Zeit des 1. Weltkrieges

7) Bezugnahme auf die Zeitgenossen des 1. Weltkrieges

8) Bezugnahme auf Europa bzw. die Europäische Union (EU)

In Anbetracht des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit liegt das Hauptaugenmerk der Analyse auf den nationsbezogenen Nominationen, d.h. den Kategorien 4 bis 8. Die Analyseergebnisse in Bezug auf diese Kategorien werden im Folgenden genauer besprochen.

Die nationale Selbstreferenz wird vor allem durch die Nennung nationsbezogener Ethnonyme vollzogen. So sprechen die Bundeskanzlerin Merkel und der Bundestagspräsident Lammert von „Deutschland“ und „Deutschen“. Auch die Kombination des Ethnonyms mit dem Personalpronomen „wir“ wurde mehrfach verwendet, wie beispielsweise in der Formulierung „wir Deutsche“. (Lammert, 2014, Abs. 2; Merkel, 2014, Abs. 1) Bundespräsident Fischer spricht von „Österreich“, US-Präsident Obama von „America“ und in Bezug auf die Staatsangehörigen von „Americans“, während Prince William die nationale Selbstreferenz in einer Rede durch die Nomination „UK“ vollzieht. (Duke of Cambridge, 2014a, Abs. 7; Fischer, 2014, Abs. 42; Obama, 2014, Abs. 2;4)

Die Referenz auf fremde Nationen mit Bezug auf die Gegenwart wird durch unterschiedliche Formulierungsstrategien realisiert. So finden sich explizite Ethnonyme wie „Ukraine“, „Germany“, „Austria“ oder auch Regionsbezeichnungen wie „Balkan“, „Kaukasus“ oder „Nahe[r] und Mittlere[r] Osten“. (Duke of Cambridge, 2014a, Abs. 12; Fischer, 2014, Abs. 35; 51; Lammert, 2014, Abs. 3) Daneben wurden auch unbestimmt bleibende Formulierungen wie „Staats- und Regierungschefs“, „verschiedene Völker und Regionen“, „befreundete Staaten“ oder „many nations“ verwendet. (Duke of Cambridge, 2014a, Abs. 7; Fischer, 2014, Abs. 13; Lammert, 2014, Abs. 13; Merkel, 2014, Abs. 6) Auch die Nationsangehörigen wurden teilweise genannt, so spricht Präsident Obama beispielsweise von den „people of Belgium“ oder Bundestagspräsident Lammert von „Franzosen und Briten“. (Lammert, 2014, Abs. 2; Obama, 2014, Abs.

1) Bundespräsident Fischer ist der einzige Redner, der auch auf eine supranationale Institution Bezug nimmt. So spricht er insgesamt fünf Mal von den „Vereinten Nationen“ (Fischer, 2014, Abs. 17)

Der Bezug auf andere Nationen zur Zeit des 1. Weltkrieges wird ebenso mit unterschiedlichen Nominationsstrategien realisiert. Wiederum finden sich explizite Nationsbezeichnungen wie „USA“, „Japan“, „Osmanische[s] Reich“ oder „Österreichisch-Ungarische Monarchie“ (Fischer, 2014, Abs. 33; Lammert, 2014, Abs. 3) Die anglo-amerikanischen Redner verweisen in diesem Zusammenhang vor allem auf ihre früheren Verbündeten. US-Präsident Obama beispielsweise spricht explizit von den zahlreichen Kriegsoffizieren unter den damals mit den USA verbündeten alliierten Truppen: „[...] hundreds of thousands of men – Belgian and American, French and Canadian, British and Australian, and so many others.“ (2014, Abs. 3) Prince William hebt in einer Rede besonders die „British, Empire and Allied troops“ hervor, ebenso wie Premierminister Cameron, der von „Indians, Canadians – even a Chinese Labour Corps“ spricht. (Cameron, 2014, Abs. 13; Duke of Cambridge, 2014b, Abs. 5)

Es fällt auf, dass es vor allem die anglo-amerikanischen Redner sind, die den Zeitgenossen des 1. Weltkrieges Platz in ihren Reden einräumen. Die Formulierungsstrategien in diesem Zusammenhang sind sehr unterschiedlich. Präsident Obama spricht von „those who rest here“ und verweist damit direkt auf die im Krieg Gefallenen. (2014, Abs. 1) Ähnlich formuliert Prince William mit „those who have served the UK“ oder dem direkten Hinweis auf die belgischen Kriegsoffiziere als „very first victims“ (2014a, Abs. 3, 2014b, Abs. 3) Auch Premierminister Cameron verwendet ähnliche Formulierungen, wenn er von „those who experienced the war“ oder „mothers who had lost their sons“ spricht. (2014, Abs. 3,4) Aus dem deutschsprachigen Raum geht nur Bundestagspräsident Lammert auf die direkt vom Krieg Betroffenen Menschen ein. Dabei ist die Rede davon, dass der Weltkrieg „Millionen Opfer, Soldaten wie Zivilisten“ gekostet und neben „Gefangenen, Verwundeten und Toten auch ‚Vermisste‘“ zurückgelassen hätte. Ähnlich zu den Formulierungen der anglo-amerikanischen Redner ist auch von „denjenige[n], die vor 100 Jahren in den Krieg zogen“ oder „denjenige[n], die in diesem Krieg ‚für Kaiser und Vaterland‘ fielen [...]“ die Rede. (2014, Abs. 3,4) Interessanterweise verweisen die anderen beiden deutschsprachigen Rednerinnen

bzw. Redner, Angela Merkel und Heinz Fischer, ausschließlich auf führende Politiker der Zeit des 1. Weltkrieges oder andere, mit der Politik verbundene Personen, nicht aber auf die primär vom Krieg betroffene Mehrheitsbevölkerung. Merkel erwähnt „Staatenlenker“ oder „leitende Beamte“ der damaligen Zeit, Fischer hingegen spricht von „Staatsoberhäuptern“ wie dem „österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand“ oder von „Bertha von Suttner“, der die Gedenkveranstaltung neben dem allgemeinen Weltkriegsgedenken ebenso gewidmet war. (Fischer, 2014, Abs. 3, 33; Merkel, 2014, Abs. 7) Im Gegensatz dazu finden sich bei den anglo-amerikanischen Rednern auch vermehrt Nennungen konkreter Personen aus der Zeit des Krieges. Prince William spricht zwar von seinen Vorfahren wie beispielsweise „Queen Elizabeth the Queen Mother“ (2014b, Abs. 8) und somit auch von führenden Politikern bzw. Politikerinnen der Zeit, dennoch werden diese Personen als unmittelbar vom Krieg betroffen und aktiv in ihn involviert dargestellt und nicht bloß als anonyme „Staatenlenker“. So erzählt Prince William beispielsweise vom Schicksal eines Bruders von Queen Elizabeth: „Her eldest brother, Fergus, was killed at the battle of Loos, aged twenty-six.“ (2014b, Abs. 9) Darüber hinaus werden aber größtenteils in Kampfhandlungen involvierte Personen genannt, wie „Edith Cavell“, „a British nurse“ in der Rede von Prince William, „a Canadian doctor named John McCrae“ bei Obama oder zahlreiche von David Camerons Vorfahren, die allesamt im Krieg kämpften und von ihm namentlich aufgezählt werden. (Cameron, 2014, Abs. 25–27; Duke of Cambridge, 2014a, Abs. 10; Obama, 2014, Abs. 9)

Die Unterschiede in den Nominationen können auch quantitativ nachvollzogen werden. Unterscheidet man in der Nominationskategorie 7 (Bezug auf Zeitgenossen des 1. Weltkrieges) zwischen Nominationen, die sich auf die vom Krieg betroffenen Personen („Soldaten“, „those who fought“, „Kriegsopfer“, „Zivilbevölkerung“, usw.) beziehen und Nominationen, die sich auf andere, nicht direkt vom Krieg betroffene Personen bzw. Personengruppen beziehen („Politiker“, „Thronfolger Franz Ferdinand“, „der Journalist“, usw.), ergeben sich eindeutige Unterschiede in den Verhältnissen der Nominationen. In der Rede, die Prince William auf einem belgischen Soldatenfriedhof hielt, entfallen von 20 Nominationen (ohne pronominale Verweise, die sich auf bereits genannte Nominationen beziehen), die sich auf die Zeitgenossen des 1. Weltkrieges beziehen, ganze 17 auf direkt

vom Krieg betroffene Personen. In der zweiten hier analysierten Rede von Prince William, beziehen sich 23 von insgesamt 28 Nominationen auf vom Krieg betroffene Personen. Auch in den Reden von Premierminister Cameron oder US-Präsident Obama zeigt sich ein Übergewicht derartiger Nominationen. Bei Cameron beziehen sich 29 von insgesamt 31 Nominationen auf vom Krieg betroffene Personen, bei Obama 21 von insgesamt 23 Nominationen. In den deutschsprachigen Reden gibt es, wie oben angedeutet, deutlich weniger derartige Nominationen. In der Rede von Bundespräsident Fischer finden sich insgesamt 9 Nominationen, die Bezug nehmen auf Zeitgenossen des 1. Weltkrieges (ohne pronominale Verweise). Alle 9 Nominationen beziehen sich jedoch auf Angehörige der politischen Elite, es gibt keine einzige Nennung von Soldaten, Kriegsopfern oder ähnlichen Personen bzw. Personengruppen. Auch in Merkels Rede entfallen alle 5 Nominationen dieser Kategorie auf Politiker oder Personen, die nicht unmittelbar vom Krieg betroffen waren. Einzig in der Rede von Bundestagspräsident Lammert finden sich Nominationen, die sich auf die vom Krieg betroffenen Personen bzw. Personengruppen beziehen. Von insgesamt 50 Nominationen, mit denen die Zeitgenossen des 1. Weltkrieges benannt werden, entfallen 24 auf Soldaten, Kriegsopfer usw., die restlichen Nominationen hingegen auf nicht unmittelbar vom Krieg betroffene Personen wie Politiker.

Ein weiterer, deutlicher Unterschied zwischen den deutsch- und englischsprachigen Reden ist der Bezug auf Europa bzw. die Nennung der EU als politischem Akteur. So werden in den deutschsprachigen Reden mehrfach Nominationen wie „EU“, „Europäische Union“ oder „Europa“ bzw. „geeintes Europa“ verwendet. In diesem Zusammenhang werden auch desubstantivische Adjektive wie der „europäische[n] Integrationsprozess“, „eine gemeinsame[n] europäische[n] Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ oder die „europäische Erfahrung“ genannt. (Fischer, 2014, Abs. 9, 44, 58; Lammert, 2014, Abs. 6, 13, 14, 16; Merkel, 2014, Abs. 1, 4, 5, 6, 8, 9) Fischer spricht 10 Mal von „Europa“ und 5 Mal von der „EU“ bzw. der „Europäischen Union“. Merkel erwähnt „Europa“ 13 Mal und verwendet „EU“, „Europäischen Union“ bzw. andere desubstantivische Formulierungen mit „europäisch“ insgesamt 9 Mal. Bundestagspräsident Lammert spricht 6 Mal von „Europa“ und 5 Mal von „europäischer“ Politik, wobei sich „europäisch“ zweimal auf die Gegen-

wart bezieht, die anderen drei Male jedoch auf die Zeit um 1914. Bemerkenswert ist überdies, dass das Personalpronomen „wir“ (mitsamt seinem reflexiven Gegenstück „uns“) abgesehen von einer einzigen Ausnahme ausschließlich in den deutschsprachigen Reden mit Europa-Bezug verwendet wird. Merkel verwendet die Formulierung „wir Europäer“, an anderer Stelle werden Formulierungen wie „für uns Europäer“ oder „unser Kontinent“ gebraucht. (Lammert, 2014, Abs. 14,16; Merkel, 2014, Abs. 2)

Im Gegensatz dazu findet sich bei den anglo-amerikanischen Rednern kein einziger Verweis auf die Europäische Union. „Europe“ wird in den englischsprachigen Reden fünfmal, „Europeans“ bloß zweimal genannt. Vier dieser insgesamt sieben Nennungen entfallen auf eine der Reden von Prince William. Diese Rede wurde im Zuge einer Gedenkveranstaltung in Belgien gehalten, was vielleicht die Verwendung von Europa-Nominations erklärt. (2014a, Abs. 2, 3, 10, 13) In der zweiten Rede Prince Williams, die in Großbritannien gehalten wurde, findet sich hingegen keine einzige Europa-Nomination. Cameron spricht einmal von Europa, wenn er meint, dass die britische Nation „the domination of Europe by one power“ verhindert hätte. (2014, Abs. 20) US-Präsident Obama schließlich spricht von den „European allies in World War II“, mit denen die USA auch nach dem 1. Weltkrieg gut zusammengearbeitet hätten. (2014, Abs. 5) Auffallend ist auch, dass das Personalpronomen „wir“ bzw. „we“ nicht mit Europa-Bezug verwendet wird. Nur Prince William spricht einmal von „our continent“ und meint damit Europa. (2014a, Abs. 11) Formulierungen wie „we Europeans“ hingegen finden sich in den englischsprachigen bzw. britischen Reden überhaupt nicht.

Bemerkenswert ist überdies, dass die englischsprachigen Redner das Personalpronomen „we“ oftmals sowohl auf die Vergangenheit als auch die Gegenwart beziehen. Somit wird die Referenz der nationalen In-Group gewissermaßen um die Vergangenheitsdimension erweitert, womit die Vergangenheit vielmehr als Konstitutivum auch der gegenwärtigen In-Group erscheint. Ein Beispiel hierfür ist folgende Stelle aus der Rede von Premierminister Cameron: „You have created something that brings home the reality of the war, the reasons we fought, and why it is relevant for us today.“ (2014, Abs. 9) Das „we“ in „the reasons we fought“ referenziert eindeutig auf die Zeitgenossen des 1. Weltkrieges, denn nur diese waren in den Krieg involviert. Gleich im Anschluss

verwendet Cameron dann das Reflexivpronomen „us“ in „why it is relevant for us today“. Hier wird also ein Wir-Diskurs etabliert, der sich unterschiedslos auf die Gegenwart wie die Vergangenheit bezieht und suggeriert, dass die Vorfahren tatsächlich zur selben In-Group gehören wie die Menschen der Gegenwart. Generell gehen die englischsprachigen Politiker ganz anders mit ihrer nationalen Vergangenheit um als die deutschsprachigen Politiker bzw. Politikerinnen. Diese Unterschiede werden im nächsten Unterkapitel eingehend besprochen.

#### 4.3. Analyse der Prädikationen

In diesem Unterkapitel wird die Analyse der Prädikationen näher erläutert. Wie bereits oben angedeutet, wird es auch hier primär um nationsbezogene Prädikationen gehen. In Anlehnung an die im vorigen Unterkapitel etablierten Nominationskategorien, können auch unterschiedliche Kategorien der Prädikation unterschieden werden. Es handelt sich dabei um:

- 1) Prädikationen in Bezug auf die Zeitgenossen sowie die Nationen zur Zeit des 1. Weltkrieges
- 2) Prädikationen in Bezug auf die Menschen und Nationen im Jahr 2014
- 3) Prädikationen in Bezug auf Europa bzw. die EU (diese Kategorie ist nur für die deutschsprachigen Reden von Relevanz)

Zunächst werden die Prädikationen in den deutschsprachigen Reden besprochen. Die Zeit des 1. Weltkrieges wird dabei durchgehend negativ attrahiert. Bundeskanzlerin Merkel spricht davon, dass „Funkstille“ zwischen den Regierungen der Nationen 1914 zu einer gefährlichen Situationen geführt hätte, allgemein sei die Politik durch „Hilflosigkeit“ gekennzeichnet gewesen, dies hätte letztlich zum Ausbruch des Krieges geführt. (2014, Abs. 7) Bundespräsident Fischer spricht davon, dass der 1. Weltkrieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gewesen sei. Dies dürfe im Sinne des Friedens niemals der Fall sein, doch genau dagegen hätten „offenbar zahlreiche europäische Nationen in den Monaten und Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verstoßen.“ Interessanterweise kommt Fischer dann auch darauf zu sprechen, welche Rolle Österreich-Ungarn bei Kriegsausbruch gespielt habe. Hierzu heißt es: „Wahr ist, dass die Österreichisch-Unga-

rische Monarchie ihren Anteil an der Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu tragen hat.“ Fischer fährt direkt fort mit: „Wahr ist aber auch, dass andere Faktoren, andere Personen und andere Länder ebenfalls ihren jeweiligen Anteil an der verhängnisvollen Entwicklung vor 100 Jahren haben.“ (2014, Abs. 21, 22, 33, 34) Auch Bundestagspräsident Lammert verwendet durchgehend negative Prädikationen, um die politische Situation um 1914 darzustellen. Die Menschen, und damit meint Lammert auch die deutsche Bevölkerung, wären „übermütig, verblendet, verführt“ in den Krieg gezogen. Aus diesem seien sie schließlich „verwundet, verstümmelt, entsetzlich entstellt“ zurückgekehrt, „persönlich traumatisiert, als Generation verbrannt“. Mit Blick auf die Politik spricht er davon, dass diese „verfehlt[e]“ gewesen wäre; die Regierungen „agierte[n] blauäugig oder gaben sich der verhängnisvollen Eigendynamik von Forderungen, Drohungen und Reaktionen fatalistisch hin – nicht wenige handelten hochmütig und mutwillig.“ Von politischer Seite hätte man den beginnenden Konflikt auch nicht lösen wollen. Die politische Krise von 1914 sei daher ein „Lehrstück politisch unverantwortlichen Handelns!“. So, wie Fischer, weist auch Lammert auf die zumindest teilweise Kriegsschuld der deutschen Politik hin, und meint „dem deutschen Militär fällt dafür ein hohes Maß an Verantwortung zu.“ (2014, Abs. 3, 6, 7)

Im Gegensatz zur durchgehend negativen Darstellung der Vergangenheit, wird die politische Gegenwart in den deutschsprachigen Reden großteils positiv dargestellt. Merkel spricht davon, dass sich die Politiker austauschen, miteinander sprechen und zusammen arbeiten würden, wodurch insgesamt „Vertrauen“ entstanden wäre. (2014, Abs. 6) Fischer weist darauf hin, dass sich die österreichische Politik durch eine „Bereitschaft zum Dialog auch in schwierigen Situationen“ auszeichne. Zahlreiche politische Schritte in diesem Sinn „sind Beweis dafür, dass Österreich bemüht ist, dem Frieden zwischen den Menschen und Völkern nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten zu dienen.“ Österreich hätte heute „ausgezeichnete und vorurteilsfreie Beziehungen“ zu den früheren Kriegsgegnern am Balkan, generell wären die Wunden aus der Kriegszeit „verheilt“. (2014, Abs. 35, 36, 58) Der deutsche Bundestagspräsident Lammert hingegen meint, dass die Deutschen die Bedeutung des Ersten Weltkrieges nicht so gut einschätzen könnten wie zahlreiche andere Länder und dass die Kriegserinnerung von den „späteren

Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur überlagert“ sei. Der skeptische Tonfall bleibt auch in anderen Aussagen bestehen. Trotz allem hätte auch die deutsche Nation aus dem Krieg gelernt und würde heute „Verantwortung für Frieden, Freiheit und Menschenrechte zögernd und mit erkennbarer Zurückhaltung wahr“ nehmen. Gemeinsam mit Frankreich sei Deutschland heute ein Garant „für den Frieden im Zentrum eines vereinten Europa.“ (2014, Abs. 2, 13, 15)

Besonders positiv fallen die Prädikationen mit Bezug auf Europa bzw. die EU aus. Die Mechanismen der EU würden die Politik heute davor bewahren, „dass Sprachlosigkeit entsteht, dass wir in Handlungsstarre verfallen oder vor jeder größeren Hürde einfach kapitulieren.“ Gerade durch die EU „leben wir seit über fünf Jahrzehnten in Frieden und Freiheit.“ Die Einigung Europas sei überdies das beste Beispiel, dass Menschen und Nationen in der Lage wären, „aus der Geschichte zu lernen.“ (Merkel, 2014, Abs. 8, 9) Auch Bundespräsident Fischer spricht davon, dass die EU „eine Art Sicherheits- und Friedenszone“ sei, der man die „längste Friedensperiode seit vielen Jahrhunderten“ zu verdanken habe. (2014, Abs. 9, 44) Die positive Attribuierung der EU bzw. des „Projekts Europa“ zeigt sich auch in zahlreichen Argumentationsmustern. Für eine eingehende Besprechung dieser Argumentationen siehe das nächste Unterkapitel.

Ganz anders, als in den deutschsprachigen Reden, fallen die Prädikationen der anglo-amerikanischen Redner aus. Diese stellen die Vergangenheit durchwegs positiv dar. An der Kriegsgeneration werden vor allem deren Opferbereitschaft und ihr Eintreten für die „richtige“ Sache positiv hervorgehoben. US-Präsident Obama spricht von einem „profound sacrifice they made so that we might stand here today.“ Die Soldaten des 1. Weltkrieges „were united by something larger – a willingness to fight, and die, for the freedom that we enjoy as their heirs.“ (2014, Abs. 2, 4) Ähnliche Prädikationen finden sich auch in den anderen Reden. So verweist auch Prince William auf die „huge sacrifices they have made to secure our prosperity and freedom.“ Die Kriegsgeneration hätte sich durch „extraordinary courage and dedication“ oder durch „extraordinary courage and fortitude“ ausgezeichnet. (2014b, Abs. 3, 5) In der zweiten Rede, die auf einem belgischen Soldatenfriedhof gehalten wurde und die Beziehung Großbritanniens zu Belgiens thematisiert, spricht Prince William

vor allem auch den belgischen Truppen positive Eigenschaften wie „courage“ und „fortitude“ zu. Die belgische Bevölkerung hätte sich durch „their courageous resistance in 1914“ ausgezeichnet und somit den Weg zum Sieg der Alliierten ermöglicht. (2014a, Abs. 3, 4, 5, 6) Premierminister Cameron thematisiert besonders die Verluste der Kriegsgeneration und verweist auf „mothers who had lost their sons, women who had lost their sweethearts, soldiers who had lost their health and a nation that had lost a generation.“ Letztlich hätten die Menschen aber an die richtigen Werte und Ideale geglaubt und “[t]hey were right to believe these things“. (2014, Abs. 4, 20, 21)

Der Bezug auf Europa bzw. die EU spielt bei den anglo-amerikanischen Rednern, wie bereits angedeutet, keine Rolle. Stattdessen stehen befreundete und verbündete Nationen im Vordergrund. Präsident Obama beispielsweise spricht davon, dass „Belgium is one of our closest partners in the world – a strong and capable ally.“ Es bestünde eine „extraordinary alliance between our two nations“ – d.h. den USA und Belgien – und gemeinsam sei man heute „part of the international effort to destroy Syria’s chemical weapons“ (2014, Abs. 5, 6) Auch Prince William spricht in seiner Rede in Belgien davon, dass die Beziehung zwischen Großbritannien und Belgien eine zwischen „allies und partners“ sei und dass diese Kooperation „does not simply mean no more bloodshed – it means something deeper than that.“ (2014a, Abs. 12) Premierminister Cameron weist besonders darauf hin, dass die Menschen heute die Nachfahren der tapferen und heldenhaften Kriegsgeneration seien und dieser ein Leben in Frieden und Freiheit verdanken. Sprachlich wird dies folgendermaßen realisiert:

We are all descendants of the Great War – either directly or indirectly. Most of us will have ancestors who fought, many from what is now the Commonwealth; the majority of us will live in a place that lost men; just 50 of Britain’s 17,000 parishes welcomed all of their heroes home. And every single one of us is indebted to that generation – because their legacy is our liberty. (2014, Abs. 31, 32)

Der nationalen In-Group der Gegenwart wird eindeutig der Status der Nachfahren der Kriegsgeneration zugeschrieben, der man alles verdanke. Die positive Attribuierung der heutigen Generation ge-

schiebt so indirekt über die positive Darstellung der Kriegsgeneration.

#### 4.4. Argumentationsanalyse

Wie bereits bei der Analyse der Nominationen und Prädikationen deutlich geworden ist, unterscheiden sich die deutschsprachigen von den anglo-amerikanischen Reden vor allem durch ihren Umgang mit der Vergangenheit. Die deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen stellen die nationale Vergangenheit als etwas Negatives dar, von dem man sich distanzieren möchte, während die anglo-amerikanischen Redner in Bezug auf die Vergangenheit vor allem auf die vorgeblich heroischen Leistungen der Kriegsgeneration hinweisen. Diese Darstellungen werden durch zahlreiche Argumentation zu untermauern versucht. Im Folgenden werden einige dieser Argumentationsmuster besprochen. Zunächst werden die in den anglo-amerikanischen, danach die in den deutschsprachigen Reden eingesetzten Argumentationen besprochen.

Die Rede David Camerons enthält einige anschauliche Beispiele, wie das Gedenken an den 1. Weltkrieg für die Etablierung einer nationalen In-Group instrumentalisiert werden kann. Um eine In-Group, die wesentlich auf dem Rekurs auf eine vermeintlich gemeinsame Kriegserfahrung in der Vergangenheit aufbaut, etablieren zu können, muss zunächst die Vergangenheit selbst legitimiert werden. Für die Legitimität des Handelns der Vorfahren im Krieg versucht Cameron im folgenden Absatz zu argumentieren.

But we should never forget that those who volunteered and fought believed they did so in a vital cause: to prevent the domination of Europe by one power; to defend the right of a small country – Belgium – to exist. (Cameron, 2014, Abs. 20)

Den Kämpfenden wird hier zunächst unterstellt, dass sie alle geschlossen für eine Sache gekämpft hätten, die als „vital cause“ apostrophiert wird. Daran schließt sich eine Argumentation an, die der Legitimierung des britischen Kriegseinsatzes im 1. Weltkrieg dienen soll. Cameron versucht, die Legitimität durch zwei Argumente abzusichern.

Als erster Grund wird genannt, dass der britische Militäreinsatz das Ziel gehabt hätte „to prevent the domination of Europe by one power“. Dieses Ar-

gument kann als Topos der Form „wenn die Gefahr besteht, dass Europa durch eine einzige Macht dominiert werden könnte, dann ist ein militärisches Vorgehen dagegen gerechtfertigt“ rekonstruiert werden. Eine allgemeinere Rekonstruktion dieses Argumentes könnte lauten: „Wenn Europas politische Stabilität durch die Dominanz einer einzigen Macht bedroht wird, dann ist ein militärisches Vorgehen dagegen gerechtfertigt“. Folgt man diesen Rekonstruktionsvorschlägen, dann erscheint die britische Nation jeweils als Kämpfer für eine gerechte Sache. Das vermeintlich gemeinsame Kriegserbe, das die Basis für die aktuelle In-Group bildet, ist somit legitimiert. Dieses Argument ist jedoch trugschlüssig. Es ist nicht klar, warum Europa nicht von einer einzigen Macht beherrscht werden sollte. Diese Einschätzung ist wohl eine dezidiert britische, die primär durch die eigenen Interessen motiviert ist und nicht das Wohl der Menschen Europas im Sinn hat. Außerdem wird diese Macht nicht näher charakterisiert, es ist also nicht klar, ob die europäische Bevölkerung vor dieser Macht „gerettet“ werden musste oder dies überhaupt wollte. Selbst wenn ein Eingreifen der Briten im Sinne der europäischen Bürger gewesen wäre, ist noch nicht klar, ob dies in Form eines militärischen Einsatzes hätte geschehen müssen oder ob nicht andere Formen der Intervention geeigneter gewesen wären. Jedenfalls lässt sich von diesem Argument nicht ableiten, dass der britische Militäreinsatz (moralisch) gerechtfertigt war. Dieser Trugschluss lässt sich in Bezug auf die historische Dimension noch ausweiten. Nur, weil die im Krieg Involvierten angeblich davon überzeugt waren, für die richtige Sache zu kämpfen – der „vital cause“, den Cameron ihnen zuschreibt – heißt dies nicht, dass heutiges Gedenken diese Handlungen positiv bewerten und zum Gegenstand nationalen Stolzes erheben darf. Die eigene Vergangenheit wird hier unreflektiert als „richtig“ stilisiert und als Topos der Geschichte zur nachträglichen Rechtfertigung politischen Handelns herangezogen.

Dieses Argument ist mit einem zweiten verbunden, das ebenso der Rechtfertigung der Vergangenheit dient. Als zweiter rechtfertigender Grund für den britischen Militäreinsatz wird genannt, „to defend the right of a small country – Belgium – to exist“. Dieses Argument kann als Topos der Form „wenn die nationale Integrität eines Staates bedroht ist, dann ist militärisches Vorgehen gegen diese Bedrohung gerechtfertigt“ rekonstruiert werden. Dieses Argu-

ment dient also der indirekten Charakterisierung der britischen Nation als Verteidigerin des Völkerrechts. In diesem Fall ist nicht so leicht zu entscheiden, ob es sich um ein trugschlüssiges Argument handelt oder nicht, da das Deutsche Kaiserreich mit dem Schlieffen-Plan Belgiens staatliche Integrität und Neutralität bewusst ignorierte. Ob dies jedoch gleich ein militärisches Eingreifen bis hin zum Kriegseintritt Großbritanniens nötig machte und somit legitimiert oder nicht, wird wohl noch weiterhin Gegenstand zahlreicher Debatten bleiben. Über die Gültigkeit dieses Argumentes kann hier also nicht abschließend geurteilt werden.

Auch in der Rede von US-Präsident Obama finden sich Argumentationen, die sich auf die angeblich heroischen Vorfahren berufen. Obama spricht davon, dass US-amerikanische Soldaten gemeinsam mit belgischen Soldaten für eine gerechte Sache gekämpft hätten. Ein Beispiel hierfür ist das folgende Zitat:

And while they didn't always share a common heritage or even a common language, the soldiers who manned the trenches were united by something larger – a willingness to fight, and die, for the freedom that we enjoy as their heirs. (Obama, 2014, Abs. 4)

Die hier vorgetragene Argumentation kann als Topos der Form „wenn man für den Frieden kämpft, dann ist das Kämpfen gerechtfertigt“ rekonstruiert werden. Man könnte hier also von einem „Friedens-Topos“ sprechen. Somit erscheinen die Taten der Vorfahren, die im 1. Weltkrieg kämpften, ähnlich wie in Camerons Rede, legitimiert. Die Kriegsgeneration wird überaus positiv als Bewahrer von Frieden und Freiheit dargestellt. Dies stellt auch den Anknüpfungspunkt für das Gedenken im Jahr 2014 dar.

An anderer Stelle versucht Obama, diese angeblich amerikanische Tradition, stets für den Frieden zu kämpfen, zur Legitimierung eigener politischer Aktionen heranzuziehen, wie das folgende Beispiel zeigt.

Here today, I'd also note that the lessons of that war speak to us still. Our nations [die USA und Belgien, Anm. d. Verf.] are part of the international effort to destroy Syria's chemical weapons – the same kinds of weapons that were used to such devastating effect on these very fields. We thought we had banished their use to history, and our efforts send a powerful message that these weapons have no place in a civilized world. This is one of the ways that we can honor

those who fell here. (Obama, 2014, Abs. 7)

Mit dem ersten Satz des obigen Zitats behauptet Obama die anhaltende Relevanz der Lektionen des 1. Weltkrieges für die Gegenwart. Man müsse immer noch aktiv für die „richtige“ Sache eintreten, so wie schon damals. Der Rekurs auf die als „richtig“ dargestellte Vergangenheit (vgl. das oben diskutierte Beispiel) ist dann auch für die weitere Argumentation relevant. Die Argumentation beruht auf einer expliziten Prämisse: Die Zerstörung von Syriens chemischen Waffen sei eine Möglichkeit, die Vorfahren zu ehren. So, wie der Einsatz solcher Waffen schon zur Zeit des 1. Weltkrieges falsch gewesen sei („the same kinds of weapons that were used to such devastating effect on these very fields“), so wäre er es auch heute noch. Dies lässt sich als Topos der Form „wenn etwas zur Zeit des 1. Weltkrieges (moralisch) falsch war, dann ist es auch heute falsch“ bzw. „wenn etwas zur Zeit des 1. Weltkrieges (moralisch) richtig war, dann ist es auch heute richtig“ rekonstruieren. Eben weil bereits die Vorfahren für den Frieden eingetreten wären und damit etwas Richtiges getan hätten, sei auch das neuerliche militärische Engagement der USA gerechtfertigt. Dieses bestünde heute darin, gemeinsam mit anderen Staaten (wie Belgien) gegen die syrischen Chemiewaffen vorzugehen. Der oben besprochene Friedens-Topos, der in Bezug auf die Zeit des 1. Weltkrieges etabliert wurde, wird hier also für die Legitimierung aktueller Politik in der Gegenwart verwendet. Die Möglichkeit dieser Argumentation ergibt sich durch die Verknüpfung der Vergangenheit mit der Gegenwart, welche grundsätzlich fragwürdig ist. Auch die explizite Prämisse, dass die Zerstörung der syrischen Chemiewaffen eine Möglichkeit darstelle, die Vorfahren – denen man angeblich ja ein Leben in Frieden und Freiheit verdanke („for the freedom that we enjoy as their heirs“, s.o.) – zu ehren, stützt die Argumentation weiter. Grundsätzlich ist die hier vorgebrachte Argumentation jedoch fragwürdig. Es ist nicht klar, ob die Vorfahren zur Zeit des 1. Weltkrieges tatsächlich moralisch richtig handelten. Auch wenn ihr Handeln moralisch gewesen wäre, leitet sich hiervon keine Legitimierung für das politische Handeln in der Gegenwart ab. Obama stützt durch diese Argumentation jedoch die Etablierung einer In-Group, die sich aus dem vorgeblich moralisch richtigen Handeln einst und Jetzt speist.

Wie bereits angedeutet, stellen die deutschsprachigen Redner und Rednerinnen die Vergangenheit viel negativer dar, als dies in den englischsprachigen Reden geschieht. Auch die verwendeten Argumentationsstrategien unterscheiden sich deutlich. So wird dafür argumentiert, dass nur eine dezidiert auf Frieden ausgerichtete Politik, wie sie erst lange nach dem 1. Weltkrieg Realität wurde, politische Stabilität und dauerhaften Frieden bringen könne. Auch die besondere Bedeutung der EU bzw. des „Projekts Europa“ wird in den Argumentationen hervorgehoben. Bundespräsident Heinz Fischer argumentiert in diesem Zusammenhang für eine internationale Politik, die aktiv die Ursachen von gewaltsamen Konflikten bekämpfen soll, um Frieden zu ermöglichen. Somit plädiert er für eine gänzlich andere Politik, als zur Zeit des 1. Weltkrieges. Er lehnt eine Politik des Rüstungswettlaufes, wie sie auch vor 1914 betrieben worden sei, dezidiert ab. (2014, Abs. 10–12)

Stattdessen müsste eine Politik der Umverteilung und des Ausgleichs stattfinden, um die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen nachhaltig zu bekämpfen, wie das folgende Zitat zeigt:

Langfristige Friedenspolitik erfordert mehr. Sie muss bei den Wurzeln und Ursachen des Krieges ansetzen, muss den Rüstungswettlauf bekämpfen, muss extreme Ungleichheiten bei der Verteilung von Lebenschancen zwischen verschiedenen Völkern und Regionen soweit wie möglich ausgleichen, muss Lösungsmöglichkeiten für internationale Spannungen und internationales Unrecht suchen und anbieten. Mit anderen Worten: Wir müssen den nationalen Rechts- und Sozialstaat zum internationalen Rechts- und Sozialstaat weiter entwickeln. (Fischer, 2014, Abs. 13)

Das Argument, das hier vorgebracht wird, kann folgendermaßen rekonstruiert werden: „Wenn eine internationale Ausgleichs-Politik betrieben wird, dann können die Ursachen für Krieg aktiv bekämpft und langfristiger Frieden gesichert werden.“ Dieses Argument mündet sodann auch konsequenterweise in der Konklusion, dass man „den internationalen Rechts- und Sozialstaat weiter entwickeln“ müsse und dass beispielsweise die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die eine derartige Ausgleichs-Politik anstreben, die geeigneten Mittel hierfür wären. (Fischer, 2014, Abs. 14) Fischer argumentiert also für eine Politik, wie sie gerade von supranationalen Vereinigungen wie den Vereinten Nationen oder



auch der EU angestrebt wird. Der heroische Kampf einzelner Nationalstaaten, die sich den Werten von Frieden und Freiheit verschrieben haben, wie in den anglo-amerikanischen Reden, spielt hier keine Rolle. Fischers Argument, dass nur eine Bekämpfung der Ursachen einem Krieg vorbeugen könne, ist plausibel.

Auch andere Argumentationen Fischers sind ähnlich aufgebaut. So bringt er im folgenden Zitat eine Argumentation vor, die wiederum den Wert gemeinsamer internationaler Politik betont:

Selbst- und Landesverteidigung ist im Völkerrecht anerkannt und auch in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Im Art. 51 der UNO-Charta heißt es: ‚Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung.‘ Das sind klare Worte. Die Aggression, nicht die Verteidigung widerspricht der Friedenspolitik. So verstehe ich auch die Rolle des österreichischen Bundesheeres. (Fischer, 2014, Abs. 17)

Das hier vorgebrachte Argument kann in folgender Form rekonstruiert werden: „Wenn eine militärische Aktion bloß der Selbstverteidigung dient und durch das Völkerrecht bzw. Bestimmungen der UNO gedeckt ist, dann ist sie legitim.“ Somit wird auch hier für die besondere Bedeutung internationaler Politik und internationaler Abkommen plädiert und nationalen Alleingängen eine Absage erteilt. So lange man Bestimmungen wie das Völkerrecht oder die UNO-Charta als Rahmen des politischen Handelns akzeptiert, ist die Argumentation auch schlüssig.

Gewissermaßen als Bestätigung für das Plädoyer für eine internationale, auf Ausgleich bedachte Politik, verweist Fischer an anderer Stelle auf die Geschichte, an der man die Richtigkeit der von ihm vertretenen Position erkennen könne:

Eines soll aber nicht übersehen werden, um daraus zu lernen: Dass es nämlich Zusammenhänge zwischen der Entwicklung unmittelbar nach dem I. Weltkrieg und dem Ausbruch des II. Weltkrieges gegeben hat. Ich meine das nicht im Sinne einer unentrinnbaren Kausalität, sondern ich meine es in dem Sinn, dass in den besiegten Staaten durch die als besonders hart empfundenen Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon revanchi-

stische Stimmungen und nationale Aufwallungen einen verhängnisvollen Rückenwind erhalten haben. (Fischer, 2014, Abs. 37, 38)

Dieser Topos der Geschichte als Lehrmeisterin kann folgendermaßen rekonstruiert werden: „Wenn politische Maßnahmen zu übertrieben ausfallen (und nicht dem oben beschworenen Gedanken nach Ausgleich und internationaler Gerechtigkeit entsprechen), dann sind sie falsch und werden keinen nachhaltigen Frieden sichern können“. Fischer charakterisiert das politische Gebaren der Siegernationen nach dem 1. Weltkrieg als falsch, hätte es doch wiederum zu politischer Instabilität geführt und somit mittelfristig einen weiteren Krieg begünstigt. Die Schlüssigkeit dieses Argumentes ist fraglich, stellt Fischer in seinem Rekurs auf die Geschichte äußerst vielschichtige und komplexe historische Vorgänge doch sehr verkürzt dar.

Das Argument steht mit einem weiteren in Zusammenhang, das einmal mehr die von Fischer vertretene Position untermauern soll. Auch hierbei handelt es sich um den Topos der Geschichte als Lehrmeisterin.

Als Beweis für die von mir beharrlich vertretene These, dass die Menschen sehr wohl aus der Geschichte lernen und Lehren ziehen können, nenne ich die völlig unterschiedliche Vorgangsweise der Siegermächte – und letztlich aller Beteiligten – nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Während vor allem Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg daran gehindert werden sollte, jemals wieder ein mächtiger und gleichberechtigt mitentscheidender Staat in Europa zu sein und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg mehr als vier Fünftel seines Territoriums verlor, waren kluge Staatsmänner nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bemüht, Voraussetzungen für eine langfristige, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner – zunächst in Westeuropa – zu schaffen. (Fischer, 2014, Abs. 41, 42)

Diese Argumentation kann als Topos der Form „wenn Politik Voraussetzungen für Zusammenarbeit schafft und Staaten gleichberechtigt behandelt, dann ist langanhaltender Frieden möglich“ rekonstruiert werden. Die Konklusion dieses Argumentes ist ein Plädoyer für eine „langfristige, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegs-

gegner“ wie sie nach dem 2. Weltkrieg – „zunächst in Westeuropa“ – in Form der EWG, aus der später die EU hervorgegangen ist, realisiert wurde. Diese Weiterentwicklung der politischen Strukturen wird auch explizit erwähnt.

Es waren Ideen der Versöhnung und Zusammenarbeit, die inzwischen zur Europäischen Union geführt haben / [sic!] die letztlich auch die Teilung Europas in Ost und West überwunden und die in weiten Teilen Europas die längste Friedensperiode seit vielen Jahrhunderten zur Folge haben. (Fischer, 2014, Abs. 44)

Der Friede erscheint nicht als das Produkt militärischer Interventionen einzelner Nationalstaaten, sondern als Ergebnis eines langen Lernprozesses, an dessen Ende ein geeintes und sich gegenseitig unterstützendes Europa steht, das seinen politischen Ausdruck in der Europäischen Union findet. Das Argument erscheint schlüssig, befindet sich Europa doch tatsächlich in der längsten Friedensperiode seit sehr langer Zeit. Der von Fischer im Verlauf seiner Rede entwickelte Argumentationsgang unterscheidet sich somit deutlich von den Argumentationen, welche die anglo-amerikanischen Redner verwendeten. Auch die Argumentationen der anderen deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen ähneln denen von Fischer.

So kommt auch der Präsident des deutschen Bundestages, Norbert Lammert, auf den Topos der Geschichte als Lehrmeisterin zurück. Er spricht, ähnlich wie Fischer, davon, dass man aus der Geschichte gelernt hätte und sich dies auch in den politischen Institutionen bzw. der politischen Kultur Deutschlands ausdrücke.

In Deutschland werden die historischen Lektionen zweier Weltkriege mit maßgeblich deutscher Beteiligung politisch besonders deutlich durch die Verankerung unserer Armee im demokratischen Staat. Als erstes Land der Welt nahm die Bundesrepublik Kriegsdienstverweigerung als ein Grundrecht in ihre Verfassung auf. Die deutsche Öffentlichkeit debattiert seit 20 Jahren kontrovers über jede Beteiligung an einem internationalen Militäreinsatz, und anders als in den allermeisten Ländern der Welt hat über jeden bewaffneten Auslandseinsatz der Bundeswehr das Parlament das letzte Wort. (Lammert, 2014, Abs. 12)

Dieses Argument kann in folgender Form rekonstruiert werden: „Wenn Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht in der Verfassung steht, die Öffentlichkeit intensiv über jede Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen debattiert und das Parlament das letzte Wort über jeden militärischen Einsatz hat, dann hat man aus dem Krieg gelernt und die entscheidenden politischen Konsequenzen daraus gezogen“. Deutschland wird durch dieses Argument indirekt als eine Nation charakterisiert, die durch die Weltkriege gelernt habe und diese Erkenntnisse auch in der Politik beherzige. Ob die genannten Konsequenzen tatsächlich ein Beweis dafür sind, dass man aus dem Krieg gelernt hat und das Argument somit schlüssig ist, ist zumindest nicht unmittelbar einsichtig. So hätten auch andere Konsequenzen gezogen werden können bzw. bleibt strittig, welche die „richtigen“ Konsequenzen wären, durch die man „beweisen“ könne, aus der Geschichte gelernt zu haben.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel verweist, ähnlich wie der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer, auf den besonderen Stellenwert der EU als Garantin für den Frieden in Europa. So wären es gerade die Institutionen der EU, die jene internationale Zusammenarbeit ermöglichen, aus welcher langfristiger Frieden erwachse, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Ganz deutlich zeigt sich ein Wandel an der Gesprächskultur [im Vergleich zur Zeit des 1. Weltkrieges, Anm. d. Verf.], die wir heute in Europa pflegen. Die Staats- und Regierungschefs und ihre Minister tauschen sich regelmäßig aus. Sie greifen zum Telefonhörer, in diesen Tagen gerade wieder besonders viel – ich bin heute Nacht erst spät von einem solchen Austausch zurückgekehrt. Die Regierungen arbeiten in verschiedensten Gremien zusammen. Wir sehen uns, wir sprechen miteinander, wir kennen uns – so entsteht Vertrauen, das Grundvoraussetzung für eine gedeihliche politische Zusammenarbeit ist. (Merkel, 2014, Abs. 6)

Dieses Argument kann wie folgt rekonstruiert werden: „Wenn sich Politiker kennen, sich regelmäßig sehen, miteinander sprechen und austauschen, dann entsteht gute politische Zusammenarbeit“. Es ist nicht leicht, die Schlüssigkeit dieses Argumentes festzustellen. Denn es ist nicht notwendigerweise der Fall, dass all die in der Prämisse aufgezählten

Faktoren zwingend zu guter politischer Zusammenarbeit führen, wenngleich es offensichtlich erscheint, dass all diese Faktoren gute Zusammenarbeit doch befördern können. Die Schlüssigkeit des Argumentes kann daher nicht abschließend festgestellt werden. An anderer Stelle führt Merkel diesen Gedanken mit einem vergleichbaren Argument fort.

Auch heute haben wir natürlich nicht für alle Fälle immer sofort die passende Antwort zur Hand. Manches braucht Zeit. Manchmal müssen auch neue Erfahrungen gesammelt werden. Aber viele bewährte Routinen und Mechanismen der Europäischen Union bewahren uns davor, dass Sprachlosigkeit entsteht, dass wir in Handlungsstarre verfallen oder vor jeder größeren Hürde einfach kapitulieren. Nein, gerade weil die Europäische Union handlungs- und kompromissfähig ist, leben wir seit über fünf Jahrzehnten in Frieden und Freiheit. Und das ist alles andere als selbstverständlich. (Merkel, 2014, Abs. 8)

Das hier vorgetragene Argument kann folgendermaßen rekonstruiert werden: „Da die EU über Routinen und Mechanismen verfügt, die sie handlungsfähig und kompromissbereit machen, d.h. gute politische Zusammenarbeit ermöglichen, kann eine Politik betrieben werden, die Frieden und Freiheit hervorbringt“. Dieses Argument ist in Bezug auf seine Schlüssigkeit ähnlich wie das obere zu bewerten. Aus guter politischer Zusammenarbeit erwächst nicht zwingend Frieden und Freiheit. Gute politische Zusammenarbeit ist aber wohl die beste Voraussetzung dafür. Jedenfalls wird deutlich, dass das argumentative Ziel in Merkels Rede ein Plädoyer für ein geeintes, in Form der EU zusammenarbeitendes Europa ist, ähnlich wie in der Rede von Bundespräsident Fischer. Dieser Gedanke wird gegen Ende von Merkels Rede noch einmal deutlich hervorgehoben.

Denn das Beispiel Europa zeigt uns ja: Menschen und Nationen sind in der Lage, aus der Geschichte zu lernen. Eine zentrale Lehre ist: Dialog und Integration statt Abschottung und Renationalisierung – Kooperation statt Konfrontation. (Merkel, 2014, Abs. 9)

Hier wird noch einmal der Topos der Geschichte als Lehrmeisterin bedient, um darauf hinzuweisen, dass eine gute politische Zusammenarbeit, die den Idealen der Dialogizität, Integration und Kooperation

verpflichtet ist, eine zentrale Lehre der Weltkriege darstelle und Voraussetzung für langanhaltenden Frieden in Europa sei. Anders formuliert: Nur eine Politik, wie die der Europäischen Union, könne Frieden garantieren.

Einem Friedenskämpfer-Pathos, wie in den englischsprachigen Reden, erteilen die deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen also eine deutliche Absage. Machen diese primär die Vorzüge der eigenen Nation als Garanten für Frieden und Freiheit stark bzw. verweisen auf angeblich gleichgesinnte politische Partner, kehren die deutschsprachigen Reden politische Zusammenarbeit und ihre Realisierung in supranationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der EU hervor. Nicht einzelne Nationalstaaten könnten durch vorgeblich heroische Taten Frieden und Freiheit sichern, sondern nur internationale Zusammenarbeit, wie sie vor allem in der EU Realität sei. In Anbetracht der Tatsache, dass das jetzige Deutschland und Österreich als Verlierer aus dem Krieg hervorgegangen waren, ist eine derartige Argumentationsstrategie nachvollziehbar, fehlt diesen Nationen doch etwas, das sie wie die englischsprachigen Siegernationen positiv hervorheben und zum Gegenstand nationalen Stolzes erheben könnten.

## 5. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die deutschsprachigen von den englischsprachigen Reden durch deutliche Unterschiede in den Nominationen, Prädikationen und Argumentationsstrukturen auszeichnen.

In Bezug auf die in den Reden verwendeten Nominationen konnten acht verschiedene Kategorien identifiziert werden, wovon fünf als nationsbezogene Kategorien bezeichnet werden können. Von allen Rednern bzw. Rednerinnen wurden Nominationen verwendet, 1) die die eigene Nation bezeichnen, 2) die andere Nationen in der Gegenwart bezeichnen, 3) die andere Nationen zur Zeit des 1. Weltkrieges bezeichnen und 4) die sich auf die Zeitgenossen des 1. Weltkrieges beziehen. Nominationen, die sich (5) auf Europa bzw. die EU beziehen, wurden primär von den deutschsprachigen Rednern bzw. Rednerinnen verwendet, in den englischsprachigen Reden fand der Bezug auf Europa nur indirekt statt, die EU wurde überhaupt nicht genannt.

Dies korreliert mit den Prädikationen, die ebenso

sehr ländergruppenspezifisch ausfielen. Auch hier konnten einige Kategorien nationsbezogener Prädikationen identifiziert werden. So arbeiten alle Reden mit Prädikationen, 1) die sich auf die Zeitgenossen und Nationen zur Zeit des 1. Weltkriegs beziehen und 2) die sich auf Nationen und Nationsangehörige in der Gegenwart beziehen. Die Prädikationen, die sich 3) auf Europa bzw. die EU beziehen, waren nur bei den deutschsprachigen Rednern in einem relevanten Ausmaß vorhanden. Der 1. Weltkrieg wird in den deutschsprachigen Reden durchwegs negativ dargestellt, als Zeit gescheiterter Politik. In den englischsprachigen Reden hingegen wird der angebliche Heroismus derer, die im Krieg kämpften, betont. Der Krieg erscheint als eine Zeit, in der die Zeitgenossen für ihre Ideale und Werte eintraten und aktiv für Frieden und Freiheit kämpften. Die deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen betonten in Bezug auf die Gegenwart vor allem, dass man aus der Geschichte gelernt hätte, sich in Europa nun vertraue und zusammenarbeite. Dabei wird vor allem die Europäische Union hervorgehoben, die ein Garant für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sei. In Bezug auf die Gegenwart verwiesen die anglo-amerikanischen Redner vor allem auf ihre politischen Verbündeten. Mit diesen teile man eine lange Geschichte des Eintretens für Frieden und Freiheit und kooperiere auch heute noch zur Einhaltung dieser Ziele.

Auch die Argumentationsstrukturen fallen sehr unterschiedlich aus und dienen der Legitimierung der je unterschiedlich attribuierten sozialen Akteure sowie der Etablierung unterschiedlicher nationaler Vergangenheitserzählungen. Die Reden aus dem anglo-amerikanischen Raum stilisieren die eigene Nation als Verteidiger von Frieden, Freiheit, Menschen- und Völkerrechten. Die Zeit des 1. Weltkrieges erscheint als wichtige Phase nationaler Geschichte, auf die man mit Stolz zurückblicken könne. Legitimierung findet die positiv dargestellte Vergangenheit vor allem durch Argumentationen, welche die moralische „Richtigkeit“ des Handelns zeigen sollen. Eben, weil man aktiv für die eigenen Ideale von Frieden und Freiheit oder der Wahrung des Völkerrechts eingetreten sei, sei der militärische Einsatz im 1. Weltkrieg „richtig“, ja geradezu nötig gewesen. Auch heute agiere man noch in diesem Geist und engagiere sich stets dort, wo Unrecht herrsche. Die anglo-amerikanischen Redner inszenieren die eigenen Nationen bzw. Nationsangehörigen somit als Heroen

des Friedens, einst wie heute.

Im Gegensatz dazu distanzieren sich die deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen viel stärker von der Zeit des 1. Weltkrieges. Eine häufig anzutreffende Argumentation ist in diesem Zusammenhang der Topos der Geschichte als Lehrmeisterin. Man habe aus den Schrecken der Kriege, zunächst des 1., dann des 2. Weltkrieges, gelernt. Frucht dieses Lernprozesses wäre ein geeintes Europa, das in der Europäischen Union seine politische Realisierung gefunden hätte. Die Geschichte erscheint so als eine Erfolgsgeschichte hin zum Frieden. Die Kriegserfahrungen werden nicht als Gegenstand des nationalen Stolzes dargestellt. Stattdessen soll gerade das geeinte Europa positiv wahrgenommen werden. Die deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen stellen das grundsätzlich nationale Weltkriegsgedenken somit in einen internationalen, dezidiert europäischen Rahmen.

Interessanterweise unterscheiden sich die Argumentationstopoi der deutsch- und englischsprachigen Redner bzw. Rednerinnen nicht nur inhaltlich, sondern auch hinsichtlich ihrer argumentativen Qualität. Gerade im Fall der anglo-amerikanischen Redner, die dafür argumentieren, dass ihre Vorfahren stets für das „Richtige“ eingetreten wären – den heroischen Kampf für Frieden, Freiheit, Menschenrechte usw. – konnten etliche trugschlüssige Argumente festgestellt werden. Die deutschsprachigen Redner bzw. Rednerinnen hingegen argumentierten häufig mit plausibleren Argumentationsmustern. Dies hat wohl damit zu tun, dass die Vergangenheit in den deutschsprachigen Reden nicht dermaßen verklärt wurde, wie dies in den englischsprachigen Reden häufig der Fall war. Immer dann, wenn der Bezug auf die Vergangenheit sehr einseitig ausfällt und die Komplexität der angesprochenen historischen Ereignisse verkürzt oder bewusst ausgeblendet wird, tendieren Argumente offenbar dazu, trugschlüssig zu sein. Dies betrifft vor allem die anglo-amerikanischen Redner, die ihre nationale Geschichte als heroische Kämpfe für Frieden und Freiheit inszenieren. Im Gegensatz dazu kommen zahlreiche Argumentationstopoi in den deutschsprachigen Reden ohne eine Verklärung der Vergangenheit aus und verfügen auch öfters über plausible Argumentationen.

## 6. Literatur- und Redenverzeichnis

### 6.1. *Verwendete Literatur*

- Achugar, M. (2009). Constructing the Past and constructing Themselves: the Uruguayan Military's Memory of the Dictatorship. *Critical Discourse Studies*, 6(4), 283–295.
- Biesecker, B. A. (2002). Remembering World War II: The Rhetoric and Politics of National Commemoration at the Turn of the 21st Century. *Quarterly Journal of Speech*, 88(4), 393–409.
- Bruner, M. L. (2011). Rhetorical studies and national identity construction. *National Identities*, 13(4), 403–414. <http://doi.org/10.1080/14608944.2011.629428>
- Charteris-Black, J. (2014). *Analysing Political Speeches: Rhetoric, Discourse and Metaphor*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Chilton, P. A., & Schäffner, C. (2002). Introduction. Themes and Principles in the Analysis of Political Discourse. In P. A. Chilton & C. Schäffner (Hrsg.), *Politics as Text and Talk: Analytic Approaches to Political Discourse* (S. 1–41). Amsterdam: John Benjamins.
- de Cillia, R., & Wodak, R. (2009). Gedenken im „Gedankenjahr“: zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005. Innsbruck/Wien: Studienverlag.
- Goffman, E. (1981). *Forms of Talk*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Kahl, M., & Leff, M. (2006). The Rhetoric of War and Remembrance: An Analysis of President Bill Clinton's 1994 D-Day Discourses. *Qualitative Research Reports in Communication*, 7(1), 15–21.
- Kammerer, P. (1995). Die veränderten Konstitutionsbedingungen politischer Rhetorik. Zur Rolle der Redenschreiber, der Medien und zum vermeintlichen Ende öffentlicher Rede. *Rhetorik Jahrbuch*, 14, 14–29.
- Klein, J. (2000). Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In K. Brinker, G. Antos, W. Heinemann, & S. F. Sager (Hrsg.), *Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung* (Bd. 1, S. 732–755). Berlin/New York: de Gruyter.
- Klymenko, L. (2015). World War II or Great Patriotic War Remembrance? Crafting the Nation in Commemorative Speeches of Ukrainian Presidents. *National Identities*, 17(4), 1–17.
- Kopperschmidt, J. (1999). Zwischen Affirmation und Subversion. Einleitende Bemerkungen zur Theorie und Rhetorik des Festes. In J. Kopperschmidt & H. Schanze (Hrsg.), *Fest und Festrhetorik: Zur Theorie, Geschichte und Praxis der Epideiktik*. München: Fink.
- Kopperschmidt, J. (2006). Diskursive Epideiktik oder epideiktische Diskursivität. *Rhetorik Jahrbuch*, 25, 107–120.
- Kühn, P. (1992). Adressaten und Adressatenkarussell in der öffentlich politischen Auseinandersetzung. *Rhetorik Jahrbuch*, 11, 51–66.
- Kühn, P. (1995). *Mehrfachadressierung: Untersuchungen zur adressatenspezifischen Polyvalenz sprachlichen Handelns*. Tübingen: Niemeyer.
- Luppold, S. (2015). *Textstrategien. Zur Theorie der Textrhetorik* (Bd. 17). Berlin: Weidler.
- Matouschek, B., Wodak, R., & Januschek, F. (1995). *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz*. Wien: Passagen.
- Miklautz, E. (1999). Feste: Szenarien der Konstruktion kollektiver Identität. In J. Kopperschmidt & H. Schanze (Hrsg.), *Fest und Festrhetorik: Zur Theorie, Geschichte und Praxis der Epideiktik* (S. 193–206). München: Fink.
- Ottmers, C. (2007). *Rhetorik* (2., aktual. u. erw. Aufl.). Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Reisigl, M. (2007). *Nationale Rhetorik in Fest- und Gedenkreden. Eine diskursanalytische Studie zum „österreichischen Millennium“ in den Jahren 1946 und 1996*. Tübingen: Stauffenburg.
- Reisigl, M. (2008a). Analyzing political rhetoric. In R. Wodak & M. Krzyzanowski (Hrsg.), *Qualitative Discourse Analysis in the Social Sciences* (S. 96–120). Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Reisigl, M. (2008b). *Rhetoric of Political Speeches*. In R. Wodak & V. Koller (Hrsg.), *Handbook of Communication in the Public Sphere* (S. 243–269). Berlin/New York: de Gruyter.
- Schubert, K. (2010a). Policy. In D. Nohlen & R.-O. Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (4. aktual. u. erw. Aufl., Bd. 2, S. 742). München: Beck.
- Schubert, K. (2010b). Politics. In D. Nohlen & R.-O. Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (4. aktual. u. erw. Aufl., Bd. 2, S. 745). München: Beck.
- Schubert, K. (2010c). Polity. In D. Nohlen & R.-O. Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (4. aktual. u. erw. Aufl., Bd. 2, S. 831). München: Beck.
- Schultze, R.-O. (2010). Politik/Politikbegriffe. In D. Nohlen & R.-O. Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (4. aktual. u. erw. Aufl., Bd. 2, S. 746–747). München: Beck.

Slavičková, T. (2013). The Rhetoric of Remembrance: Presidential Memorial Day Speeches. *Discourse & Society: An International Journal for the Study of Discourse and Communication in Their Social, Political and Cultural Contexts*, 24(3), 361–379.

Wodak, R. (2001). What CDA is about - a Summary of its History, important Concepts and its Developments. In M. Meyer & R. Wodak (Hrsg.), *Methods of Critical Discourse Analysis* (S. 1–13). London: Sage.

Wodak, R., de Cillia, R., Reisigl, M., Liebhart, K., Hofstätter, K., & Kargl, M. (1998). *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

### 6.2. Redenkorpus

Cameron, D. (2014, Juli). Reopening of the Imperial War Museum: David Cameron's speech. Abgerufen von <https://www.gov.uk/government/speeches/reopening-of-the-imperial-war-museum-david-camerons-speech>

Duke of Cambridge, P. W. (2014a, April). A speech by HRH The Duke of Cambridge at the World War One centenary commemorations at the Cointe Inter-allied Memorial in Liège, Belgium. Abgerufen von <http://www.princeofwales.gov.uk/media/speeches/speech-hrh-the-duke-of-cambridge-the-world-war-one-centenary-commemorations-the>

Duke of Cambridge, P. W. (2014b, Juli). A speech by HRH The Duke of Cambridge at the Imperial War Museum First World War Galleries opening. Abgerufen von <http://www.dukeandduchessofcambridge.org/news-and-diary/the-duke-of-cambridge-opens-the-iwms-first-world-war-galleries/speech>

Fischer, H. (2014, Juni). Gedenkveranstaltung zum 100. Todestag von Bertha von Suttner sowie 100 Jahre Ausbruch Erster Weltkrieg.

Abgerufen von <http://www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/100-todestag-von-bertha-von-suttner100-jahre-ausbruch-erster-weltkrieg/>

Lammert, N. (2014, März). Ansprache des Präsidenten bei der Gedenkfeier „100 Jahre Erster Weltkrieg“.

Abgerufen von <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001/286046>

Merkel, A. (2014, Mai). Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur Eröffnung der Ausstellung „1914-1918. Der Erste Weltkrieg“ im Deutschen Historischen Museum. Abgerufen von <https://www.bundesre->

[gierung.de/Content/DE/Rede/2014/05/2014-05-28-merkel-ausstellung-1914-bis-1918.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/05/2014-05-28-merkel-ausstellung-1914-bis-1918.html)

Obama, B. (2014, März). Remarks by President Obama at Flanders Field Cemetery. Abgerufen von <https://www.whitehouse.gov/photos-and-video/video/2014/03/26/president-obama-speaks-flanders-field-cemetery#transcript>

---



---

## *Bachelorarbeiten*

---



---

### **Von der „Dame des Hauses“ zur „Hausfrau“? Eine Wortfeldanalyse von Frauenratgebern im Wandel der Zeit**

*Bachelorarbeit von Julia Fuchs bei Ass. Prof. Mag. Dr. Claudia Posch, Institut für Sprachen und Literaturen, Bereich Sprachwissenschaft, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck*

Diese Arbeit ist eine diachrone Studie dreier Frauenratgeber und zwar „Das häusliche Glück“ aus dem Jahr 1882, „Das Donauland Frauenbuch“ aus dem Jahr 1966 und das „Handbuch für die Frau“ aus dem Jahr 2011. Es werden geschlechtsmarkierende Begriffe in den Wortfeldern Personenbezeichnungen und Tätigkeiten im und für den Haushalt sowie Adjektiva dahingehend untersucht, ob sie in den Ratgebern vorwiegend mit Frauen assoziiert werden, geschlechtsneutral sind und/oder eine pejorative Konnotation aufweisen. Ein Fokus wird dabei auf die Personenbezeichnungen gelegt, mit der die Frau, die den Haushalt führt, bezeichnet wird. Es wird auf die Entstehung und Verwendung des Begriffes Hausfrau eingegangen und dessen etwaige Konnotationen unter die Lupe genommen. Zusätzlich wird untersucht, ob und wie in den Ratgebern Geschlechterstereotypen, d.h. Frauen- oder Männerbilder, an die Leserin bzw. den Leser weitergegeben und so reproduziert werden. Eines dieser Geschlechterste-

reotype stellt beispielsweise bis einschließlich 1966 noch das „Ideal der Hausfrau“ dar, die an der Seite des Lohnarbeiters steht und keinen Lohn erhält. Dazu wurden auch im jüngsten Ratgeber aus dem Jahr 2011 noch dementsprechende weiblich assoziierte Adjektive gefunden, z.B. aufopfernd oder dienend. Die Personenbezeichnung Hausfrau und somit auch das genannte Ideal bzw. die Adjektive dazu erfahren jedoch erst in diesem jüngsten Ratgeber eine pejorative Konnotation. Ein weiteres Ergebnis dieser Studie zeigt, dass die Tätigkeiten im Haushalt bis zum Ende des 20. Jahrhunderts vorwiegend mit Frauen assoziiert worden sind. Auffallend ist auch, dass Berufsbezeichnungen erst im jüngsten Ratgeber aus dem Jahr 2011 geschlechtsneutral bzw. mit Beidnennung verwendet werden, vorher überwiegt das generische Maskulinum.

---

---

*Diplomarbeiten*

---

---

## **Land der Wellen, Ströme und technischen Sicherungsmaßnahmen: Die metaphorische Repräsentation von flüchtenden Menschen anhand von Zeitungsartikeln der Tiroler Tageszeitung**

*Diplomarbeit von Stefan Heis bei Prof. Claudia Posch, Institut für Sprachen und Literaturen, Bereich Sprachwissenschaft, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck*

In Anbetracht der augenblicklich (und seit geraumer Zeit) medial omnipräsenten Diskussion um die „Flüchtlingskrise“, macht es nur Sinn, diese näher zu beleuchten. Metaphern, als inhärent persuasive Sprachmittel, verdienen in diesem Zusammenhang

besondere Aufmerksamkeit, welche ihnen in der vorliegenden Arbeit zukommt. Zunächst wird dazu ein historischer Überblick über Metaphern gegeben, bevor diese für die Zwecke der Arbeit genauer definiert werden. Unter spezieller Berücksichtigung der Konzeptuellen Metapherntheorie, werden anschließend Metaphern, mit denen flüchtende Menschen beschrieben werden, identifiziert und analysiert. Anhand von ausgewählten Beispielen aus dem 16 Ausgaben der Tiroler Tageszeitung umfassenden Korpus wird gezeigt, welche Bedeutungen die gebrauchten Metaphern implizieren und wie sie von anderen Interpretationen ablenken. So wird herausgearbeitet, wie Metaphern Wertvorstellungen äußern und Perspektiven nahelegen und dadurch Einfluss auf Meinungen und Entscheidungen nehmen.

## **Die Sprache(n) in den Wissenschaften. Attitüden Studierender und Lehrender an der Universität Salzburg zur deutschen und englischen Wissenschaftssprache und den Erwerbsschwierigkeiten der deutschen Wissenschaftssprache**

*Diplomarbeit von Eva Magdalena Weitzhofer an der Universität Salzburg bei Monika Dannerer, Institut für Germanistik, Universität Innsbruck*

Diese Diplomarbeit aus dem ÖNB-Projekt „VAMUS (= Verknüpfte Analyse von Mehrsprachigkeiten an der Universität Salzburg)“ unter der Leitung von Monika Dannerer und Peter Mauser beschäftigt sich mit den Attitüden Studierender und Lehrender zur deutschen Wissenschaftssprache im Kontext von Mehrsprachigkeit und Englisch als de facto alleiniger lingua franca in der Wissenschaftskommunikation.

Außerdem untersucht sie die Schwierigkeiten der Studierenden beim Erwerb der deutschen Wissenschaftssprache und fragt nach dem Förderbedarf bei Studierenden im Erwerbsprozess der (fremden) deutschen Wissenschaftssprache.

Als Datengrundlage dienen ausgewählte Fragen aus ca. 1.000 Onlinefragebögen und 43 Leitfadenterviews. Bei der Auswertung wurde nach Fakultät (Rechtswissenschaftliche, Katholisch-Theologische, Kultur- und Gesellschaftswissenschaftliche und Naturwissenschaftliche Fakultät), Studiendauer und sprachlichem Hintergrund der Befragten (Deutsch als Erst-, Zweit- oder Fremdsprache) differenziert. Die Attitüden zu Englisch als lingua franca fallen sehr unterschiedlich aus. Das Englische wird als Sprache für die internationale Kommunikation an allen Fakultäten anerkannt, teilweise werden auch (mehr) ganze Studiengänge auf Englisch gefordert. Dennoch werden auch kritische Stimmen laut. Sie gelten allerdings ebenso der konkreten Realisierbarkeit eines tatsächlich mehrsprachigen Wissenschaftsbetriebes.

Beim Erwerb der Wissenschaftssprache(n) werden die traditionell als „typisch“ wahrgenommenen Merkmale (Fachwortschatz und lange, hypotaktische Satzstrukturen) als schwierig empfunden. Die so genannte „alltägliche Wissenschaftssprache“ (Ehlich 1999) wird wie die gesprochene Wissenschaftssprache dagegen kaum als Hürde gesehen. Angesichts dieser Ergebnisse ist interessant, dass die Mehrheit der Studierenden trotzdem unterstützende Kurse zum Erwerb der Wissenschaftssprache (für die schriftliche und mündliche Verwendung ebenso wie für spezielle Lektürekurse für die Fachliteratur) fordert. Dieser Wunsch deckt sich durchaus mit der Einschätzung des „Förderbedarfs“ durch die Lehrenden und steigt mit dem Fortschritt im Studium an. Er gilt für das Deutsche wie auch (noch stärker) für das Englische. Die Erstsprache der Befragten spielt dabei nur graduell eine Rolle.

---

---

## *Masterarbeiten*

---

---

### **RADIO - MACHT - SCHULE. Sprachenpolitische und – didaktische Perspektiven des Mediums Radio im Kontext der Freien Radios in Österreich**

*Masterarbeit von Gregor Alexander  
Grömmer bei Dr. Renate Faistauer, Insti-  
tut für Germanistik/Deutsch als Fremd-  
sprache, Universität Wien*

In einer Zeit, in der Bildmedien präsenter sind als je zuvor, gerät ein akustisches Medium ins Hintertreffen: Radio, dem im Kontext des modernen Sprachenunterrichts wenig praktische Anwendung zukommt, das sich aber für sprachendidaktische und politische Aktivitäten eignet. Ziel der Master-Arbeit „Radio Macht Schule“ ist die Bearbeitung der Fragestellung: Wie kann (in Österreich) das Medium Radio im sprachendidaktischen Umfeld von DaZ eingesetzt werden, um damit sprachpolitische sowie Aspekte des Empowerment (von Kursteilnehmern\_innen) zu verwirklichen?

Radio ist ein technisch einfaches und schnell zu verwirklichendes Medium, es ist mithin im Unterricht leicht zu realisieren. Der Verband Freier Radios Österreich ([www.freie-radios.at](http://www.freie-radios.at)), der als möglicher Kooperationspartner in der didaktischen Radio-DaZ-Arbeit vorgestellt wird, fungiert dabei ebenso wie der entworfene radiophile DaZ-Unterricht als Distributor kulturellen Kapitals. Dieses kann durch seine Erlangung wiederum in anderen soziokulturellen und ökonomischen Kontexten Relevanz entwickeln. Der Entwurf von Kriterien für eine interaktive und kulturreflexive (Mit-)Arbeit an DaZ-Radioprojekten dient in der Master-Arbeit daher als Anlass, gesellschaftlich relevante Ordnungsdiskurse und ihre Beschaffenheit zu analysieren und nach Vorgehensweisen zu



suchen, wie die in ihnen festgeschriebenen Gesellschaftsnarrative durch mediales Wirken reformuliert werden können. Radio ist in diesem Zusammenhang aber auch (medien-)sprachdidaktisch und politisch nutzbar, da es der Einflussnahme von Machtdiskursen im Sinne einer kulturreflexiven, machtrelativierenden Denk- und Darstellungsweise dienen kann. Im vorliegenden Text werden daher Aspekte des Empowerment (Jim Cummins) und Sensemaking (Karl E. Weick) vor dem Hintergrund einer medienphilosophischen (B. Brecht, H. M. Enzensberger, J. Derrida) und soziolinguistischen (Pierre Bourdieu) Theorie angedacht. Die theoretischen Überlegungen treffen außerdem auf ein qualitatives Element in Form von leitfadenorientierten Interviews und ero-epischen Gesprächen mit drei Akteuren\_innen der Freien Radios. Das Medium Radio wird in „Radio Macht Schule“ über bloße Hörverstehen-Übungen hinaus als etwas verstanden, dass

- den Konsumenten\_innen die Möglichkeit bietet, authentisches Material (im Rahmen von DaZ-Unterricht) zu hören,
- und durch den Zugewinn an kulturellem Kapital selbst zu Produzenten\_innen zu werden;
- den Produzenten\_innen die Möglichkeit bietet, eigene Anliegen und Perspektiven im Zuge der Produktion einer Radiosendung in der Erstsprache und der Sprache der Mehrheitsgesellschaft zu formulieren und öffentlich zu Gehör zu bringen; (Verbunden damit sind Aspekte der Selbstermächtigung durch massenmediale Teilhabe an den Diskursen der Mehrheitsgesellschaft.)
- Lehrenden die Möglichkeit bietet, medien- und sprachendidaktische sowie migrationspädagogische Anliegen in praktischer Weise in ihren Unterricht zu integrieren und damit Unterricht über den Klassenraum hinaus mithilfe einfacher technischer Voraussetzungen zu erweitern und gesellschaftlich relevant zu gestalten;
- im sprachpolitischen Sektor tätigen Nichtregierungsorganisationen und (wissenschaftlichen) Akteuren\_innen die Gelegenheit bietet, ihre Anliegen und Erkenntnisse einem breiten Publikum bekannt zu machen und so den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern;
- allen Gesellschaftspartizipanten\_innen in Österreich die Möglichkeiten bietet, gemeinschaftlich an einem Polylog teilzunehmen und sich dabei an der Gestaltung wesentlicher Diskurse dieser Gesellschaft zu beteiligen.

## **Das Potenzial der „Gesprächskonstruktion“ für die Förderung des deklarativen und prozeduralen Wissens**

*Masterarbeit von Binasa Saracevic bei Dr. Renate Faistauer, Institut für Germanistik/Deutsch als Fremdsprache, Universität Wien*

Im Zentrum der Masterarbeit steht die Gesprächskonstruktion, eine form- und mitteilungsbezogene Aktivität der Methode Fremdsprachenwachstum (Buttaroni 1997; Buttaroni/Knapp 1988). Der rote Faden der Masterarbeit stellt ein Paradigmenwechsel zwischen Form und Inhalt dar. In den bisherigen Methoden wie Grammatikübersetzungsmethode, audiovisuelle Methoden, kommunikativer Ansatz usw. wird der Fokus entweder auf Form oder auf Inhalt gesetzt. Die Gesprächskonstruktion ist eine Aktivität, die beide Aspekte berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund besteht das Hauptanliegen der Masterarbeit darin, das Potenzial der Gesprächskonstruktion für die Förderung des deklarativen und prozeduralen Wissens zu erforschen bzw. transparent zu machen. Der erste Teil befasst sich u.a. mit den theoretischen Hintergründen des Fremdsprachenwachstums wie Humboldts These von dem kreativen Aspekt der Sprache, Chomskys generatives Prinzip sowie seine Unterscheidung zwischen der grammatischen und pragmatischen Kompetenz. Etablierten theoretischen Ansätzen wie Nativismus und Konstruktivismus werden neuere Erkenntnisse aus der Psychologie und der Kognition gegenübergestellt. Des Weiteren wird die Gesprächskonstruktion im Hinblick auf die Unterrichtsprinzipien (LernerInnenorientierung, Lernerautonomie, Kooperation, Authentizität etc.) und aus dem Blickwinkel von zwei Expertinnen unter die Lupe genommen. Die konkrete Forschungsfrage, die im Rahmen der Aktionsforschung beantwortet wurde, lautet: Worin lässt sich bei der Gesprächskonstruktion die Förderung des deklarativen und prozeduralen Wissens feststellen und wie kann man diese beiden Wissensbestände im Fremdsprachenunterricht im Hinblick auf unter-

schiedliche Sprachniveaus optimal nutzen? Die Forschung führte zum Ergebnis, dass sich die Gesprächskonstruktion durch ein hohes Maß an Flexibilität bezüglich der Einsatzmöglichkeiten, des Ablaufs, der Wahl der Ausgangssituation bzw. des Zieldialogs auszeichnet, so dass der anfängliche Eindruck von der „Rezepthaftigkeit“ der Aktivität revidiert wurde. Durch die einzelnen Phasen der Aktivität wird sowohl das prozedurale als auch das deklarative Wissen gefördert: in der „Rekonstruktionsphase“ wird die Aktivierung des Sprachwissens durch die Formulierung von Sätzen, in der „Memorisierungsphase“ die schnellere Abrufbarkeit der sprachlichen Elemente bzw. die Sprachgeläufigkeit durch das Auswendiglernen von Äußerungen und in der „Phase der schriftlichen Fixierung“ die Nachhaltigkeit und die Lernautonomie durch das abschließende Niederschreiben gefördert. Beide Zugänge haben ihre Berechtigung im Fremdsprachenunterricht. Das explizite, deduktive Sprachenlernen führt zu mehr Sprachbewusstheit, auf die man bei der Sprachproduktion zurückgreifen kann. Der implizite, induktive Spracherwerb führt zur besseren Automatisierung des Sprachwissens. Entscheidend erweist sich dabei die Frage, welche Zielsetzungen die Lehrperson, die sich an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientiert, setzt. Auf Grund der Abdeckung vieler Unterrichtsprinzipien, der Möglichkeit des Einsatzes in unterschiedlichen Zielgruppen und der Möglichkeit der Heranziehung von unterschiedlichen Medien ist diese Aktivität eine Bereicherung für den Fremdsprachenunterricht.

## **Plurizentrik des Deutschen im universitären Deutschunterricht in Tschechien. Insbesondere an jenen Universitäten, die DaF-PraktikantInnen des OeAD empfangen.**

*Masterarbeit von Birgit Plöchl bei Prof. Rudolf de Cillia, Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien*

Diese Masterarbeit beschäftigt sich mit der Plurizentrik des Deutschen im universitären Deutschunterricht in Tschechien, insbesondere an Universitäten, die mit dem Österreichischen Austauschdienst (OeAD) kooperieren. Dabei wird zuerst ein Überblick über leitende theoretische Konzepte zur nationalen Variation des Deutschen und über die Stellung der deutschen Sprache in Tschechien gegeben. Daran anschließend wird anhand einer Lehrmaterialanalyse und einer Fragebogenerhebung unter Studierenden und DozentInnen an der Westböhmisches Universität Pilsen, der Masaryk Universität Brunn, der Karlsuniversität Prag und der Technischen Universität Liberec untersucht, inwiefern das Plurizentrikkonzept im universitären Deutschunterricht eine Rolle spielt. In der empirischen Studie wird davon ausgegangen, dass mehrere nationale Varietäten an den Fakultäten präsent sind, weil es eine Kooperation mit dem OeAD gibt und daher ErstsprachlerInnen unterschiedlicher deutscher Standardvarietäten unterrichten und weil Österreich und Deutschland Nachbarländer Tschechiens sind. Außerdem wird davon ausgegangen, dass das Plurizentrikkonzept des Deutschen, das sich in Fachkreisen seit Ende der 1980er Jahre etabliert hat, im universitären Unterrichtsumfeld eher thematisiert wird als in anderen Unterrichtskontexten, denn die praktische Umsetzung des Konzepts wird, wie Studien von Ransmayr (2006) und Hägi (2006) zeigen, vielfach nicht konsequent verfolgt.

Ausgehend von der Analyse von insgesamt 248

Fragebögen und einigen ausgewählten Unterrichtsmaterialien, lässt sich beobachten, dass das Plurizentrikonzept teilweise berücksichtigt wird, dennoch findet sich auch noch eine monozentrische Perspektive auf den deutschen Sprachraum. Davon profitiert v.a. die deutschländische Varietät. Sie ist den Ergebnissen dieser Studie zufolge im tschechischen Deutschunterricht an den ausgewählten Fakultäten nach wie vor die dominante Varietät. Wie die Ergebnisse dieser Masterarbeit zeigen, scheint die Situation seit der Studie von Jutta Ransmayr aus dem Jahr 2006 weitgehend gleich geblieben zu sein.

This master thesis is concerned with German as a pluricentric language in the context of language courses offered at Czech universities that cooperate with the Austrian Exchange Service (OeAD). This thesis provides an overview of different theoretical concepts concerned with the national variations of the German language and investigates empirically how and to what extent the concept of pluricentricity features in German courses taught at four Czech universities (University of West Bohemia Pilsen, the Masaryk University Brno, the Charles University Prague and the Technical University of Liberec). It is presumed that more than one national standard variety of German will be present in German language courses, because there are speakers of different German standard varieties. The diversity of German speakers results from the cooperation with the OeAD and from the fact that Austria and Germany are neighbouring countries of the Czech Republic. The university context is assumed to be more likely to foster engagement with German as a pluricentric language than other educational institutions, because the concept of pluricentricity has been widely disseminated in scientific contexts. However, as the works of Ransmayr (2006) and Hägi (2006) show, the concept of pluricentricity has mostly not been translated into educational practice.

The empirical portion of this project includes a survey with a sample of 248 students and lecturers as well as an analysis of selected course material. This data shows that the pluricentricity of the German language is partially attended to in Czech universities. Nevertheless, one can still find monocentric perspectives on the language at the faculties investigated here. The results demonstrate that German, as spoken in Germany, is the dominant standard

variety. The findings of this study are consistent with a similar investigation conducted by Jutta Ransmayr in 2006, indicating that little change occurred in this area.

Kontakt:  
birgit.ploechl89@gmx.at

## **Indirect reported speech in EFL teaching: evaluation of contemporary textbooks**

*Masterarbeit von Darya Shitova bei Prof. Ute Smit, Institut für Anglistik, Universität Wien*

Grammar teaching has always been a controversial aspect in foreign language teaching. Nowadays, in spite of the popularity of the communicative approach in English language teaching, which favours fluency over accuracy, grammar teaching still plays an important role in the formation of communicative competence. This thesis tries to investigate how English grammar is taught in contemporary textbooks. To narrow down the scope of the research, three series of modern textbooks were chosen, namely Face2face, New Headway and Outcomes, all of which follow the communicative approach and are aimed at teaching adults. The study concentrates on one grammar item – indirect reported speech, a rather common and complex structure, and how it is treated in the selected EFL textbooks.

The theoretical part includes three sections. The first section provides information on what grammar is and argues that it plays an important role in communicative competence. Consequently, in the second section of the theoretical part, main controversies in the teaching of grammar are discussed. The controversies are analysed taking into account the facts that the target audience of the evaluated textbooks is adults and that the selected textbooks comply with the communicative approach. On this basis, the principles of teaching grammar that are more appropriate for teaching adults in the framework of com-

municative language teaching are selected. The third section of the theoretical part is devoted to indirect reported speech and how it is treated in linguistics in general and in applied linguistics in particular. The empirical part of the thesis includes an in-depth evaluation of the textbooks series New Headway, Face2face and Outcomes regarding the controversies and principles discussed in the theoretical part. The results of the evaluation show that, although the course books adhere to the communicative approach and target adult learners, there are some similarities and differences in the treatment of indirect reported speech in the three series. Each of the series follows the principles of the communicative approach and uses meaningful and communicative activities and provides context for the use of indirect speech. In addition, all the series take into account the cognitive specificities of adults and include explicit presentation of the rules of indirect speech and activities that aim at consciousness-raising and practice. However, only New Headway and Face2face employ the inductive approach to teaching indirect speech, while Outcomes, contrary to the recommendations, follows the deductive approach. Finally, if the Face2face and Outcomes series conform to the general principles of grammar teaching and follow the cyclical approach and start with simpler rules, in the New Headway series indirect speech is taken up only at one level and is not revised later. Overall, the Face2face series seems to employ a more appropriate approach to teaching indirect speech to adults in the framework of the communicative approach. However, these conclusions refer only to how indirect reported speech is presented in the textbooks. This thesis does not strive to investigate how these course books are used in the classroom settings or which of the series leads to better learning of indirect speech.

Kontakt:  
darya.s.shitova@gmail.com

## **Turn-taking in semi-institutional discourse: an analysis of selected talk shows**

*Masterarbeit von Ilona Koroljova bei Prof. Ute Smit, Institut für Anglistik, Universität Wien*

Tabloid talk shows have become popular due to their proximity to ordinary people and their availability in terms of content. The talk show is not constrained by topics that would require professional knowledge. As Ilie has pointed out (2001: 215), the talk show has turned into 'a modern Anglo-Saxon version of socio-cultural settings for conversation occurring in semi-institutionalized socio-cultural practices'. With reference to Fairclough's concepts of "mixed" and "embedded intertextuality", Ilie (2001) has presented the talk show as a hybrid of conversational and institutional discourse and introduced the label semi-institutional discourse.

This research has studied the tabloid talk show as an instance of mixed discursive type that combines features related to both institutional and conversational discourse. The aim of the research is to investigate some essential turn-taking aspects and the reflection of the selected discursive features in the turn-taking system of the selected talk shows. To elucidate the conversational and institutional sides of the talk show, such discursive aspects as asymmetrical power relations, role-shift and overhearing audience and such linguistic aspects as turn-taking and repetition have been chosen. The theoretical part of the research is dedicated to the discussion of the discursive aspects and the peculiarities of turn-taking in the talk show. In the empirical part, the co-existence of conversation and institutional talk is explored on the basis of turn-allocation techniques and the functions of repetition and overlaps, with reference to the corpus consisting of the transcripts of two tabloid talk shows, The Ellen DeGeneres Show and The View. The illustrative excerpts extracted from the selected talk shows have been subjected to conversation analysis and compared and contrasted to each other. The analysis of Ellen has shown that the interaction

tends to be intertwined with conversational chunks and has discernible transitions between the two co-occurring turn-taking systems. The use of repetitions in question-answers and statement-affirmation sequences indicates the participant's awareness of their institutional self. A great number of overlaps show the talk show strives for natural communication. Thus, The Ellen DeGeneres Show, with only one host has some conversational freedom and, therefore, might be treated as an instance of both "mixed" and "embedded intertextuality". The analysis of The View has shown a slightly different dynamics. Since there are four hosts, this talk show has turned out to be more institutionalized and can be considered as an example of Fairclough's "embedded intertextuality". Although it also has both conversational and institutional features, the conversational part tends to be more ordered and limited, organized and shared among the talk-moderators. The participants have demonstrated awareness of their institutional role and tend to adhere to it to a higher degree. Thus, The View should be considered as an instance of "embedded intertextuality" only. Overall, the label semi-institutional discourse has appeared appropriate and justified on both discursive and linguistic levels. However, some variations in findings are possible due to the peculiarities of a particular talk show type.

Kontakt:  
ilkoroljova@gmail.com

## **Internationalisation and English-medium instruction (EMI): lecturers' beliefs at the FH Campus Wien**

*Masterarbeit von Kathrin Dolmanitz,  
Betreuerin: Ute Smit, Institut für  
Anglistik, Universität Wien*

Higher education in Europe has experienced change and re-orientation in recent decades. Internationalisation with all its cultural, political and economic implications can clearly be identified as a major driving force in this context. Not only were universities required to undergo general organisational and directional changes, but the ever-increasing dominance of the English language as the medium of teaching and learning resulted in highly specific challenges. Numerous stakeholders are involved and their beliefs and opinions do play a crucial role in the success or at least smooth implementation of certain measures in the process of internationalisation of tertiary education.

Based on a thorough theoretical underpinning, this thesis' empirical research concerns itself with the beliefs and opinions of a central stakeholder group: university lecturers who already use English as medium of instruction. In contrast to most previous publications on the topic, an Austrian university of applied sciences (Fachhochschule, i.e. FH), rather than a traditional university, was chosen as site of the present case study. It was assumed that the particularities of this type of institution may have considerable influence on its needs and requirements regarding internationalisation policies and English-medium instruction (EMI) courses.

The main aim of this research was to reveal the lecturers' beliefs about the internationalisation of tertiary education and especially the role EMI plays in this context. The qualitative analysis of interviews with seven lecturers at the FH Campus Wien, Austria's biggest university of applied sciences, revealed a range of beliefs regarding internationalisation in general, its implementation at the university, and the participants' experiences in their EMI courses. While inter-

nationalisation is mostly seen as a positive and necessary process, the need of its ubiquitous presence, particularly in the form of English-taught courses or programmes was occasionally questioned. To a certain extent, everyone agreed on the necessity of EMI, e.g. for preparing students for their professional future. For the lecturers personally, teaching in English does, however, present challenges, most significantly the fear of not properly conveying the content to a group of students with varied language skills. A noticeable difference to most previous studies was the lecturers' belief that a certain part of the student body seems highly sceptical about being taught in English. In addition, it was argued by the interviewees that FH graduates often may not aim for an international future, therefore, all-encompassing internationalisation efforts and English-medium instruction may not be desired. The more vocationally-oriented nature of FH education was suggested to play a role in this context. Another factor could be the high number of mature part-time students who obviously have significantly different backgrounds than regular full-time students.

Kontakt:  
kathrin.dolmanitz@hotmail.com

## **Kookkurrenz – Kovariation – Kontrast: Formen und Funktionen der Dialekt-/Standardvariation in der Hochschulverwaltung**

*Masterarbeit von Philip Vergeiner  
bei Monika Dannerer, Institut für  
Germanistik, Universität Innsbruck.*

Das Ziel dieser Masterarbeit war es, Formen und Funktionen der Dialekt-/Standardvariation im Bereich der Hochschulverwaltung zu dokumentieren und zu analysieren. Eingebettet ist die Arbeit in das Projekt VAMUS (= „Verknüpfte Analyse von Mehrsprachigkeiten am Beispiel der Universität Salzburg“; ÖNB-Projekt Nr. 18.527; geleitet von Monika Danne-

rer und Peter Mauser; 4/2014-3/2018); untersucht wurde ein Teilkorpus des Projekts, bestehend aus Verwaltungsgesprächen an der Universität Salzburg, in denen eine Fachbereichssekretärin Gespräche zu Prüfungsanrechnungen mit Studentinnen führt. Die Analyse fokussierte das Repertoire dieser Fachbereichssekretärin.

Die Dialekt-/Standardsituation im süddeutschen Raum ist komplex und Gegenstand widersprüchlicher Modellierungen – im umfangreichen Theorie-Teil der Arbeit wurde deshalb versucht, eine Methodik zu entwickeln, die es erlaubt, ausgehend von den Gesprächsdaten einer Person variable Formen und deren Funktionen zu untersuchen. Dafür wurden verschiedene Zugänge zur Variation trianguliert. Resultat war ein vierschrittiges Analyseverfahren, bestehend aus (1) einer Variantendistributionsanalyse, (2) einer Kookkurrenzanalyse, (3) einer Kovarianzanalyse und (4) einer Sequenzanalyse. Die Untersuchung fokussierte dabei phonetisch-phonologische Variation.

Im empirischen Teil wurde nachgewiesen, dass Dialekt und Standardsprache den Definitionskriterien einer Varietät genügen; dass aber keine Umgangssprache im Korpus manifest wird. Dialekt und Standard haben sich als verbundene Systeme erwiesen – sie bestehen aus prototypischeren und weniger prototypischen Strukturen. Die Letzteren resultieren aus der Lexikalisierung von Dialektformen, insofern Wortformen mit gewissen Eigenschaften (z.B. hoher Frequenz) auch in ansonsten standardsprachlicher Umgebung dialektal realisiert werden. Als zentrale situative Größe für die Sprechwahl der Probandin haben sich die Gesprächspartnerinnen erwiesen – die Probandin passt sich ihnen an.

Ausführlich berücksichtigt wurde das Code-Switching, v.a. mit gesprächsstrukturierender Funktion: Mit gleichbleibender Code-Wahl werden zusammengehörige Gesprächsteile als solche markiert, mit gegenläufigen Codes Grenzen angezeigt. Diese Praktiken werden von der Sprecherin gemeinsam mit prosodischen und lexikalischen Mitteln eingesetzt, um verschiedene Gesprächsfunktionen zu erfüllen – etwa Verständnissicherung, Gesprächssteuerung oder die Hervorhebung von Schlüsselstellen im Gespräch. Oftmals besteht dabei eine Verbindung zu den Aufgaben, die die Sprecherin als Agentin der Hochschulverwaltung innehat.

---

---

*Dissertationen*

---

---

## **Bildungs- und (Fremd-) Sprachenpolitik in Kosova. Schwerpunkt: Deutsch als Fremdsprache**

*Dissertation von Kimete Canaj bei Prof. Rudolf de Cillia und Prof. Florian Menz, Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien*

Die vorliegende Arbeit untersucht den Zusammenhang von Sprachenpolitik, Bildungssystem und Fremdsprachenlernen in Kosova. Obwohl Fremdsprachenkenntnisse ein aktuelles Thema in der kosovarischen Pflichtschule sind, und obwohl die fremdsprachenpolitischen Entwicklungen eine große Herausforderung für die Schüler/innen, und Fremdsprachenlehrer/innen darstellen, gibt es keine aktuelle Analyse zur Sprachunterrichtssituation in Kosova. Deshalb werden in dieser Arbeit die Verbreitung von Sprachen, der Sprachstatus, der Sprachgebrauch und die Sprachbildung aus Perspektive der Sprachenpolitik untersucht.

In der Arbeit werden mehrere Aspekte der Sprachenpolitik, der Minderheitensprachen und des Fremdsprachenlernens unter besonderer Berücksichtigung von Deutsch als Fremdsprache und der Sprachkenntnisse der rückkehrenden Kindern aus westlichen Ländern erörtert und untersucht. Dabei werden Zusammenhänge zwischen wesentlichen linguistischen, geschichtlichen und sprachdidaktischen Erkenntnissen und den Erkenntnissen der Remigrationsforschung berücksichtigt. Neben der Darstellung der Erkenntnisse der Sprachenpolitik, Sprachplanung, des Fremdsprachenlernens geht diese Arbeit den zentralen Fragen nach, welche Sprachen und Minderheitensprachen in Kosova gesprochen werden und welche Fremdsprachen in kosovarischen Grundschulen und Sekundarschulen 1. und 2. Grades unterrichtet werden.

Auch wenn die theoretischen Ausführungen hierzu hauptsächlich aus linguistischer Sicht erfolgen, erfordert die komplexe Problematik einen interdisziplinären Zugang. Daher kommt in einzelnen Kapiteln Erkenntnissen aus der Bildungswissenschaft sowie der Geschichte und der Migrationsforschung eine besondere Bedeutung zu.

Empirisch wurden Akteure und Institutionen, die am Fremdsprachlernprozess und in der Fremdsprachenlehrer/innenausbildung beteiligt sind, befragt: Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie, sowie Universitäten und Schulen, an denen DaF unterrichtet wird, waren an der Befragung und Erstellung der Statistiken beteiligt.

Für die Interpretation der Analyseergebnisse sind die Bildungsreformen nach 1992 besonders relevant. Seit diesem Jahr unterrichten die meisten Schulen anstelle von Serbokroatisch Englisch als erste Fremdsprache und Deutsch oder Französisch als zweite Fremdsprache. Mit dem Schuljahr 2010 wurde flächendeckend die verpflichtende Fremdsprache Englisch in allen Grundschulen ab der ersten Klasse eingeführt.

Das Ergebnis der vorliegenden Studie zeigt, dass bis 2014/2015 die meistgewählte zweite Fremdsprache in kosovarischen Schulen Französisch war, und ab 2015/2016 die deutsche Sprache von 51 % der Schüler/innen gewählt wird (vgl. Kap. 8.6). In Kosova sprechen 44,3 % mindestens eine Fremdsprache, 11,47 % beherrschen zwei Fremdsprachen, und nur 4,51 % beherrschen mehr als 3 Fremdsprachen (vgl. Kap. 8.1). Die am häufigsten gesprochenen Fremdsprachen in Kosova sind Englisch, Serbisch, Deutsch und Französisch. Damit liegt die kosovarische Bevölkerung knapp 10 % hinter dem europäischen Durchschnitt.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen weiter, dass die aktuelle Reform der kosovarischen Bildungspolitik die lebenden Fremdsprachen und die Kommunikation in den Fremdsprachen fördert. Hinsichtlich der Einbindung in einen übergreifenden gesellschaftlichen Kontext muss festgehalten werden, dass weite Bereiche der Sprachenpolitik in Kosova weitgehend unkoordiniert verlaufen bzw. zu unterschiedlichen Stellen ressortieren. Mit der Sprachenpolitik der Minderheiten beschäftigen sich das Büro des Premiermi-

nisters und das Büro des Kommissionärs für Sprachen; mit den modernen Fremdsprachen Englisch, Deutsch, Französisch, Italienisch etc. beschäftigt sich das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie (MEST); mit der albanischen Sprache für die Diaspora beschäftigt sich das Ministerium für die Diaspora und MEST. In diesem Zusammenhang sind die Sprachplanung und Sprachenpolitik in Bezug auf die Sprachkenntnisse der Rückkehrer/innen und dessen Förderung nicht geregelt.

In Hinblick auf die Sprachverwendung und das Sprachenlernen in kosovarischen Schulen konnten zwei wesentliche Schlüsse gezogen werden: (1) Kosova verfolgt zwar erfolgreiche Allgemeinbildungsreformen und Sprachenpolitikreformen, jedoch keine erfolgreichen Reformen in Bezug auf die Förderung der Mehrsprachigkeit auf Basis einer entsprechend ausgerichteten Schulsprachenpolitik für die rückkehrenden Kindern aus den westlichen Ländern; (2) Kosova hat keine wirksamen Strukturen für die Planung und Diskussion sprachpolitischer Fragestellungen entwickelt.

Es muss auch hervorgehoben werden, dass der Sprachenreichtum der zurückgekehrten Migrant/innen wie auch die Nachbarsprachen in der Bildungspraxis kaum genutzt werden. Dies liegt unter anderem daran, dass die zweisprachige Albanisch/Serbische Gemeinschaft in Kosova aufgrund historischer und politischer Ereignisse älter wird. Die junge Generation lernt nicht die gleichen Sprachen wie ihre Elterngeneration, sondern ist dabei, sich in eine neue zweisprachige Gesellschaft – je nach Erstsprache Albanisch/Englisch oder Serbisch/Englisch – zu entwickeln.

Kontakt:  
kimete.canaj@gmail.com

## **English-Medium Instruction and Pronunciation A longitudinal case study of Austrian business students at the University of Applied Sciences Vienna**

*Dissertation von Karin Richter bei Prof. Ute Smit, Institut für Anglistik, Universität Wien*

For economic, political and educational reasons, an increasing number of institutions of higher education all over the world are now offering programmes taught wholly or partly in English. This approach is generally believed to improve both the student's content knowledge as well as their foreign language competence. However, very little empirical research has been conducted to unveil the impact of this approach on the language learning outcomes. With this context in mind, this study seeks to investigate how English-medium teaching affects the students' pronunciation skills.

To provide further insight into a teaching approach that has been sweeping Europe for a number of years now, a longitudinal case study was carried out at the University of Applied Sciences Vienna, where a bilingual (German/English) undergraduate degree programme is offered in which up to 50% of the classes are held in English. With the majority of the lecturers being native speakers of English, the question arises as to whether and to what extent this increased exposure to the target language translates into a reduced foreign accent. To this end, a group of students from the bilingual programme and a control group from the German programme were recorded twice – once at the beginning (2011) and once at the end of their studies (2014). These recordings were then rated by experienced pronunciation instructors from the University of Vienna.

The results convincingly showed that both groups managed to ameliorate the degree of foreign-accentedness in their speech. However, a more detailed diachronic and synchronic analysis of the scores obtained revealed that the focus group distinctly



outperformed the control group both from a cross-sectional as well as a longitudinal perspective. The findings of this study therefore reject the widely held belief that beyond a certain age adult learners have passed the ideal time window for pronunciation learning. Indeed, significant progress still appears to be possible under the given circumstances. This clearly calls for a reframing of the age-debate in SLA research. As for factors that are frequently considered to be crucial in pronunciation learning, increased exposure to the target language could not be identified as predominately responsible for the phonological development of the learners. Rather, a number of inter-connected factors could be attributed to the success or failure of individual students. In addition, a close investigation of the Austrian accent in English has uncovered segmental as well as supra-segmental features that seem to be least susceptible to change over the given time period. In this respect certain lenis consonants and diphthongs need to be mentioned. On the suprasegmental level, weak forms and linking seem to be particularly challenging for adult Austrian learners at an advanced level.

Generally speaking, this case study contributes significantly to the growing body of research into the impact of tertiary EMI on the students' pronunciation skills by demonstrating that in this particular educational setting linguistic phonological gains are not only possible but also greater than expected.

Kontakt:

karin.richter@univie.ac.at

## Neuerscheinungen

Ruth Wodak

### Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse

Wien 2016: Konturen. 254 S., EUR 29,80

Aus dem Englischen von Georg Hauptfeld

ISBN 978-3-902968-10-4



Rechtspopulistische Politik rückt in die Mitte, einige Parteien ziehen viele WählerInnen an. Aber wissen wir, warum? Und warum gerade jetzt? In diesem Buch zeichnet Ruth Wodak den Weg solcher Parteien von den Rändern der politischen Landschaft in die Mitte nach – im Versuch, zu verste-

hen und zu erklären, wie sie sich von Randerscheinungen zu einflussreichen politischen Akteuren entwickelt haben, die auch den Medien die Themenwahl vorgeben.

Die Autorin weist die immer stärker werdende Akzeptanz und „Normalisierung“ nationalistischer, xenophober, rassistischer und antisemitischer Rhetorik nach und bietet damit eine neue Sicht auf eine bewusst ins Leben gerufene „Politik mit der Angst“, die Nationen und Gesellschaften polarisiert. Die Mikropolitik des rechten Populismus wird derart verdeutlicht: wie Diskurse, Werte und Normen, Bilder und Texte sowohl im formalen wie im alltäglichen Kontext geformt und manipuliert werden – mit weitreichenden Folgen.

**Elisabeth Fink, Julia Renner,  
Marie-Luise Volgger (Hg.)**

## **FAME – Förderung von Autonomie und Motivation durch den Einsatz von E-Tandems im schulischen Fremdsprachenunterricht**

Wien 2016: Löcker Verlag

Das Sparkling Science Projekt FAME beschäftigt sich mit dem Einsatz von E-Tandems im schulischen Fremdsprachenunterricht. Die SchülerInnen einer Französisch- bzw. Spanischklasse der VBS Hamerlingplatz bildeten über 2 Jahre hindurch E-Tandems mit Deutsch Lernenden aus Frankreich und Kolumbien. Das Anliegen des Projekts bestand darin, reale Kommunikationssituationen zu schaffen, in denen die SchülerInnen die Fremdsprache verwenden, sowie die Autonomie und Motivation der Lernenden zu fördern.

Der vorliegende Band entsteht als Abschluss des 2-Jährigen Projekts und beinhaltet einerseits Beiträge des wissenschaftlichen Projektteams, die unterschiedliche Aspekte der E-Tandem Forschung aufzeigen, andererseits Praxisberichte der teilnehmenden SchülerInnen, die ihre Erfahrungen reflektieren. Weiters findet sich eine Reihe von E-Tandem Aufgaben, welche die teilnehmenden SchülerInnen gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Projektteam entwickelt haben. Die Texte bieten Anregungen für die wissenschaftliche Beforschung von E-Tandems, sowie Ideen für den Einsatz von E-Tandems im schulischen Fremdsprachenunterricht.

Der Sammelband erscheint im September 2016 im Löcker Verlag. Die feierliche Buchpräsentation findet am 27. September 2016 um 18.00 am Zentrum für LehrerInnenbildung, Universität Wien statt.

Herausgeberinnen:

Elisabeth Fink (Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin im Projekt „FAME“)

Julia Renner (Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin

im Projekt „FAME“.)

Marie-Luise Volgger (Senior Lecturer für Fachdidaktik Französisch am Institut für Romanistik der Universität Wien und BHS-Lehrerin für Französisch und Spanisch)

---

---

*Kurz notiert*

---

---

## **ÖAW DOC**

Wir freuen uns, bekannt geben zu dürfen, dass Julia Renner im Zuge des jährlichen Auswahlverfahrens ein Doktoratsstipendium für den Zeitraum Oktober 2016 - Oktober 2018 zuerkannt bekommen hat. Sie dissertiert am Institut für Sprachwissenschaft im Bereich Sprachlehr- und -lernforschung und forscht zum Thema „Sprachenlernen im E-Tandem: Interaktion in Chinesisch - Deutsch E-Tandems hinsichtlich Chinesisch als Zielsprache“. Verbal gratuliert herzlichst!

## **Happy Birthday, Barbara!**

Barbara Seidlhofer feiert Geburtstag und verbal gratuliert herzlich der ehemaligen (geschäftsführenden) Vorsitzenden und langjährigen und aktuellen Vertreterin von verbal in den Gremien der AILA. Alles Gute, liebe Barbara!

## Hinweise für verbal-AutorInnen

Die Texte können ausschließlich per e-mail-attachment an die Redaktion übermittelt werden:  
Redaktions-E-mail: verena.krausneker@univie.ac.at

Beiträge sollen als .doc-Datei übermittelt werden.

Überschriften bitte mit einer Zeile Abstand formatieren. Sonst KEINE Formatierungen.

Keine Fußnoten

Zitate in „...“ aber nicht kursiv.

Zitierweise im Text: (Name Jahr: Seite) und dann ein Lit-verzeichnis anhängen: Nachname, Vorname (Jahr) Titel. Ort, Verlag

Textbeginn:

- Titel
- Untertitel
- AutorIn, Universität

Geben Sie bitte immer eindeutig die Autorin/den Autor an, sowie unter dem Text eine Kontakt-E-mail-Adresse für die LeserInnenschaft.

Geben Sie - wenn sinnvoll - an, in welchem Kontext Ihr Text entstanden ist, ob und wo er schon erschien etc.

Bei Diplomarbeiten und Dissertationen geben Sie eindeutig an, an welcher Universität, an welchem Institut und unter welcher Betreuung (Akademischer Titel, Vorname Nachname) sie verfasst wurde.

Bitte beachten Sie diese Richtlinien und geben Sie sie an Studierende weiter, die ihr Diplomarbeiten- oder Dissertations-Abstract im verbal-Newsletter publizieren wollen.

Es dankt herzlich, die Redaktion  
Yasmin El-Hariri und Julia Renner :-)

---

---

## NOTIZEN

---

---

---

---

## NOTIZEN

---

---

# verbal

## verbal Ziele

**verbal – Verband für Angewandte Linguistik, gegründet im Dezember 1994, ist ein Forum für all jene, die in Österreich in den verschiedensten Bereichen angewandter Sprachwissenschaft tätig sind.**

- Intensivierung des Austausches zwischen allen im weitesten Sinn „angewandt“ tätigen LinguistInnen in Österreich (auch Studierende!) durch Tagungen, Workshops, Newsletter und weitere Publikationen
- Teilnahme an Entscheidungsprozessen zu sprach- und kommunikationsrelevanten politischen Entwicklungen in Österreich
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für eben diese Fragestellungen und Angelegenheiten sowie Vermittlung von diesbezüglichen Dienstleistungen (Gutachten u.ä.)

### Die Vorteile einer Mitgliedschaft:

verbal-Newsletter, automatische Mitgliedschaft bei der AILA (Association Internationale de Linguistique Appliquée), kostenlose Zusendung der AILA-Review und der AILA News, Informationsaustausch durch verbal Webseiten ([www.verbal.at](http://www.verbal.at)) und Mailingliste; ermäßigte Einschreibgebühren bei internationalen Konferenzen, z.B. AILA, sowie bei verbal Symposien

**Besuchen Sie auch die verbal-Webseite [www.verbal.at](http://www.verbal.at)**  
Aktuelle Informationen, verbal Newsletter der letzten Jahre, verbal Stellungnahmen, verbal Publikationen  
Datenbank zu: Diplomarbeiten u. Dissertationen, elektronische Beitrittserklärung

c/o Institut für Anglistik & Amerikanistik der Universität Wien  
Spitalgasse 2, Hof 8, 1090 Wien  
e-mail: [ute.smit@univie.ac.at](mailto:ute.smit@univie.ac.at)

Dr. Ute Smit  
Weitere Informationen:

Mitgliedschaft bei verbal entweder über [www.verbal.at](http://www.verbal.at), 'Mitgliedschaft' oder Formular an folgende Adresse senden:



mind. EUR 73,00	ordentliches Mitglied	verbal newsletter 1 .2016
EUR 9,00	studierendes Mitglied	
	förderndes Mitglied	

# Forschungs- und Berufsfelder der Angewandten Linguistik

Im breiten Spektrum an Themen, die von den meist interdisziplinären Fächern der Angewandten Linguistik behandelt werden, haben sich nicht nur eine Reihe von Forschungsfeldern, sondern auch neue und interessante Berufsprofile entwickelt:

**Psycho-, Neuro- und Patholinguistik** untersuchen die mentalen Prozesse der sprachlichen Kommunikation, Spracherwerb bei Kindern bzw. beim Erlernen von Fremdsprachen, und alle Arten von Sprachstörungen. Ein bekanntes Berufsbild im Bereich der klinischen Linguistik ist etwa die Logopädie.

Die **Sprachlehrforschung** beschäftigt sich mit allen Formen des Lernens von Fremdsprachen und des Sprachunterrichts. In Verbindung mit philologischen Fächern („Lehramt“) ist in Zeiten der Globalisierung und der Mehrsprachigkeit der Gesellschaft die Beschäftigung mit dem Fremdsprachen-Unterricht und unterschiedlichen Formen der interkulturellen Sprachpädagogik immer wichtiger geworden.

Die **Soziolinguistik** untersucht die gesellschaftlichen Bedingungen der Sprachverwendung und umfasst wichtige Bereiche wie Sprachpolitik und Sprachplanung. Der Bedarf an kompetenter Sprachberatung bei der gesellschaftlichen Integration von Migranten und Migrantinnen, beim Abbau von Sprachbarrieren in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und sprachlich manifestierten Vorurteilen ist ständig steigend.

Die **Diskursanalyse** untersucht (oft auch sehr kritisch) alle Formen des konkreten Sprachgebrauchs in gesellschaftlichen Situationen (z.B. Kommunikation in Institutionen wie Schule, Krankenhaus, Unternehmen etc.; Medienkommunikation; politische Kommunikation, usw.).

Die **Forensische Linguistik** nützt das Wissen über Sprachgebrauch und dessen individuell unterschiedliche Charakteristika, um mündliche oder schriftliche Sprachbeispiele auf z.B. ihre Authentizität im Rahmen von Gerichtsverhandlungen zu

erstellen oder um Autorenprofile zu überprüfen. Die **Computerlinguistik** verbindet alle Bereiche der Sprachwissenschaft mit der Informatik, der Computertechnologie, und auch mit der Forschung zur Künstlichen Intelligenz.

Die **Sprachtechnologie** ist mittlerweile zu einem wichtigen Industriezweig mit entsprechenden beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten geworden. Anwendungen reichen von der Spracherkennung (gesprochener Sprache) durch den Computer (z.B. Diktiersysteme) über die Sprachgenerierung, Dialogsysteme, natürlichsprachliche Mensch-Maschine-Schnittstellen, bis hin zu verschiedenen Formen der **Corpuslinguistik** und der computergestützten Sprachanalyse mit entsprechenden Methoden (Parsing, Tagging, Annotierung, etc.) oder der **Maschinellen Übersetzung**. Die Anwendung von Multimedia-Technologien für die Sprachverwendung steht auch beim Fach der **Medienkommunikation** im Mittelpunkt.

Die **Fachsprachenforschung** und die **Terminologiewissenschaft** untersuchen die Prozesse der fachlichen Kommunikation in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft und die Entwicklung von fachspezifischen Terminologien. Konkrete Anwendungsgebiete sind die (Fach-) **Lexikografie** bzw. das **Terminologiemanagement**, d.h. die Erstellung aller Arten von Wörterbüchern und sprachlichen Nachschlagewerken, bzw. von Terminologiedatenbanken. Die **Technische Kommunikation** hat sich als Berufsbild entwickelt, in dem etwa Bedienungsanleitungen und ähnliche zweckorientierte Gebrauchstexte professionell erstellt werden.

In Zeiten der globalen Informationsgesellschaft sind auch Forschungsfelder bzw. Disziplinen wie Interkulturelle **Kommunikation**, **Kontaktlinguistik**, **Übersetzungswissenschaft**, und die linguistische Analyse von **Mehrsprachigkeit** von steigender gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

## verbal Beitrittserklärung

Ich möchte ab sofort Mitglied bei verbal sein:

\_\_\_\_\_  
Titel, Familienname, Vorname:

\_\_\_\_\_  
Dienstadresse

\_\_\_\_\_  
Tel.

\_\_\_\_\_  
Fax

\_\_\_\_\_  
Email

\_\_\_\_\_  
Privatadresse (wenn gewünscht)

\_\_\_\_\_  
Forschungs-/Interessens-/Arbeitsgebiete (4-6 Stichwörter)

Mit der Eintragung meines Namens und meiner Email/Dienstadresse in die verbal Mailing- und Mitgliederliste bin ich einverstanden.

Ja

Nein

Datum:

\_\_\_\_\_  
Unterschrift:

- Ordentliches Mitglied (Beitrag EUR 18,00)
- Studierendes Mitglied (Beitrag EUR 9,00)
- Förderndes Mitglied (Beitrag mind. EUR 73,00)